CHRISTIAN GERLACH
GÖTZ ALY

Das letzte Kapitel

Realpolitik, Ideologie und der Mord
an den ungarischen Juden
1944/1945

Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart München

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Copyright der deutschen Ausgabe
© 2002 by Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart München
Alle Rechte vorbehalten
Satz und Layout: BK-Verlagsservice, München
Druck und Bindung: Friedrich Pustet, Regensburg
Diese Ausgabe wurde auf chlor- und säurefrei gebleichtem,
alterungsbeständigem Papier gedruckt.
Printed in Germany
ISBN 3-421-05505-X

Inhalt

1. **Einleitung** 7

2. **Vorgeschichte** 19
   a) Ungarn und die deutsch-ungarischen Beziehungen 19
   b) Die ungarischen Judengesetze 1938–1941 37
   c) Die Lage der ungarischen Juden 50
   d) Antisemitismus als Mittel der Agrarreform 61
   e) Von der rassenpolitischen Nähe zur Distanz 74

3. **Die Besetzung Ungarns** 91
   a) Die deutschen Motive für den Einmarsch 91
   b) Die neue ungarische Regierung und Veränderungen im ungarischen Regierungsapparat 114
   c) Der deutschen Besatzungsapparat in Ungarn 117
   d) Verfolgung und Ghettoisierung der Juden 132

4. **Politische Zusammenhänge** 149
   a) Grundzüge der deutschen Ausbeutungspolitik 149
   b) Rüstungspolitik und Arbeitskräftemobilisierung 158
   c) Landwirtschafts- und Versorgungspolitik 175
   d) Die Expropriation jüdischen Eigentums 186
   e) Magyarisierung, Staatshaushalt und Kriegsfinanzen 212
   f) Ungarische Außenpolitik bis zum Stop der Deportationen im Juli 1944 239

5. **Deportation und Vernichtung** 249
   a) Der Entscheidungsprozeß für die Deportationen 249
   b) »Selektionen« und Massenmorde in Auschwitz 274
   c) Überlebensstrategien 298
   d) Der Stop der Deportationen Anfang Juli 1944 325

6. **Weitere Verfolgung in Ungarn** 344
   a) Neue Vernichtungspläne 344

b) Todesmärsche 355
c) Ghetto und Morde in Budapest 367

7. **Zweihunderttausend Odysseen** 375
Jüdische Zwangsarbeiter aus Ungarn in deutscher Gewalt 375

8. **Schlußüberlegungen** 415

Anhang
Dank 447
Literatur- und Quellenverzeichnis 449
Personenregister 469
Ortsregister 476
Ungarn und seine angegliederten Gebiete 482

1. Einleitung

Im November 1943, fünf Monate vor der Besetzung Ungarns durch den deutschen Verbündeten, war die jüdische Bevölkerungsgruppe in Ungarn mit 700.000 Menschen noch weitgehend unversehrt – als letzte im deutschen Herrschaftsbereich in Europa. Zu diesem Zeitpunkt berichteten zwei führende ungarische Zionisten, Rezsö Kasztner und Samuel Springmann, über ein Treffen mit einem österreichischen Industriellen in einem Budapester Luxushotel. »Herr X.«, wie er in ihrem Bericht genannt wurde, ein Mann mit besten Verbindungen, »Betriebsführer« in einem Werk im besetzten Polen, überbrachte Nachrichten von bei ihm eingesetzten jüdischen Zwangsarbeitern und übernahm Bestechungsgüter für den als brutal beschriebenen Kommandanten eines in der Nähe seiner Fabrik gelegenen Konzentrationslagers.

Kasztner – der wenig später durch seine Verhandlungen mit SS-Offizieren zur Rettung ungarischer Juden im Austausch gegen Waren bekannt wurde – und Springmann benutzten die Gelegenheit, diesen Kontaktmann ausführlich über die deutsche Vernichtungspolitik zu befragen. Sie berichteten, er sei »sehr höflich und jovial« gewesen und habe »offen, unbefangen« über das Thema gesprochen.

»›Schädel von Säuglingen mit dem Stiefel zertreten ist keine militärische Art‹, sagt er. Die Ursache der Schwierigkeiten, denen die Deutschen heute begegnen, liegt meistens in diesen und ähnlichen politischen Fehlern, denn die Deutsche Wehrmacht hat Großartiges geleistet und hätte militärisch den Krieg gewinnen können. [...]

– Wieviel Juden existieren noch in Polen? Er denkt nach und rechnet.

– Es gibt noch etwa 17 Lager. In diesen können 220–250.000 Juden leben. Diese sind legal. Außer diesen leben beinahe ebenso viele illegal versteckt in Bunkern[,] bei Ariern, auf arischen Papieren, als Halbjuden oder als Partisanen.

– Wollen Sie uns erklären, gab es eine allgemeine Verordnung zur Ausrottung der Juden von Polen? Wenn ja, warum ist noch ¼ Million am Leben gelassen? Wenn nicht: warum haben sie Millionen vernichtet?

– Ich glaube nicht, lautet die Antwort, dass es eine allgemeine Verordnung gab. Ich nehme eher an, dass ein jeder SS-Führer den anderen mit Vernichtungsziffern übertreffen wollte. Keiner von diesen wollte seine Karriere aufs Spiel setzen. Die Initiative ist aber nicht von ihnen gekommen. Eine höhere Stelle hat sie beauftragt, wahrscheinlich gefährliche oder nutzlose Juden zu vernichten. Sie haben diesen Auftrag mit der Brutalität vollstreckt, an die sie schon zu Hause gewöhnt waren. [...]«

Die Frage, ob die bisher Verschonten eine Chance hätten, bis zum Kriegsende zu überleben, bejahte »Herr X.« mit einer »überraschenden Promptheit«:

» – Vor einigen Wochen ist eine Verordnung von Himmler in diesem Sinne ausgegeben worden. Die Tendenz ist sichtbar. Man will die jüdischen Arbeitskräfte schonen. [...]

– Und wie wird diese Verordnung respektiert?

– Also: ungefähr, lautet die aufrichtige Antwort. Schauen Sie: Diese SS-Führer können sich schwer abgewöhnen, täglich einige 10 oder 100 Juden zu erschießen. [...]

– Wie hoch schätzen Sie die Zahl der seit Ausbruch des Krieges ermordeten Juden?

– Das ist schwer festzustellen – sagt er. Ich kann nur von der Zahl sprechen, die mir die SS-Führer angegeben haben. Die sprechen von 4 – 4 ½ Millionen, aber ich halte diese Zahl für übertrieben. Sie rühmen sich nämlich mit diesen Zahlen. [...]

Herr X. bestellt inzwischen Schnaps und bietet uns an. Wir beide, Schmuel [Spingmann, d. V.] und ich, trinken die Gläser zitternd aus. Unsere innere Aufregung und Spannung sucht sich Luft zu machen:

– Herr X., verzeihen Sie uns, wir sitzen da und hören Sie an mit scheinbarer Ruhe. Wollen Sie aber wissen, dass wir innerlich gar nicht so ruhig sind ...«

Der Gesprächspartner aber habe »die Bemerkung missverstanden«, so berichteten Kasztner und Springmann, und Vertrauenswürdigkeit im Sinne seiner Unterstützung der Juden unter Beweis stellen wollen. »Nur schwer kann er davon überzeugt werden, daß unsere Unruhe andere Ursachen hat, als die Furcht vor ihm.« Ungerührt erklärte »Herr X.« wenig später auf die Frage, ob noch jüdische Kinder am Leben seien:

» – Kinder, nur noch sehr wenige. Diese werden tatsächlich ausgerottet. Ich glaube, ungefähr 90 % der Kinder von 0 – 14 Jahren sind erschossen oder vergast worden. [...]

– Wir hören, Auschwitz wäre ein Vernichtungslager?

– Das kann sein für Alte und Kinder. Ich habe auch gehört, dass dort Juden vergast und verbrannt werden. Man hat ein wissenschaftliches System ausgebaut, um Katyns[1] zu vermeiden.«

»Herr X spricht sehr fließend und unaufhörlich«, stellten Kasztner und Springmann an dieser Stelle fest. Dem Bericht zufolge schloß sich eine ausführliche Unterredung über Möglichkeiten illegaler Hilfe für die jüdischen

---

1 In der Nähe von Katyn bei Smolensk hatte der sowjetische NKWD im Frühjahr 1940 mehrere tausend polnische Offiziere erschossen. Die Deutschen hatten die Massengräber im März 1943 entdeckt und dies propagandistisch genutzt.

Zwangsarbeiter an, darunter zur Flucht für einzelne. Abschließend versicherten Kasztner und Springmann: »Wir haben kein Wort zugefügt und wir bestrebten uns, auch den Ton der Ausführungen wiederzugeben.«[2]

Für unsere Untersuchung ist es von geringerer Bedeutung, daß der Kontaktmann aus dem Reich des Terrors offenbar niemand anders war als Oskar Schindler. Von Schindler ist bekannt, daß er während des Krieges in Budapest mit Kasztner und Springmann zusammentraf, doch wurde dies bisher meist auf die Jahreswende 1942/43 datiert, und die mit dem Gespräch verbundenen Emotionen wurden nicht überliefert.[3]

Wichtiger scheint das verzweifelte Bemühen der beiden Zionisten – führender Mitglieder des »Va'adah«, des Jüdischen Hilfs- und Rettungskommitees in Ungarn –, die Hintergründe, den Umfang und die Muster des Völkermordes an den Juden, etwa die Prinzipien der ›Selektion‹, in Erfahrung zu bringen. Sie versuchten, die Widersprüche darin zu verstehen, Auswege oder Gegenstrategien ausfindig zu machen. Zumindest Kasztners zeitweiliger Optimismus über das künftige Schicksal der ungarischen Juden war zu diesem Zeitpunkt (im November 1943) bereits in Bestürzung umgeschlagen.[4] Die Quelle dokumentiert, daß jüdischen Vertretern in Ungarn lange

---

2 »Die Bekenntnisse des Herrn X.«, Budapest, November 1943, Yad Vashem Archives [YVA] M 2/596, Bl. 115–120 (zeitgenössische Abschrift, handschriftliche Paraphe »9/4.44«).

3 Vgl. Gruntová, Oskar Schindler, S. 29; Ansprache Springmanns bei der Ehrung für Schindler in Jerusalem v. 2. 5. 1962, in: Yad Vashem Studies [YVS] 24 (1994), S. 342; Cohen, Halutz Resistance, S. 38; Schilderung des Treffens ohne Datumsangabe in einem undatierten Nachkriegsbericht Schindlers, YVA 06/316, S. 5 (Kopie auch in BA N 1493/15; Abdruck hiervon sowie von Schindler an Binyamin Eliav, Betr.: Dr. Rudolf Kasztner v. 12. 8. 1955, in: Rosenberg (Hg.), Ich, Oskar Schindler, S. 89 bzw. 77–82). Im Interview mit Ch. Gerlach datierte Hansi Brand am 31. 1. 2000 Schindlers Besuch auf 1943. Die Beschreibungen ergeben zahlreiche Übereinstimmungen zwischen Schindler und »Herrn X.«, so in der Personenbeschreibung (allerdings ist das Alter mit »zwischen 40 und 50« zu hoch angegeben, Schindler war 36 Jahre alt; er konnte sich jedoch, da 1908 in Zwittau in Mähren geboren, als Österreicher betrachten), in den Umständen des Treffens im Hotel, im Gesprächsinhalt und vor allem in der Schilderung der Verhältnisse im neben der Fabrik des Kontaktmanns gelegenen Lager mit etwa 20.000 Häftlingen und seinem brutalen und korrupten Kommandanten. Das Lager Plaszów, bei dem Schindlers Betrieb lag, dürfte Ende 1943 etwa dieser Größe entsprochen haben: Wildt, Das Erfundene, S. 327 (zur Personenbeschreibung auch S. 329 f. und Schindler, In Schindlers Schatten, S. 33); From the Testimony of Itzhak Stern at the Reception in Honor of Oskar Schindler, 2. 5. 1962, in: YVS 24 (1994), S. 334. Im Archiv von Yad Vashem (YVA 06/315) fand sich eine weitere Abschrift des zitierten Berichts, auf der handschriftlich notiert ist: »Meeting Bt.[between] Oskar Schindler and Dr. Kastner [und] Joel Brand«, wobei Brand offenbar mit Springmann verwechselt wurde. Eine Kopie hiervon befindet sich auch im Nachlaß Schindler, BA N 1493/18.

4 Siehe Kap. 2 c.

vor der deutschen Besetzung nicht allein umfassende Massenmorde an Juden aus vielen Ländern bekannt waren, sondern, was bisher umstritten gewesen ist,[5] auch das Vernichtungslager Auschwitz.

Fünf Monate später, am 19. März 1944, besetzten deutsche Truppen Ungarn, um das Land an einem Separatfrieden mit den Alliierten zu hindern. Mit der Wehrmacht zogen auch acht Einsatzkommandos von Sicherheitspolizei und SD ein. Sieben beschäftigten sich, regional verteilt, mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit und verhafteten binnen weniger Wochen Tausende politische Gegner – Linke, Liberale, Gewerkschafter und auch manche konservative Politiker, denen nicht grundlos vorgeworfen wurde, sie hätten ein Ausscheiden Ungarns aus dem Krieg vorbereitet. Unter diesen Festgenommenen waren bereits viele Juden. Das achte Einsatzkommando leitete Adolf Eichmann. Zahlreiche in der Verfolgung von Juden besonders erfahrene Sachbearbeiter des Reichssicherheitshauptamts hatten sich gemeinsam mit ihm eine Woche vor dem deutschen Einmarsch im KZ Mauthausen versammelt. Dieses Kommando war auf deutscher Seite für Maßnahmen gegen die ungarischen Juden zuständig, obgleich es die deutsche Vernichtungspolitik nicht allein bestimmte. Bereits Anfang April 1944 verfügte die neue ungarische Regierung, die mit der ihrerseits auf Kooperation angewiesenen Besatzungsmacht zusammenarbeitete, die Ghettoisierung der Juden des Landes. In nur acht Wochen ab Mitte Mai 1944 wurden etwa 430.000 Juden nach Auschwitz-Birkenau deportiert, die meisten von ihnen sofort im Gas ermordet. Ein Viertel dieser Deportierten wurde zur Zwangsarbeit auf Großbaustellen für Rüstungsprojekte, in Flugzeug-, Munitionsfabriken und an vielen anderen Orten ausgesondert. Dem war eine erhebliche Modifikation der deutschen Vernichtungspolitik vorausgegangen, die Schindler in dem eingangs zitierten Dokument zutreffend beschrieben hatte.

Anfang Juli 1944 verbot das ungarische Staatsoberhaupt Horthy weitere Deportationen. Doch nach seiner Absetzung durch den nur mit deutscher Unterstützung zustande gekommenen Putsch der faschistischen Pfeilkreuzler am 15. Oktober 1944 trieben die Ungarn auf deutsche Initiative weitere etwa 76.000 Juden ins »Großdeutsche Reich«. Auf diesen Todesmärschen starben Tausende schon vor Erreichen der österreichischen Grenze.

In Ungarn, das in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg im Vergleich zu seinen Nachbarländern liberal gewesen war, hatte sich seit 1919, und verstärkt von 1932, an ein scharfer Antisemitismus entwickelt. Gelegentlich von Staats wegen gedämpft oder wieder abflauend, im politisch passenden Moment aber gefördert, führte er 1938 bis 1941 zum Erlaß dreier genuin ungarischer sogenannter Judengesetze. Im Sommer 1941 schoben die unga-

---

5 Siehe etwa Bauer, Conclusion, S. 196.

rischen Behörden mehr als 15.000 Juden ohne ungarische Staatsangehörigkeit in die deutsch besetzten sowjetischen Gebiete ab, wo deutsche SS- und Polizeieinheiten sie bis auf wenige hundert erschossen. Im Januar 1942 begingen ungarische Gendarmerie- und Armeeeinheiten Massaker an mehreren tausend Menschen, darunter mehr als tausend jüdische Männer, Frauen und Kindern, in der besetzten Wojwodina. Im Zwangsarbeitsdienst für Juden innerhalb der ungarischen Armee, der Honvéd, starben an die 15.000 junge jüdische Männer infolge von sadistischen Übergriffen der ungarischen Soldaten, Befehlen zum Minenräumen und gegnerischem Beschuß; weitere 10.000 gerieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. All dies hatte somit bereits vor dem deutschen Einmarsch bis zu 50.000 Opfer gefordert – nicht auf Grund einer konzeptionell geschlossenen ungarischen Vernichtungspolitik, aber doch einer Politik, die dem Leben eines einzelnen Juden deutlich weniger Wert beimaß als dem eines nichtjüdischen Ungarn. Im Frühjahr 1944 beteiligten sich große Teile der ungarischen Regierung, Verwaltung, Polizei und Gendarmerie mit enormer Tatkraft daran, Verordnungen gegen die Juden zu erlassen, sie durchzuführen, die Juden in Ghettos zu sperren und sie zu deportieren. Viele tausend Juden wurden im Zwangsarbeitsdienst der ungarischen Armee und in Budapest von Ungarn ermordet, vor allem während der Herrschaft der Pfeilkreuzler. Vom ersten Tag der Ghettoisierung an eignete sich die Bevölkerung massenweise jüdisches Eigentum an, den Großteil aber übernahm der Staat mit der Absicht einer geordneten binnenungarischen Verteilung des Geraubten.

Fragestellung

Die Geschichte des Mordes an den ungarischen Juden hat zu besonders erbitterten Kontroversen geführt, denn es handelte sich in gewissem Sinn um einen »Holocaust nach dem Holocaust«. Die Vernichtung der Juden war im Herbst 1943 in weiten Teilen Europas nahezu abgeschlossen. Dies war bereits seit Ende 1942 durch Medienberichte aus alliierten und neutralen Ländern in groben Umrissen bekannt. Verfolger und Verfolgte verfügten über Erfahrungen. Viele jüdische Flüchtlinge aus Polen und der Slowakei hatten die Schreckensnachrichten nach Ungarn getragen. Der Mord an den ungarischen Juden spielte sich, anders als das vorherige Geschehen, vor den Augen der Weltöffentlichkeit ab und wurde so zum Gegenstand von internationalen Verhandlungen, Verzögerungstaktiken und Bündnispolitik.

Hatten die Deutschen, fragten sich später Historiker, in Ungarn nicht gegen ihre Interessen im Krieg gehandelt, dringend benötigte Arbeitskräfte vernichtet und Eisenbahnzüge dringenden und wichtigeren Zwecken entzogen? Warum hatten die Ungarn noch so spät mit so viel Energie Deportationen und Vernichtung mit organisiert? Weswegen hatten die ungarischen

Juden zu spät oder falsch reagiert, anstatt sich zu retten? Und wie konnten die Alliierten das Morden zulassen?

Die Geschichtsschreibung über den Mord an den ungarischen Juden scheint zweigeteilt. Da sind zum einen Werke, die auf schmaler Quellenbasis eine Reihe von populären Mythen transportieren. Dazu gehört die Behauptung, die Deutschen hätten hier völlig irrational gehandelt, beispielsweise dringend benötigte Züge von der Ostfront abgezogen, um, statt ihre militärische Chance zu wahren, wenigstens kurz vor der Niederlage noch die Juden in Ungarn zu vernichten.[6] In solchen Studien wird die Ermordung der Juden in Ungarn oft mehr oder weniger gänzlich aus ihren historischen Kontexten herausgelöst. Zum anderen gibt es in der umfangreichen Forschungsliteratur über dieses Thema nicht wenige Arbeiten – allen voran die monumentale Gesamtdarstellung von Randolph Braham –, die breiter und differenzierter angelegt sind.[7]

Solche Ansätze sollten weiterentwickelt werden. In jüngerer Zeit sind zahlreiche Studien entstanden, in denen jeweils bestimmte politische Kontexte der Judenvernichtung in verschiedenen Teilen Europas herausgearbeitet wurden. Derartige Forschungen sparten Ungarn weitgehend aus, nicht zuletzt weil dieser Fall für die ebenfalls vieldiskutierte Frage nach den Entscheidungsprozessen auf dem Weg zum Mord an den europäischen Juden nicht interessant schien.[8] Darum möchten wir in diesem Buch einen Beitrag zur Erklärung der destruktiven Dynamik leisten, die im Frühling und Sommer 1944 zu den rasend schnellen Deportationen nach Auschwitz führte, indem wir diese Entwicklung in ihre vielfältigen, äußerst komplexen politischen und militärischen Zusammenhänge stellen. Wir suchen nicht nach dem einen ›wahren‹ Grund für den Mord an den Juden in Ungarn, sondern nach Elementen einer Erklärung.

Das Vernichtungsprogramm war aus unserer Sicht multikausal. Dies bedeutet keineswegs moralische Relativierung, es geht dabei nicht um ein undefinierbares Durcheinander von Ursachen oder darum, einer neuen Unübersichtlichkeit in der Holocaustforschung das Wort zu reden. Vielmehr bedeutet Multikausalität hier, daß verschiedene Faktoren prozeßhaft zusammenwirken mußten, um ein Ergebnis zu bewirken, das zunächst absurd und unfaßbar erscheint.

---

6 Z. B. Lang, Act, S. 17.

7 Vgl. Braham, Politics (2. Auflage 1994); ferner die Arbeiten von Lévai, Bauer und zahlreichen weiteren Autoren im Literaturverzeichnis; zur Forschungslage die Bibliographie von Braham, Hungarian-Jewish Catastrophe.

8 Siehe auch das relativ geringe Gewicht, das breiter angelegte jüngere Arbeiten mit ganz unterschiedlicher Fragestellung auf Ungarn legen, soweit es überhaupt thematisiert wurde: Longerich, Politik, S. 565–570, und Lozowick, Hitlers Bürokraten, S. 297–333.

Eine solche Untersuchung muß berücksichtigen, daß Ungarn unter allen deutsch besetzten Ländern das höchste Maß an Eigenständigkeit behielt – Horthy besaß schließlich im Juli 1944 die Macht, die Deportationen kurz vor den geplanten Abtransporten der Juden aus Budapest zu stoppen. Doch auch für die zuvor rasch politisch durchgesetzte und in äußerstem Tempo organisierte Deportation von mehr als 400.000 Menschen aus der ungarischen Provinz war ungarische Eigenständigkeit mitentscheidend: Die ungarische Regierung, die zentralstaatlich orientierte Verwaltung, ein beachtlicher Teil der politischen Führungsschicht und der Bevölkerung, sie alle spielten dabei eine erhebliche Rolle.

Die jüdischen Führer in Ungarn entwickelten ihrerseits wirkungsvolle politische Aktivitäten, und viele Juden versuchten sich selbständig zu retten. Viele der jüngeren Studien – auch unsere eigenen – waren einseitig täterorientiert, vom Interesse an Deutschen geprägt und vernachlässigten das Verhalten der Bevölkerung des jeweiligen Landes, die Perspektive der jüdischen und anderen Verfolgten. Mehr noch, es ist, ganz besonders was Ungarn angeht, gerade die Interaktion der verschiedenen Gruppen, es sind das Zusammenwirken und die Wechselwirkung der Handlungen von Deutschen, ungarischen Nichtjuden und Juden, es ist der Vergleich ihrer Perspektiven, ohne die man schwer zu einem umfassenderen Verständnis der Ursachen für den Massenmord kommen kann. Wir versuchen zumindest Ansätze in dieser Richtung zu entwickeln.

Schließlich sollten auch die Motive neu untersucht werden, die oft als ideologisch bezeichnet werden. Nicht wenige Historiker führen den Fall Ungarn als Paradebeispiel dafür an, daß allein ein gegen die Juden gerichteter Rassismus den Völkermord erkläre. Aber wie funktionierte eigentlich Antisemitismus? In den Forschungsdiskussionen der Vergangenheit wurde er meist in einem Gegensatz zu anderen Motiven für den Mord an den Juden verstanden, die pragmatischer, wirtschaftlicher oder militärischer Natur waren. Wer solche Motive untersucht, dem wird heute oft entgegengehalten, daß ganz verschiedene Begründungen oder Begründungselemente für den Mord an Juden in einzelnen Regionen Europas angeführt worden seien: so die Ernährungspolitik, Seuchengefahr oder der Wohnungsmangel, angebliche Überbevölkerung, die Siedlungspolitik, politische Agitation, die Partisanenbewegung oder die Förderung der Kollaboration. Doch immer sei das Ergebnis das gleiche gewesen: die Ermordung der Juden, und damit seien diese anderen Gründe nur als zweitrangig, ja als nachträgliche Rationalisierungen oder gar Vorwände einzustufen. Wir teilen diese Schlußfolgerung nicht. Vielmehr scheint uns, daß neben einer eher traditionellen antijüdischen Einstellung und rassistischer Propaganda reale und vital erscheinende Interessen vorhanden sein mußten, um die Vernichtungsmaschine in Gang zu bringen und in Gang zu halten – in diesem Fall, um einen ausländischen

Regierungsapparat, noch dazu eine mögliche deutsche Niederlage im Krieg vor Augen, auf den Gedanken zu bringen, sich das Vernichtungsprogramm zu eigen zu machen.

Unserem Eindruck nach sollte man Antisemitismus nicht, wie es oft geschieht, im wesentlichen als abstraktes Dogma verstehen, sondern als ›Weltanschauung‹ oder Teil einer Weltanschauung ernst nehmen, gewissermaßen als eine Perspektive, in der Wirklichkeit wahrgenommen wurde und wird. Infolgedessen argumentiert Antisemitismus oft realitätsbezogen, und Antisemiten taten dies auch in der historischen Situation, verbunden mit konkreten politischen Problemen, die nicht einfach nur erdacht waren. Vielmehr konnten sie, gerade im Krieg, sogar gesellschaftlich existentiell sein und eigentlich die Verletzung von Interessen und Besitzständen einflußreicher gesellschaftlicher Gruppen verlangen wie das Problem der landlosen bäuerlichen Bevölkerung in Ungarn. Antisemitische Sicht- und Erklärungsmuster vermochten in entsprechenden Situationen scheinbar oder tatsächlich soziale Konflikte zu verringern – so bei der fortgesetzten Aufschiebung der Bodenreform in Ungarn seit den dreißiger Jahren. Daher erscheint ein Herauslösen des Antisemitismus aus der historischen Wirklichkeit fiktiv. Die systematische Verbindung zwischen einer antijüdischen Ideologie und Versuchen, politische Probleme zumindest teilweise zu bewältigen, macht den Kern des modernen Rassenantisemitismus aus. Wir versuchen also unserer Darstellung ein Verständnis zugrunde zu legen, das die antisemitische Weltanschauung nicht von ihrer realpolitischen Nützlichkeit und situationsbezogenen Anwendung trennt.

Obwohl wir über die politischen Zusammenhänge, das Funktionieren des Antisemitismus und die Interaktion von Deutschen, Ungarn und Juden zu einer komplexeren Erklärung für den Mord an den ungarischen Juden kommen möchten, liefert dieses Buch keine umfassende Gesamtdarstellung. Stattdessen konzentrieren wir uns auf einige Schwerpunkte. Dafür streifen wir relativ gut erforschte oder für uns weniger relevante Themen nur am Rande, etwa die Versuche der SS, ungarische Juden gegen Waren auszutauschen, das Agieren der Westalliierten oder die Rettungsversuche ausländischer Diplomaten in Budapest.

Der Mord an den ungarischen Juden stand in den letzten Jahren nicht im Mittelpunkt der Holocaustforschung, und so gab es Debatten vorwiegend in einigen Spezialfragen. Die erbittertste umfassende Kontroverse bezog sich auf die jüdische Bevölkerung. Reszö Kasztner, zuvor bereits wegen seiner Rolle in Ungarn gerichtlich verurteilt und erst posthum freigesprochen, fiel 1957 in Israel einem Attentat zum Opfer. Die ungarischen Juden wurden, besonders in Israel, vielfach für mitschuldig an ihrem Schicksal erklärt; noch mehr galt ihren Führern der Vorwurf, versagt zu haben. »Everything that everybody loved to hate in Jewish history was present among Hungarian

Jewry«, wie es Raphael Vago ausdrückte.[9] Dies bezog sich auf Zionisten und Orthodoxe, am meisten aber auf die Assimilierten, die zumindest unter den Juden in Trianon-Ungarn (dem Ungarn nach dem Vertrag von Trianon 1920 verbliebenen Rumpfterritorium) die große Mehrheit stellten und sich als Ungarn jüdischer Religion verstanden. Wie hatten sie den Ungarn nur vertrauen können, warum hatten sie nicht reagiert? Im übrigen durchzogen entsprechende Anschuldigungen bereits zum Zeitpunkt des Geschehens die jüdische Presse in Palästina von den Zeitungen der Linken bis zu denen der Revisionisten.[10]

Es läßt sich relativ leicht erklären, warum es keine Massenauswanderung ungarischer Juden in den Jahren vor 1944 gab. Sie war nicht möglich. Auch zur Frage, warum sich kaum bewaffneter Widerstand entwickelte, liegen überzeugende Forschungen vor.[11] Das gleiche gilt für Rettungsbemühungen in Zusammenarbeit mit ausländischen Diplomaten. Immer wieder drehten sich die Kontroversen um die Frage des Wissens. Wer zu welchem Zeitpunkt was über die Ermordung der Juden gewußt hat, erklärt jedoch das Handeln bestimmter jüdischer Gruppierungen und der jüdischen Bevölkerung in Ungarn nicht allein. Dagegen bildet die Frage nach explizit als politisch gedachten Gegenstrategien und nach individuellen Überlebensstrategien unseres Erachtens einen Schlüssel für ein Verständnis des Geschehens, das keine ahistorische Moralität zum Maßstab macht, wie es gelegentlich geschieht. Solche politischen Strategien mußten nicht aussichtslos erscheinen. Waren nicht drei Viertel der Juden in Frankreich – einem seit vier Jahren teilweise und seit eineinhalb Jahren vollständig von den Deutschen besetzten Land, zu dem Ungarn gute Verbindungen hatte – der Deportation entronnen? Waren nicht die Juden im Kernland der benachbarten Staaten Rumänien und Bulgarien weitgehend verschont worden, und waren nicht im Nachbarland Slowakei wenigstens zwanzig Prozent der Juden auf Intervention der dortigen Regierung der Deportation entgangen?

Methodische Probleme

Unserem Ansatz stellten sich schwerwiegende methodische Probleme entgegen, vor allem Sprachbarrieren. Ohnehin kann unsere Arbeit nicht in allen Punkten eine wirklich tiefgehende Analyse liefern. Zum Teil waren wir auf Übersetzerhilfe angewiesen, konnten aber auch auf eine Reihe von veröffentlichten oder archivierten Dokumentenübertragungen bauen. Dennoch werden künftige Forschungsarbeiten auf jeden Fall Quellen einbeziehen, die uns nicht zugänglich waren.[12] Im Hinblick auf die Erfahrungen der

---

9 Vago, Yishuv, S. 131.
10 Ebd., S. 131–134; Vago, Destruction.
11 Cohen, Halutz Resistance; Rozett, Jewish Armed Resistance.

ungarischen Juden basiert unsere Darstellung – neben einiger Korrespondenz von Funktionären in deutscher, englischer oder französischer Sprache – auf einer Sammlung von etwa 800 Aussagen jüdischer Überlebender, die 1945 in Bukarest aufgenommen wurden,[13] sowie unter anderem auf der Kartei mit den Namen jüdischer Häftlinge aus dem KZ Mauthausen.[14]

Ein grundsätzliches Problem der bisherigen Forschung zum Mord an den ungarischen Juden ist die unkritische Verwendung nach dem Krieg entstandener Memoiren, Erinnerungen und Vernehmungsaussagen durch führende Autoren wie Randolph Braham und Jenö Levai.[15] Diese nachträglichen Aussagen sind stark von Verteidigungs- und Rechtfertigungsstrategien geprägt und mit großer Vorsicht zu verwenden. Das gilt für beteiligte deutsche und ungarische Täter wie jüdische Politiker, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Die Rekonstruktion mancher Sachverhalte ist auf dieser Basis gar nicht mehr möglich. Auch die Erinnerungen Verfolgter, die überleben konnten, enthalten Gedächtnisfehler und Lücken, Informationen, die erst später gehört oder gelesen wurden, und zweifelhafte Opferzahlen, Rechtfertigungen, Gerüchte und Tabus und folgen bestimmten psychologischen, erzählerischen oder – zumal wenn sie zur Veröffentlichung bestimmt waren – literarischen Mustern. Sie sind überdies vom Wissen um das Ende, also auch das Ausmaß der Massenvernichtung geprägt, können also schwerlich das Bewußtsein zur Zeit des Erlebens wiedergeben.[16] Dennoch ist es mit ihrer Hilfe eher möglich, sich ein Bild zu verschaffen, das sich der Wirklichkeit

---

12 Zum Beispiel wurde uns im ungarischen Staatsarchiv die Einsicht in die Aktenserie K 184/13093–13102 (Ackerbauministerium), die laut Findbuch Unterlagen über die Umverteilung von Landgütern enthält, die Juden weggenommen worden waren, mit dem ausdrücklichen Hinweis verweigert, die Angelegenheit sei politisch zu brisant. Dasselbe galt für die einschlägigen Bestände Budapester Banken und die 1944 tätige Regierungskommission für jüdische Kunstwerke.

13 Die Berichte, die alle entweder in Deutsch oder Englisch niedergelegt oder in diese Sprachen übersetzt wurden – im Unterschied zu vielen der mindestens 3.500 in Yad Vashem liegenden Berichte ungarischer Juden –, fanden sich im Archiv des Lavon-Instituts in Tel Aviv. Die zugrundeliegenden Befragungen durch eine jüdische Hilfsorganisation waren relativ präzise. Früher innerhalb der Sammlung existierende Extrabände »Kinderprotokolle« und »Ärzteprotokolle« konnten nicht aufgefunden werden. Daneben wurden noch etwa 200 Aussagen aus Yad Vashem und veröffentlichte Biographien berücksichtigt.

14 Das Original dieser Kartei befindet sich im Archiv von Yad Vashem und umfaßt schätzungsweise 6.000 Namen, also ein Drittel der in dem Lagerkomplex Mauthausen registrierten ungarischen Juden (zur Gesamtzahl Marsalek, Geschichte, S. 138). Von diesen wurden knapp 350 (die Namen mit den Anfangsbuchstaben A, Ma und T) einbezogen.

15 Siehe die Kritik von Cole, Universe, S. 28 und 32.

16 Hierüber zusammenfassend Wagner, Produktion, S. 29–41.

wenigstens annähert, besonders wo sie in großer Zahl vorliegen. Solche Aussagen vermitteln mehr von der Atmosphäre der Verfolgung und Vernichtung, als es Verwaltungsurkunden vermögen. Es geht um die »Rekonstruktion von Erinnerungsbildern«. Die Zeugenaussagen, die selbstverständlich auf ihre innere Stimmigkeit und sachliche Übereinstimmung mit schriftlichen Quellen zu prüfen sind, erlauben es, Vorgänge darzustellen, von denen keine schriftlichen Nachrichten überliefert sind. Nicht selten beschreiben die Erinnerungsberichte »typische Situationen in so prägnanter Form, dass im Einzelschicksal ein Gesamtschicksal sichtbar wird«.[17]

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, daß auf deutscher und ungarischer Seite viele Akten vernichtet sind oder jedenfalls nicht mehr vorliegen, zumal Unterlagen in einer so späten Phase des Krieges selten noch den Weg ins Archiv fanden. So fehlen originale Akten des Reichsbevollmächtigten in Ungarn; nur einige, darunter allerdings solche von zentraler Bedeutung, sind in anderen Beständen – vor allem in den Akten des Reichsaußenministeriums – überliefert. Dennoch konnten wir in Deutschland, Ungarn und Israel Quellen finden, die von der Forschung bislang nicht berücksichtigt wurden, darunter Militär- und Justizakten. Nicht zuletzt zeitgenössische deutsche, ungarische, schweizerische und britische Zeitungen enthielten wertvolle Informationen – erstere sind nicht nur für »discourses of propaganda« von Interesse.[18] In Kenntnis neu erschlossener Quellen ließen sich auch bereits bekannte Dokumente präziser zueinander in Beziehung setzen und interpretieren.

Schließlich sind noch einige Begriffe zu klären. »Ungarn« nennen wir in unserer Darstellung in der Regel das Territorium einschließlich der Gebiete, die sich der ungarische Staat 1938 bis 1941 angeeignet hatte. Für diese verwenden wir, auch der Kürze halber, den Ausdruck »annektierte Gebiete«, obwohl die Aneignung teilweise im Wege eines Vertrages vor sich ging. »Ungarn« bezeichnet bei uns demzufolge Menschen unterschiedlicher Nationalität oder Kultur (Magyaren, Rumänen, Slowaken, Serben, Juden usw.). Zur Unterscheidung sprechen wir auch von ungarischen Nichtjuden und Juden. Der Begriff »Juden« meint von der ungarischen bzw. deutschen Verwaltung als Juden definierte Menschen. »Trianon-Ungarn«, in zeitgenössischen Texten auch »Rumpfungarn«, heißt das Gebiet Ungarns nach dem Vertrag von Trianon 1920 bis 1938, das nicht ganz, jedoch ungefähr den heutigen Grenzen entspricht. Für die größeren Orte gebrauchen wir aus praktischen Gründen in der Regel die Namen, die sie in der Sprache des Staates haben, zu dem sie heute gehören. Im Ortsregister finden sich die anderssprachigen Bezeichnungen. Zum Beispiel wurde und wird die heute

---

17 Schieder, Vertreibung, S. 5 und 10.

18 Diese Auffassung unterscheidet uns von Cole, »And the Universe«, S. 31.

slowakische Stadt Košice von Deutschen Kauschau genannt und von Ungarn Kassa. Daß das heute rumänische Oradea von den Deutschen einmal als Großwardein bezeichnet wurde, ist fast vergessen, in den Erinnerungen der Überlebenden findet sich in aller Regel jedoch der ungarische Stadtnamen Nagyvárad. Ähnliches gilt für das heute serbische Novi Sad, die deutsche Bezeichnung Neusatz ist in unserem Kontext nebensächlich, wichtig dagegen die ungarische: Újvidék. Schwierigkeiten bereitete uns die korrekte Schreibung ungarischer Namen, und zweifellos gehen einige wohl noch immer vorhandene Fehler auf unsere Nachlässigkeit zurück. Andererseits werden Eigennamen in ungarischen, deutschen, englischen und israelischen Quellen oder Aussageprotokollen auch unterschiedlich geschrieben. Ungarn und ungarische Juden, die auswanderten und flohen oder auch nur in einer anderen Sprache publizierten, veränderten ihren Namen nach den Gepflogenheiten ihrer neuen Heimat oder des Erscheinungsortes ihrer Bücher. In anderen Fällen entstanden die Ungenauigkeiten in den Primärquellen, oder es standen schlicht keine Schreibmaschinen mit den entsprechenden Schriftzeichen zur Verfügung. In aller Regel haben wir uns daher an die Schreibweisen gehalten, die sich in den Quellen fand.

2. **Vorgeschichte**

a) **Ungarn und die deutsch-ungarischen Beziehungen**

Aus mehreren Gründen konnte das ständisch-reaktionär regierte Ungarn eigentlich kein natürlicher Verbündeter des Nationalsozialismus sein. Die beträchtliche deutsche Minderheit hatte es dort nicht leicht, und ihre Führer rieben sich an der unnachsichtigen Assimilationspolitik.[1] Ungarn blieb bis zum Oktober 1944 ein betont christlicher, katholisch dominierter Staat, seine innere Ordnung in einer ungewöhnlich unangefochtenen Weise vom Großgrundbesitz geprägt, die soziale Spannung entsprechend stark. Sosehr Kommunisten seit der Niederschlagung der Ungarischen Räterepublik (1919) der Verfolgung ausgesetzt und wichtige Rechte des Parlaments beschnitten waren, gab es – im Unterschied zu Nazi-Deutschland – doch durch Wahlen legitimierte Abgeordnete und Zeitungen unterschiedlicher politischer Färbung.

Das Parteienspektrum reichte von den gemäßigten Sozialdemokraten über die oppositionelle, liberaldemokratisch ausgerichtete Kleinlandwirtepartei und die Nationalisten bis zu den (gelegentlich verbotenen) Pfeilkreuzlern, der Hungaristenbewegung, auf der äußersten Rechten. Die politische Rechte, zu der auch die vergleichsweise schwachen Nationalsozialisten und die einflußreiche Erneuerungspartei gehörten, gewann seit Mitte der dreißiger Jahre an Gewicht, bestimmte das öffentliche Klima zunehmend, blieb aber in sich gespalten. Die häufig wechselnden Regierungen stellte eine liberal-konservative Honoratiorenverbindung, die sich hin und wieder fraktionierte und neu verband. Anfang der vierziger Jahre firmierte sie unter dem bezeichnend nichtssagenden Namen »Partei des Ungarischen Lebens«.[2] Die Pfeilkreuzler hatten im Mai 1939, bei den letzten ungarischen Parlamentswahlen in der Zwischenkriegszeit – an der die meisten Juden schon nicht mehr teilnehmen durften – 30 Mandate errungen, etwa ein Sechstel der Sitze, in Budapest allerdings mehr als ein Drittel.[3] Das König-

---

1 Schon am 9. 5. 1933 ereignete sich der erste Zwischenfall auf Grund einer provokanten Rede des Vorsitzenden des Ungarländischen Deutschen Kulturvereins, Jakob Bleyer, im Parlament. Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 110; zu den sonstigen Bedrückungen und Beschwerden siehe: Ammende, Nationalitäten, S. 332–338.

2 Ungarisch: Magyar Élet Pártja, von 1920–39 hatte diese Honoratioren-Gruppierung »Partei der Nationalen Einheit« (Nemzeti Egység Pártja) geheißen (Cole, »And the Universe«, S. 90).

3 Zur Parteienlandschaft der Zwischenkriegszeit: Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 80 ff.; Broszat, Judenpolitik, S. 190.

reich Ungarn verstand sich als konstitutioneller Staat. Das Wahlrecht war durch allerhand Klauseln beschränkt, die Regierungsform autoritär-integrativ, aber nicht faschistisch, und sie stellte »inmitten einer durch die Auseinandersetzungen zwischen den Ideen der Demokratie, des Faschismus und des Sozialismus-Kommunismus geprägten Epoche einen Sonderfall dar«.[4] Personifiziert wurde dieses Unikum durch den Reichsverweser Admiral Miklós vitéz Horthy von Nagybánya.

Verfassungsrechtlich waren mit seinem Amt die Entscheidung über Krieg und Frieden verbunden, die Verantwortung für die Außenpolitik, die Entlassung und Bestellung des Ministerpräsidenten. Als eine Art Präsidialregent verfügte Horthy über das weitgehende Recht, das Parlament einzuberufen und zu vertagen; zweimal konnte er ein beschlossenes Gesetz zur Beratung zurückverweisen, erst dann mußte er es unterzeichnen. Seit 1937 war der Reichsverweser sakrosankt und die Bestimmung, daß er im Fall eines Verfassungs- oder Gesetzesbruchs zur Rechenschaft gezogen werden könne, außer Kraft gesetzt.[5]

Nach der Niederschlagung der Räterepublik und nach dem Ende einer mehrmonatigen rumänischen Besatzung war die ungarische Nationalversammlung im Februar 1920 zusammengetreten. Im »Geist von Szeged«, der Stadt, in der sich die konterrevolutionären Truppen unter Horthys Leitung organisiert hatten, annullierten die Abgeordneten sämtliche republikanischen Errungenschaften, die es seit 1918 – nicht nur infolge der Räterepublik, sondern zuvor dank der bürgerlich-demokratischen »Asternrevolution« – gegeben hatte, und setzten auf die monarchistische Wiederauferstehung. Sie sahen sich weder in der Lage, an der Republik festzuhalten (da der gekrönte König, Karl IV., nicht auf seine Rechte verzichtet hatte), noch konnten sie die alte habsburgische Dynastie reetablieren (das untersagten die Siegermächte mit Nachdruck). So fanden die staatstragenden Kräfte eine Zwischenlösung, indem die Nationalversammlung, »den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, die Union mit Österreich und den Ausgleich von 1867 als erloschen, die Königsmacht als seit November 1918 ›ruhend‹ bezeichnete. Bis sie wieder ausgeübt werden könne, sollte ein Reichsverweser eingesetzt werden.«[6]

---

4 Hillgruber, Deutschland und Ungarn, S. 653. Wie immer man die Ära Horthy beurteilt, so erscheint es doch etwas flach, wenn zum Beispiel in der DDR-Historiographie von einem »fast ein Vierteljahrhundert währenden Terror des ungarischen Faschismus« gesprochen wurde (Nemes, Lage, S. 31). Auch sind stark verallgemeinernde Urteile, die Horthy »als Willensvollstrecker des deutschen Faschismus« einordnen, zu grob, um die reale deutsch-ungarische Politik dieser Jahre begreiflich werden zu lassen. So zum Beispiel Door, Wesen und Besonderheiten, S. 52.

5 Révész, Verfassung, S. 50.

6 Horthy, Leben, S. 132 ff.

Am 1. März 1920 wurde Horthy durch die Nationalversammlung gewählt – bis zur bald erwarteten Rückkehr des Königs, ohne sonstige zeitliche Begrenzung. Folglich bezeichneten sich die Ministerien, die Staatsbahn und die Post wieder als »königlich-ungarisch«, der Reichsverweser residierte auf der Burg und ließ sich als »Durchlaucht« anreden. Dieser altmodische, 1868 in einem südungarischen Schloß geborene Landedelmann war Flügeladjutant des Kaisers Franz Joseph gewesen und befehligte 1918 die k.u.k. Kriegsflotte, in deren Reihen er 37 Jahre gedient hatte. Als Reichsverweser amtierte Horthy bis zum 15. Oktober 1944.[7]

Exemplarisch für die im Vergleich zu Hitler-Deutschland fast liberalen politischen Verhältnisse in Ungarn stehen die Verbote, die nach dem deutschen Einmarsch – am 19. März 1944 – von der auf deutschen Druck gebildeten Regierung verhängt wurden. Verboten wurde die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und die der Kleinlandwirte, ebenso der Bauernbund; die Gewerkschaften gerieten unter kommissarische Verwaltung.[8] Das Erscheinen der entsprechenden Zeitungen, etwa der sozialdemokratischen »Népszava«, wurde untersagt. Von den 172 Mitgliedern des Budapester Stadtrates mußten 21 sozialdemokratische und 12 freisinnige Abgeordnete ihr Mandat niederlegen.[9] Anders als im gleichgeschalteten Deutschland hatte in Ungarn vor der deutschen Besatzung der öffentliche Meinungsstreit durchaus Gewicht. Als Beispiel dafür mag die Tonlage stehen, in der noch am 19. Februar 1943 die Abgeordneten des außenpolitischen Ausschusses über Krieg und Frieden debattierten.

Der Abgeordnete der Kleinlandwirtepartei Tildy äußerte: »Er halte es für das größte Unglück, wenn Ungarn gegen (die) Angelsachsen antreten müßte.« Der liberale Abgeordnete Károly Rassay ergänzte: »Diejenigen hätten Ungarn in den Sumpf gezogen, die an (den) deutschen Sieg geglaubt hätten.«[10] Es waren solche Eindrücke, die einen deutschen Beobachter zu

---

7 An diesem Tag verhafteten die Deutschen Horthy und verschleppten ihn nach Schloß Hirschberg bei Weilheim in Oberbayern. Der Tarnname lautete »Waldbichl«. Das Schloß hatte zuvor bereits den durch einen Handstreich befreiten Mussolini für kurze Zeit beherbergt. Zur Vorgeschichte und zum Ablauf von Horthys Verhaftung: Lehmann, Unternehmen Panzerfaust.

8 Die entsprechenden Auflösungsverfügungen ergingen am 29. 3. formal durch den neuen Innenminister Jaross. Feine an AA, 29. 3. 1944. PA AA R 29794, Bl. 987. Am 13. 4. erklärte der Reichsbevollmächtigte sowohl das ungarische Parlament als auch das Budapester Stadtparlament für »unerwünscht« und rechnete mit einer »befriedigenden Weiterentwicklung«. Veesenmayer an AA, 14. 4. 1944, ebd. Bl. 127. Tatsächlich wurde die parlamentarische Tätigkeit eingeschränkt, jedoch nicht beendet.

9 Vertrauliche Mitteilungen der SOEG, BA R 63/346, Nr. 257 (30. 3. – 6. 4. 1944).

10 Jagow an AA v. 20. 2. 1943, PA AA R 29792, Bl. 27 ff.; Klagen über den wachsendenden Einfluß der Sozialdemokratie berichtet Jagow am 3. 4. 1943 direkt »für Herrn Reichsaußenminister«, PA AA, R 29792, Bl. 125 f.; die durchaus heftigen Formen

der Frage trieb: »Weshalb wird immer noch das parlamentarische System geschaukelt? Was wollen die Magyaren damit? Im neuen Europa haben solche längst überlebten Einrichtungen keinen Platz.«[11]

Im Vergleich zu Deutschland bestanden in Ungarn ein höheres Maß an innerer Freiheit, weniger Gleichheit, weniger sozialer Ausgleich und weniger Willkür. Allgemeiner ausgedrückt fehlte es dem Land aus Berliner Perspektive an der totalitären Integriertheit von Staat und Ideologie, Volk und Führung. Das spiegelte sich im persönlichen Gegensatz zwischen der politischen Spielernatur, dem Parvenü Adolf Hitler, und dem wertkonservativen Antikommunisten Miklós von Horthy. Gewann dieser seine politische Beharrungskraft aus dem noch sehr wirksamen halb religiösen, halb weltlichen Leitbild der Heiligen Stephanskrone, so bezog jener seine atemberaubende Dynamik aus seiner betonten Unkultiviertheit, seiner militanten Demagogie, dem permanenten Wort- und Rechtsbruch.

Zum Selbstverständnis der dünnen ungarischen Oberschicht paßte der völkisch-revolutionäre Grundzug des Nationalsozialismus nicht. Ihre Traditionsgebundenheit stand dem Bündnis von Unterschichten und Elite entgegen – allerdings um den Preis, daß die Chancen zu einer umsichtigen institutionellen, rechtlichen und gesellschaftlichen Modernisierung vorsätzlich nicht wahrgenommen wurden.

Trotz der allein außen- und handelspolitisch begründeten Annäherung an das Dritte Reich betrachtete Horthy den Führer der faschistischen Pfeilkreuzler-Partei Ungarns, Ferenc Szálasi, als seinen persönlichen Feind, als eine jener »wertlosen Gestalten«, die diese Partei repräsentierten.[12] Die Agi-

---

parlamentarischer Auseinandersetzung dokumentiert Weidlein, Antisemitismus, passim. Tildy wurde nach Kriegsende Ministerpräsident und dann (bis 1948) Staatspräsident, 1956 Minister der Aufstandsregierung.

11 Presseabt. des AA, Fragment des Auslands-Presse-Berichts v. 9. 2. 1943, PA AA R 29792, Bl. 450.

12 Die Formulierung findet sich als handschriftliche Einfügung Horthys im Entwurf eines dann von Diplomaten abgemilderten Briefes an Hitler v. 3. 11. 1939. (Szinai, Szücs (Hg.), Confidential Papers, S. 346, Anm. a.) Szálasi wurde 1946 in Budapest öffentlich hingerichtet. Zur Abneigung Horthys gegen die Pfeilkreuzler: Jagow an Ribbentrop v. 3. 4. 1943, PA AA R 29792, Bl. 126 f. Noch am 14. 4. 1944 mußte Veesenmayer sein »bereits mehrfach geäußertes Verlangen nach einer politischen Amnestie« wiederholen, »die fast ausnahmslos rechtsgerichtete Kreise« betreffe. PA AA, R 29794, Bl. 130. Im Jahr 1938 beklagte Hall in dem politischen Pamphlet »Der Ungarische Nationalsozialismus hinter Gittern«, wie sehr das »feudal-kapitalistische, jüdisch-liberale Regierungssystem« die nationalsozialistische Bewegung bekämpfe, »deren Siegeszug durch hundert und hundert unschuldig eingekerkerte und polizeilich verfolgte Anhänger gekennzeichnet« sei. Zu den Verurteilten zählte Szálasi, die Urteile ergingen in der Regel nach den Sondergesetzen, die 1921 gegen die Kommunisten erlassen worden waren.

tation der Szálasi-Partei richtete sich gegen die Verfassung, gegen die herrschende Eigentumsordnung und gegen die »jüdisch-marxistischen Plutokraten«, gegen das »Joch« des in einem Atemzug als feudalkapitalistisch und sozialdemokratisch-kommunistisch bezeichneten Judentums. Demnach konnte erst in der gleichzeitigen Überwindung von Feudalismus und Kapitalismus die Emanzipation des noch als »stinkenden Proleten« verhöhnten Arbeiters zum gleichwertigen Mitglied einer »arbeiterliebenden Nation« gelingen.[13] Die Pfeilkreuzler traten unter ihrem Führer und Parteitheoretiker Szálasi für »einen nationalsozialistischen Arbeitsstaat« ein und, wie Margit Szöllösi-Janze zusammenfaßt: Die Volksbewegungen, die diesen Staat erkämpften, »zielten auf die Befreiung von Mensch, Boden, Arbeit und Volk; in der ungarischen Praxis bedeutete dies die Errichtung des Hungarismus. Dieser mit dem Nationalsozialismus erfochtene Freiheitskampf schließt nach Szálasi den Jahrtausende alten Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeutung ab, wie es die ›ewigen moralischen Gesetze der natürlichen Weltordnung‹ forderten. Der glückliche, konfliktfreie Endzustand, der Friede hinsichtlich Arbeit, Gesellschaft, Boden und Nation, kurz: die ›Pax Hungarica‹ seien erreicht, die Geschichte als Aufeinanderfolge gesellschaftlicher Kämpfe beendet.«[14] Diese Kerngedanken des hungaristischen Programms lassen erkennen, warum es für das volksdemokratische Nachkriegsungarn nicht besonders schwierig war, die Mehrheit der Hungaristen zu entnazifizieren (genauer: zu entpfeilkreuzlern) und in verläßliche Stützen der neuen Staatsmacht zu verwandeln.[15]

Zu den von Hitler immer wieder thematisierten Gegensätzen zu Horthy gehörte dessen hartnäckige Verteidigung der feudalen Bodenverfassung und die damit verbundenen sozialen Mißstände in Ungarn. Nach der Niederschlagung der Räterepublik Bela Kuns, die vom März bis zum 1. August 1919 bestanden hatte, verpaßte Ungarn jene begrenzten Agrarreformen, die es nach 1918 und aus Angst vor Bürgerkriegen und Bauernrevolten in ganz Ostmitteleuropa zugunsten der Dorfarmen gegeben hatte. Auch wenn sich Großgrundbesitz im deutschen Ostelbien, in Ostpolen wie in Teilen der Iberischen Halbinsel oder im italienischen Mezzogiorno zum Nachteil dieser Regionen noch halten konnte, so dominierte er doch kein anderes europäisches Land so stark wie Ungarn. Dort verfügten 526 Magnaten über ein Drittel der gesamten Bodenfläche. Das mußte sich unter den ökonomischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts als sozialer Konfliktherd erweisen und als

---

13 Rede Szálasis in Vac am 22. 2. 1944, Vertrauliche Mitteilungen, BA R 63/346, Nr. 253, S. 67. Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 109.

14 Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 228.

15 Zu den beeindruckenden biographischen Verbindungen zwischen Kommunisten und Pfeilkreuzlern Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 114 f.

starkes, vorkapitalistisches Modernisierungshemmnis. Diese Verhältnisse wurden von der Sozialdemokratie, den Liberalen wie von den Rechtsradikalen angeprangert. Die einen orientierten sich an den Demokratien West- und Nordeuropas, die anderen an den sozialen Taten des italienischen Faschismus und des Dritten Reiches.

Im Jahr 1940 evaluierte das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront die Lage der arbeitenden Klassen in Ungarn mit einem katastrophalen Ergebnis: »Der sozialpolitische Notstand in Ungarn entsteht ganz überwiegend aus den Klassenverhältnissen der Landwirtschaft, in denen noch heute das geschichtliche Gefüge des Feudalismus nicht überwunden ist. [...] Der gesellschaftliche Bestand Ungarns (ist) dauernd gefährdet durch einseitiges Massenelend und durch Versagen eines ausgeglichenen und natürlich gegliederten Aufbaus der wirtschaftlichen Schichtung und gesellschaftlichen Volksordnung. [...] Die Verelendung dieser Massen, ihr körperlicher Verfall, ihre Stumpfheit und andererseits die Gefahr der kommunistischen Gärung bilden die schwerste Belastung der ungarischen Gesellschaft und setzen der Sozialpolitik ihre vordringliche Aufgabe. [...] Man hat gerechnet, daß die ländlichen Proletarier mit ihren Angehörigen etwa vier Millionen ausmachen, also nahezu die Hälfte der Bevölkerung Ungarns.«[16]

Hitler geißelte die soziale Rückständigkeit des seit 1940 verbündeten Landes mit Vorliebe, vertrat die Überzeugung, es werde »an dieser Struktur zugrunde gehen«, und nannte die führende Schicht »asozial«, weil sie »ihr Geld aus dem Volk gesogen und in Paris verjubelt« habe.[17] Im Führerhauptquartier galt Ungarn als letztes Refugium des Manchesterkapitalismus und des Feudalismus in Europa. Der Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Alfred Jodl, sagte es im November 1943 vor den Reichs- und Gauleitern so: »In Ungarn, als ein Feudalstaat alten Musters, sind die sozialen Gegensätze noch in stärkster Weise vorhanden. Damit ist dieses Land auch der kommunistischen Idee gegenüber besonders anfällig. Aber in keiner Stadt Europas scheint das weniger erkannt zu werden, wie in Budapest. Dort lebt und tanzt eine zersetzte und stark verjudete Gesellschaftsschicht auf einem Vulkan.«[18] Edmund Veesenmayer, den Hitler schon bald zum Reichsbevollmächtigten in Ungarn machte und der sich bereits mit einschlä-

---

16 Deutschland und Südosteuropa, Berlin 1940, S. 26 f.

17 Hillgruber (Hg.), Staatsmänner, Bd. 2, S. 557 (zu Kvaternik am 21. 7. 1941), S. 443, 447 (zu Tiso am 12. 5. 1944).

18 Jodl vor den Reichs- und Gauleitern v. 7. 11. 1943, BA-MA RW 4/v. 38, Bl. 93; hier teils basierend auf: Elger, Oberstleutnant Att.Abt. V.St. IV, Notiz für Chef Att.Abt., Betr.: Eindrücke meines Aufenthaltes in Budapest und Preßburg v. 2. 11. 1943, BA-MA RH 2/2895, Bl. 46–48.

gigen Voruntersuchungen für ein solches Amt profilierte, bezeichnete den Staat als »eines der sozial rückständigsten Länder Europas«.[19] Ein deutscher Vertrauensmann beklagte die extremen sozialen Kontraste zwischen den einzelnen Stadtvierteln Budapests und sah sich an den »Kapitalismus in der Gründerzeit« erinnert.[20] Im Juni 1944 bemerkte Goebbels: »Horthy ist ein ausgesprochener Reaktionär, der ausschließlich die Politik der Magnaten führt. Für ein neues soziales Bewußtsein hat er nicht das geringste Verständnis.«[21]

Kritik am fehlenden Willen zur Sozialpolitik und zur Landreform kam jedoch nicht nur aus NS-Deutschland, sondern zum Beispiel auch aus Großbritannien.[22] Ja, die ungarische Regierung veröffentlichte 1943 sogar ein »Gelbbuch«, um den Westalliierten zu beweisen, daß es überhaupt eine ungarische Sozialpolitik gab,[23] und noch am 1. März 1944, 18 Tage vor dem deutschen Einmarsch, schickte Ministerpräsident Kállay die Anweisung an die ungarischen diplomatischen Vertretungen im neutralen Ausland, Vorwürfe zurückzuweisen, »daß das ungarische politische und soziale System feudal, antidemokratisch und antisozial sei«.[24] Auf derselben Linie lag das 1944 in deutsch erschienene Propaganda-Buch »Ungarische Sozialpolitik«, das Dénes Bikkal, Vizedirektor der Landes-Sozialversicherungsanstalt in Budapest verfasst hatte und in dem er am Schluß allen Ernstes ausmalte, wie – mit einem Reichsverweser Horthy, wohlgemerkt – jeder Klassenunterschied mit der Zeit verschwinden und die ungarische Sozialgesetzgebung weiterhin »beispielgebend vorangehen« werde.[25]

Die Kritik deutscher Nationalsozialisten an der sozialpolitischen Kälte der ungarischen Führung ist für die zweite Phase des Krieges, in der es zunehmend auf den Durchhaltewillen der Völker ankam, von erheblicher Bedeutung. Sozialpolitische Erwägungen und Absichten beeinflußten, wie noch zu zeigen sein wird, die spätere deutsche Besatzungsherrschaft in Ungarn durchaus. Allerdings nutzte die deutsche Seite ebenso gerne die Übermacht der Großgrundbesitzer für ihre kurzfristigen kriegswirtschaftlichen Zwecke.

---

19 Veesenmayers Bericht über Ungarn v. 10. 12. 1943, in: Braham, Destruction, S. 265.

20 Bericht unseres Vertrauensmannes, Die Lage in Ungarn im März 1943 v. 1. 4. 1943, BA-MA RW 5/681, Bl. 1.

21 Goebbels-Tgb., Bd. II,12, S. 419 (Eintragung vom 7. 6. 1944).

22 Ein Beispiel in Ránki, Unternehmen Margarethe, S. 21.

23 In den Worten der deutschen Presse richtete sich dies gegen »Behauptungen der Feindpropaganda, wonach in Ungarn noch der Feudalismus herrsche und es stark von antisozialen Elementen geleitet« werde: Donau-Zeitung, 2. 3. 1943, BA NS 5 VI/30671.

24 Szinai, Szücs (Hg.), Confidential Papers, S. 269.

25 Bikkal, Sozialpolitik, S. 96.

Die Rückständigkeit der Agrarverfassung und gesellschaftlichen Zustände des Landes kamen den lange vorherrschenden Interessen der Reichsregierung entgegen, die Wirtschaftsbeziehungen fast kolonial, jedenfalls einseitig nützlich zu gestalten. Ungarn sollte möglichst viele Agrarprodukte und Rohstoffe liefern, und große Agrarbetriebe erschienen für diesen Zweck produktiver,[26] richtiger gesagt: Sie produzierten stärker für den Markt. Deutschland garantierte umgekehrt zwar Festpreise, die meist über den Weltmarktpreisen lagen und deren enorme Schwankungen ausglichen. Auch kamen die entsprechenden bilateralen Handelsabkommen der Devisenknappheit sowohl auf deutscher als auch auf ungarischer Seite entgegen.[27] Doch Ungarn mußte die deutsche Bezahlung mehr und mehr vorfinanzieren, und die Verträge fesselten das Land zunehmend an die Interessen des Reiches, während sie den Großgrundbesitzern Vorteile boten. Ungarische Oppositionspolitiker wie der ehemalige Ministerpräsident Bethlen kritisierten, aus der Reduzierung Ungarns auf ein Agrarland ergebe sich »eine völlig wirtschaftliche Abhängigkeit, eine wirtschaftliche Penetration durch Deutschland, der nur eine politische Abhängigkeit folgen« könne.[28]

Allerdings wurde in Deutschland auch die Ansicht geäußert, eine »Agrarintensivierung« sei nur im Zusammenhang mit einer Industrialisierung Südosteuropas zu erreichen.[29] Tatsächlich förderten die Deutschen seit 1941 auch offiziell die partielle Entwicklung der ungarischen Industrie, allerdings alleine aus einem taktisch begründeten, rüstungswirtschaftlichen Eigeninteresse. »Ungarns Unterwerfung« sollte sich von da an nicht mehr »in der Form einer völligen Verkümmerung der ungarischen Industrie, sondern eher in einem immer vollständigeren Einbau in die deutsche Kriegsmaschinerie« vollziehen.[30] Im Sommer 1941 begannen Offiziere der Dienststelle »Der deutsche Wehrwirtschaftsoffizier in Budapest«, ungarische Industriebetriebe und ihre Auslastung mit deutschen, italienischen und inländischen

---

26 Hierzu Kovrig, Sozialpolitik, S. 429.

27 Ránki, Wirtschaftsleben, S. 238 f.

28 Zit. nach Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 148 (Äußerung von 1939), siehe allgemein ebd., S. 141–178. Graf István Bethlen (*1874) gehörte zu den Führern der ungarischen Konterrevolution 1919. In den dreißiger Jahren führte er die konservative Opposition gegen den rechtspopulistischen Ministerpräsidenten Gömbös. Bis zum Pfeilkreuzlerputsch im Oktober 1944 blieb Bethlen ein wichtiger Berater Horthys. 1947 kam er auf ungeklärte Weise in sowjetischer Haft um.

29 Die Bedeutung der südosteuropäischen Getreidewirtschaft und ihre wehrwirtschaftliche Bedeutung, bearbeitet im Institut für Weltwirtschaft, April 1939, BA-MA RW 19 Anhang I/572.

30 So Ránki, Wirtschaftsleben, besonders S. 250; vgl. auch Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 243 f.

Rüstungsaufträgen zu erkunden.[31] Schon 1939/40 fing die ungarische Industrie an, entgegen den damals noch vorherrschenden deutschen Absichten, infolge der Rüstungskonjunktur zu expandieren,[32] bis 1943/44 erweiterte sie ihre Kapazitäten stark. Zwischen 1938 und 1941 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um rund 50 Prozent an. Die Manfred-Weiss-Werke, der führende ungarische Rüstungskonzern, steigerten die Zahl ihrer Beschäftigten zwischen 1938 und 1944 von 18.000 auf 57.000.[33] 1942 wurden deutsche Rüstungsaufträge im Wert von rund 600 Millionen Reichsmark an ungarische Fabriken vergeben, davon rund 80 Prozent in die Luftwaffenproduktion. Der Nutzen für die deutsche Seite blieb jedoch gering.[34]

Der Anteil des Deutschen Reiches am ungarischen Außenhandel hatte sich seit der deutschen Annexion Österreichs 1938 stark erhöht und betrug 1940 bis 1943 zwischen 50 und 60 Prozent. Ungarns zweitgrößter Handelspartner war Italien. In absoluten Zahlen verdreifachten sich die ungarischen Exporte nach Deutschland zwischen 1940 und 1943 (auf 615 Mio. RM), während sich die Importe aus Deutschland mehr als verdoppelten (1943: 670 Mio. RM).[35] Im allgemeinen gab es jedoch einen ungarischen Handelsüberschuß. Deutschlands Clearingverschuldung, also das von Ungarn vorzufinanzierende Defizit in der deutsch-ungarischen Handelsbilanz, wuchs vom 1. Januar 1943 an innerhalb eines Jahres von 578,8 Mio. RM auf 1,0475 Mrd. RM und betrug am 19. April 1944 bereits 1,158 Mrd. RM.[36] Das Reich importierte aus Ungarn vor allem Getreide und Ölsaaten (1943 machten

---

31 KTB WO Budapest Juli 1941 – September 1942, BA-MA RW 29/7.

32 Ránki, Wirtschaftsleben, S. 242 f.; Don, Implications, S. 67; Statistisches Reichsamt, Länderübersicht Ungarn, Juli 1944, NA T 84, R 136, Bl. 8720.

33 Hierzu Don, Implications, S. 68 f.; Südost-Economist v. 25. 9. 1942, Donau-Zeitung v. 22. 1. 1944 und Südost-Echo v. 24. 3. 1944, BA NS 5 VI/30625; Bericht Misch an SOEG v. 12. 6. 1943, BA R 63/95, Bl. 193; WO Budapest, Lagebericht Juni 1943, BA-MA RW 29/10, Bl. 158. Deutsche Versuche zur Übernahme von Kapitalanteilen im ungarischen Industrie- und Bankwesen hatten nur begrenzt Erfolg, besonders in der Flugzeug-, kaum jedoch in der Ölindustrie. Ende 1942 waren lediglich Aktien im Wert von gut 200 Millionen Pengö in deutscher Hand, vorwiegend durch Übernahmen österreichischer, tschechoslowakischer und französischer Anteile. Ránki, Wirtschaftsleben, S. 248 und 252–255.

34 Tatsächlich lieferte die ungarische Flugzeugindustrie bis März 1944 nur maximal 65 Maschinen pro Monat. WO Budapest, Lagebericht August 1942, BA-MA RW 29/7, Bl. 113 f., und WO Budapest, Waffenfertigung in Ungarn v. 14. 10. 1942, RW 29/8, Bl. 21–24; DIKO Ungarn, Ungarns Bergbau und Industrie v. 26. 3. 1944, BA R 3/1604, Bl. 32 f.; Stenographische Niederschrift der Jägerstab-Sitzung v. 11. 5. 1944, BA-MA RL 3/6, Bl. 271. Ránki, Unternehmen Margarethe, S. 56 und 265, stellt die tatsächliche Produktion für Anfang 1944 übertrieben dar.

35 Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 253.

36 »Entwicklung der Clearingverschuldung Deutschlands gegenüber Ungarn«, BA-MA Wi IF 2/7.

Agrarprodukte 55 Prozent des Einfuhrwertes aus), Mineralöl, Bauxit, Mangan und Eisen. Die Importe der meisten dieser Güter erhöhten sich 1942/43 stark, so 1943 bei Öl auf 204.000 Tonnen (1944 rund 400.000) und 1942 bei Bauxit auf 871.000 Tonnen. Das waren 25 (1944: 45) bzw. 95 Prozent der ungarischen Produktion.[37] Ungarn bezog aus Deutschland vor allem Maschinen und Ausrüstungen, Steinkohle, Koks, Kraftfahrzeuge, Stahlveredler und Industrierohstoffe.[38] Beide Seiten waren mit dem Umfang der Lieferungen der jeweils anderen unzufrieden, Deutschland jedoch konnte wegen seiner Machtposition stärkeren Druck ausüben. Ungarn war von dem größeren, benachbarten Industrieland abhängig.

Es waren bestimmte, in sich durchaus widersprüchliche Faktoren, die Ungarn an die Seite von Hitler-Deutschland führten. Außenpolitisch stand der Diktatfrieden von Trianon ganz im Vordergrund, durch den sich die übergroße Mehrheit der Magyaren tief in ihrer nationalen Ehre gekränkt sah; die ungarnfeindliche französische Außenpolitik vertiefte dieses Trauma, während die Appeasementpolitik der Westmächte gegenüber Hitler demonstrierte, wie erfolgreich eine Politik des revisionistischen Forderns sein konnte. Am 5. Oktober 1938 prophezeite der britische Oppositionspolitiker Winston Churchill, die Staaten Ostmitteleuropas würden nunmehr jeder von sich aus versuchen, »unter möglichst günstigen Bedingungen zu einem Einverständnis mit der triumphierenden Nazimacht zu kommen«.[39] Was die innenpolitischen Faktoren angeht, war die ungarische Führungsschicht seit der niedergeschlagenen Revolution von der Angst vor dem Bolschewismus beherrscht; verstärkt durch die Weltwirtschaftskrise, gab es seit 1932 Versuche zur Bildung einer völkischen Sammlungspartei.

Ein gedemütigtes Land

Mehr noch als Deutschland litt Ungarn unter den Bestimmungen der Pariser Friedensordnung. Der am 4. Juni 1920 in Trianon unterschriebene Friedensvertrag verstümmelte Ungarn zum Rumpfstaat. Es hatte gut zwei Drittel seines Territoriums eingebüßt und 59 Prozent seiner Einwohner verloren. Zu den abgetrennten Landesteilen gehörten andersnationale, gemischte, aber auch geschlossene magyarische Siedlungsgebiete, die Ungarn an die beiden

---

37 Fenyo, Hitler, S. 93–95; Ránki, Wirtschaftsleben, S. 245; Telegramm Clodius v. 19. 2. 1944, BA-MA RW 29/20; [RWM,] Referat III Ind II 4 v. 19. 7. 1944, NA T 84, R 136, Bl. 8713–8715.

38 Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 254; WO Budapest, Betr.: Kohle und Kohlelieferungen nach Ungarn v. 4. 1. 1942 [d.i. 1943/Entwurf] sowie Lagebericht Februar 1943, BA-MA RW 29/9, Bl. 14 f. und 101; verschiedene ungarische Wünsche in PA AA R 111805.

39 Unterhausrede, zit. nach Broszat, Deutschland–Ungarn–Rumänien, S. 60 f.

neugebildeten Staaten Tschechoslowakei und Jugoslawien sowie an das kräftig vergrößerte Rumänien hatte abtreten müssen. Das Burgenland fiel an Österreich. Immerhin lebten in den abgetrennten Regionen 3,3 Millionen Menschen, die sich nach Sprache, Herkunft und Kultur als Ungarn fühlten, etwa 30 Prozent aller Magyaren überhaupt. Auf der anderen Seite hatten sich die durch die Pariser Friedensschlüsse begünstigten Staaten zur Kleinen Entente zusammengeschlossen. Das geschah mit vertraglicher Rückendekkung Frankreichs, aus Furcht vor einer kriegerischen Revanche, aber auch im Versuch, den eigenen Nationalstaat mit Mitteln einer aggressiven Propaganda zu konsolidieren. Nach einer auf 20 Jahre begrenzten Bestimmung von Trianon durfte die ungarische Armee – die Honvéd, die im Ersten Weltkrieg ein Zwei-Millionen-Heer aufgestellt hatte – eine Stärke von 35.000 Mann nicht überschreiten und über keine schweren Waffen verfügen. Auch wenn diese Bestimmungen nicht wörtlich genommen wurden, so kränkten sie das ungarische Selbstwertgefühl tief. Erst 1938 erhielt Ungarn seine militärische Souveränität zurück.

Großbritannien betrachtete den Status quo der Donauregion zwar als veränderungsbedürftig und erkannte die »berechtigten Forderungen Ungarns« an,[40] ergriff jedoch angesichts der verfahrenen Lage keine Initiative. So blieben als Bündnispartner Italien und Deutschland, wollte die ungarische Führung auf das Streben nach einer Revision der Grenzen nicht verzichten. Immerhin hatte der einstige Kriegsgegner Italien die Forderungen Ungarns seit 1927 unterstützt, und Hitlers Deutschland führte in den Jahren 1933 bis 1938 vor, wie erfolgreich die Bestimmungen der Pariser Friedensordnung gebrochen oder (mit dem nötigen Druck) vertraglich revidiert werden konnten. Aus der Sicht Horthys gehörte zu den Erfolgen Hitlers gewiß auch die kompromißlose Unterdrückung der Kommunistischen Partei. Und der in den Ausdrucksformen sonst auf Vornehmheit bedachte Reichsverweser schrieb im August 1936 in ein Grundsatzpapier für die Diskussion mit Hitler: »Es gibt keine Ruhe, Sicherheit und Glück für die Menschheit, solange der Sovjet nicht erschlagen wird.«[41]

Die entschiedene Zurückweisung der Amputation von Trianon machte die halbaristokratische Regierung einigermaßen populär. Mit Hilfe der Parole »Nem, nem, soha!« (Nein, nein, niemals!) gewann sie den öffentlichen Rückhalt, der ihr sonst fehlte. Eine öffentliche Rede mündete damals

---

40 Brief Chamberlains an Horthy v. 28.10.1938, Ádám u.a. (Hg.), Allianz, S. 199f.; Bethlen, Treaty, Vorwort v. Lord Newton (1934), S. 90f.

41 Szinai, Szücs (Hg.), Confidential Papers, S. 90f. Im Denken Horthys bezog sich diese Formulierung nicht auf alle Russen, aber sehr wohl auf aktive Kommunisten. Eine einmalige Entgleisung war sie nicht, vgl. den Entwurf für einen Brief an Hitler vom April 1941, ebd., S. 354f.

gerne in die vaterländische Verschmelzung von Redner und Publikum: »Ich frage Euch daher, was ist es, was Ihr wollt?« Das Protokoll vermerkt dann: »Aus der Menge erscholl auf die dreimal gestellte Frage jedesmal begeistert die einmütige Antwort: ›Die ungarische Auferstehung! Die Revision!‹«[42] Das Streben danach verband die gesamte Bevölkerung, und vereinfacht gesagt bildeten der Antikommunismus und die Überwindung des Diktatfriedens von Trianon den Kern des ungarischen Staatsverständnisses. Ansonsten war die magyarische Mehrheit noch stark katholisch geprägt, von einem antislawischen und insbesondere antirumänischen Dünkel nicht frei. In seiner Autobiographie beschreibt Ephraim Kishon, der 1924 als Ferenc Hoffmann in Budapest geboren wurde, beide Pole. Er erinnert sich, wie er sehnsüchtige Lieder vom wiedervereinigten Ungarn schmetterte (»Oh mein süßes Transsilvanien, wir sind bereit für Dich zu sterben«) und kommt unmittelbar danach auf das Thema seiner Abschlußprüfung zu sprechen, die er 1942 an der Handelsakademie in Budapest ablegte: »Der heroische Widerstand Ungarns, der Hochburg des Christentums und der europäischen Kultur, gegen den Ansturm der bolschewistischen Horden«.[43]

Leichtfertig in die Abhängigkeit

Ähnlichkeiten der nationalen Grundstimmung mit der in Deutschland sind unverkennbar, sie begründeten seit 1933 eine anfangs zurückhaltende, später starke und dann fast ausweglose – jedoch niemals unumstrittene – Anlehnung an das Dritte Reich.[44] Zunächst suchte Budapest eher die Nähe zu Rom als zum übermächtigen Berlin. Ungarn und Italien verband bis 1938 auch das gemeinsame Interesse an einem unabhängigen Österreich.[45] Umgekehrt hatte die deutsche Außenpolitik Hemmnisse zu überwinden. Wirtschaftliche Ziele geboten anfangs eine ausgeprägte politische Reserviertheit gegenüber Budapest, um so das diplomatisch günstige Klima in Bukarest und Belgrad zu wahren.[46] Doch führten die jeweiligen Interessen bald zu einer deutsch-ungarischen Annäherung. Die deutsche Regierung sicherte sich zur Kriegsvorbereitung den handelspolitischen Zugriff auf bestimmte Agrarerzeugnisse und Rohstoffe Ungarns und gewährte dem Land im Gegenzug Unterstützung für die Revision der Trianon-Grenzen.

---

42 Rede Gömbös' vom Balkon des Vereinshauses des Verbandes der Gesellschaftlichen Vereinigungen in Budapest am 8. 10. 1932, Gömbös, Selbstzwecklichkeit, S. 36.

43 Kishon, Nichts zu lachen, S. 40 f.

44 Szinai, Szücs (Hg.), Confidential Papers, S. 82 ff.

45 Diesen Zweck verfolgte das ungarisch-italienische-österreichische Abkommen vom 17. 3. 1934.

46 Grundlegend: Broszat, Deutschland–Ungarn–Rumänien, S. 46 ff.

Nach dem Münchener Abkommen erhielt Ungarn mit dem von Deutschland und Italien am 2. November 1938 ausgehandelten Ersten Wiener Schiedsspruch diejenigen südostslowakischen Randgebiete zugesprochen, in denen tschechoslowakische Staatsbürger ungarischer Abstammung die übergroße Mehrheit bildeten (auch Oberungarn, Oberland oder Felvidék genannt). Der neue Grenzverlauf blieb deutlich hinter den Forderungen der ungarischen Regierung zurück und respektierte auch die Interessen des noch zu bildenden Vasallenstaates Slowakei. Aus deutscher Sicht folgte der Schiedsspruch dem Prinzip »Teile und herrsche«. Für Ungarn bedeutete er einen Gewinn, aber auch einen Schritt zur Unterwerfung unter die deutsche Hegemonie.

Nachdem Deutschland die Tschechoslowakei im März 1939 endgültig zerschlagen hatte, durfte Polen einen kleinen Teil annektieren und Ungarn – nach einigem Zaudern Hitlers – die bis 1918 ungarischen Teile der Karpato-Ukraine. Da dieser Zugriff über eine ethnisch-kulturnationalistisch begründete Grenzrevision hinausging, verstärkte er die Abhängigkeit von Deutschland. Das zeigte sich schon wenige Wochen später, als Ungarn, von der Reichsregierung heftig bedrängt, seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärte und bald darauf dem Antikomintern-Pakt beitrat. Doch konnte Hitler die ungarische Regierung nicht zum Eintritt in den Krieg gegen Polen bewegen. Selbst Durchmarschrechte wurden der Wehrmacht verweigert, obwohl Ribbentrop dafür noch am 9. September einen Streifen südgalizischen Gebiets anbot.[47] Ungarn nahm bald sogar Zehntausende polnische Flüchtlinge auf. An die 100.000 polnische Soldaten konnten mit Billigung der ungarischen Behörden nach Jugoslawien durchreisen, um von dort aus den Anschluß an die polnische Exilarmee zu gewinnen.[48] Bis zum März 1944 blieb der Weg nach Ungarn für Juden im deutsch besetzten Polen, namentlich in Ostgalizien, die bevorzugte Fluchtmöglichkeit. Man schätzt, daß Ungarn zeitweise bis zu 70.000 vom deutschen Zugriff bedrohten jüdischen Flüchtlingen Aufnahme bot.

Nach der Niederlage Frankreichs, am 30. August 1940, setzten Italien und Deutschland den Zweiten Wiener Schiedsspruch durch, um den Dauerstreit zwischen Ungarn und Rumänien beizulegen. Die Sieger des Ersten Weltkriegs hatten Rumänien, das als antisowjetischer Pufferstaat gebraucht wurde, zu Lasten seiner Nachbarn bevorzugt. Vor diesem Hintergrund wurde Siebenbürgen (Transsylvanien), das vor dem Krieg vollständig zu Ungarn gehört hatte und 1919 ebenso vollständig Rumänien zugeschlagen worden war, nun nach ethnisch-sprachlichen Gesichtspunkten geteilt. Der

---

47 Ebd., S. 74.

48 Dafür war im Innenministerium Josef Antal verantwortlich, der im Juni 1944 durch die deutsche Sicherheitspolizei verhaftet wurde; PA AA R 29795, Bl. 501.

Schiedsspruch sah für die jeweiligen nationalen Minoritäten diesseits und jenseits der neuen Grenze ein Optionsrecht, also eine freiwillige Umsiedlung vor, das den Bestimmungen im Versailler Vertrag für die deutschen Einwohner der Abtretungsgebiete entsprach.

Doch diese Erfolge hatten für Ungarn einen erheblichen Preis. Mit dem Zweiten Wiener Schiedsspruch ultimativ verbunden wurden ein deutsch-ungarisches Landwirtschaftsabkommen und ein sehr weitgehender Vertrag über Sonderrechte der deutschen Minderheit geschlossen. Ungarndeutsche durften jederzeit unter voller Mitnahme aller Vermögenswerte nach Deutschland übersiedeln, und das »Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung« wurde ihnen uneingeschränkt garantiert.[49] Gleichwohl waren längst nicht alle Deutschstämmigen nationalsozialistisch eingestellt.

Daneben versuchte man in Berlin mit allen erdenklichen Möglichkeiten den Zugriff auf die Erdölfelder in Ungarn zu gewinnen, die nach denen in Rumänien die ergiebigsten im Bereich der Achsenmächte waren. Schon während der Vorverhandlungen zum Zweiten Wiener Schiedsspruch wurde die Ungarisch-Deutsche Erdölindustriegesellschaft AG (MANAT) gegründet, deren Kapital jedoch ausschließlich in deutschen Händen lag. Die Konzession für diese Gesellschaft bezog sich zunächst auf das Grenzgebiet zu Rumänien, sie wurde aber nach der Zerschlagung Jugoslawiens sofort auf das nunmehr ungarisch verwaltete Murgebiet ausgedehnt.[50]

Das Landwirtschaftsabkommen von 1940 beinhaltete umfangreiche Ablieferungspflichten und die deutsche Einmischung in die Flächen- und Saatgutbewirtschaftung. Es handelte sich um einen vertraglich »eingekleideten Ausfuhrzwang nach Deutschland«.[51] Nimmt man die Ernte des Jahres 1940 als die letzte, die nicht durch das Landwirtschaftsabkommen mit Deutschland beeinflußt war, dann zeigt sich in der Veränderung der Anbaumengen ein erheblicher, von deutschen Interessen gelenkter Einfluß:

---

49 Schieder (Hg.), Dokumentation der Vertreibung, Bd. 2, S. 73E; Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 255.

50 Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 165 f., zu den Verhandlungen zwischen April und September 1940: Archiv der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover, Bd. 49457.

51 So Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 237. In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, daß es der langjährige Vorgesetzte des späteren Reichsbevollmächtigten in Ungarn, Veesenmayer, Wilhelm Keppler war, der seinerseits den Posten des »Beauftragten des Führers und Reichskanzlers für Wirtschaftsfragen« innehatte. Keppler war von 1942 bis 1945 als Präsident des Reichsamts für Bodenforschung für die Erschließung kriegswichtiger Bodenschätze in Deutschland und im besetzten oder abhängigen Europa zuständig. Auch Veesenmayer wurde vom Reichsamt bezahlt und erledigte für Keppler allerhand politisch prekäre Aufträge (siehe neuerdings Black, IBM). Zu Keppler: Wilhelm Keppler zum sechzigsten Geburtstag, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung 1942, S. III f.

	Weizen	Mais	Futterrüben	Erbsen	Linsen	Sonnenblumen	Leinöl
1940	21.000.000	26.000.000	40.000.000	555.000	658.000	374.000	67.000
1941	30.000.000	30.000.000	36.000.000	731.000	961.000	489.000	78.000
1942	26.000.000	22.000.000	30.000.000	995.000	883.000	1.806.000	218.000
1943	37.000.000	23.000.000	28.000.000	1.189.000	940.000	2.223.000	225.000

Die Tendenz ist klar: Seit 1941 sollte die ungarische Landwirtschaft Weizen, Hülsenfrüchte und Pflanzenöl in höchstmöglichen Mengen an Deutschland abgeben. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde der Anbau von Mais und Futterrüben reduziert, infolgedessen also die Fleischproduktion des Landes.[52]

Im Oktober 1940 erhielt die Wehrmacht zum ersten Mal Durchmarschrechte für ein kleines Truppenkontingent nach Rumänien, im November trat Ungarn dem am 27. September 1940 zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossenen Dreimächtepakt bei. Aus der Sicht der Wilhelmstraße war mit dem Zweiten Wiener Schiedsspruch die endgültige Unterwerfung besiegelt und Ungarn »vollständig in unserer Hand«.[53]

Der Verlauf der neu festgelegten Grenzen folgte seit Jahren international diskutierten Vorstellungen, wie die Ungereimtheiten der Pariser Friedensverträge ausgeglichen werden könnten. Die Schiedsentscheidungen zielten auf eine Balance zwischen dem durchaus fragwürdigen Prinzip der nationalen Selbstbestimmung und den praktischen Bedürfnissen nach territorialer, militärischer und wirtschaftlicher Arrondierung. Wo beides nicht in Einklang zu bringen war, wurden Umsiedlungen nach ethnischen, sprachlichen oder religiösen Gesichtspunkten vorgesehen. So war es auch im Münchener Abkommen bezüglich des »Sudetenlands«, im Umsiedlungsabkommen für Südtirol 1939 und in der geheimen deutsch-sowjetischen Umsiedlungsvereinbarung vom September 1939. Hitler versuchte zwar die Spannungen in Südosteuropa zu entschärfen, soweit es in seinem Interesse lag, intern sprach er jedoch 1943 abfällig vom »Kleinstaatengerümpel«, das

---

52 Vertraul. Statistik, o. D., ca. 1944, MOL K 254/1.1., Bl. 2–6; siehe auch Gunst, Landwirtschaft, S. 109. Dieser Entwicklung entspricht die Erhöhung des Geldeinkommens in der ungarischen Landwirtschaft: Betrug es 1938 915 Millionen Pengö, so waren es 1944 gut 3 Milliarden. Matolcsy, Schuldenlast, S. 31. Für die vermehrte Produktion von Getreide und Ölsaaten zeichneten zum nicht geringen Teil Volksdeutsche (besonders aus der Batschka) verantwortlich, die die Vomi über den VDU (Volksbund der Deutschen in Ungarn) entsprechend instruiert hatte: »Ungarn«, Anlage zu Schreiben Vomi, Amt X (Lothar Heller) v. 18. 1. 1944, BA R 15 V/79.

53 Zit. nach: Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 174 ff., Zitat, S. 177. Außerdem verzichtete Ungarn auf die bis dahin aufgelaufenen Clearingschulden des Deutschen Reiches. Hatten sie am Jahresende 1939 noch 54 Mill. RM betragen, so waren es zum Jahresende 1940 nur noch 10,7 Mill. RM.

beseitigt werden müsse.[54] Bereits im Sommer 1942 erörterte eine Geheimkommission der Südosteuropa-Gesellschaft die Frage, »ob oder inwieweit überhaupt noch im Südosten künftig einzelstaatlich abgegrenzte Räume bestehen bleiben« sollten und ob es nicht besser sei, wenn die Souveränität der einzelnen Staaten dort »beschränkt oder beseitigt« würde.[55] In Ungarn pflegte man derweil weiterhin die Illusion, auch Südsiebenbürgen und das Banat zurückzugewinnen.

Dem deutschen Angriff auf Jugoslawien im April 1941 folgte die ungarische Besetzung der Batschka, der Südbaranya und des an die Steiermark angrenzenden Übermurzipfels durch die Honvéd – mit der Aussicht auf spätere Annexion dieser vor 1918 ungarischen und immer noch von vielen Ungarn bewohnten Gebiete. An dem weiteren militärischen Vorgehen gegen Jugoslawien beteiligte sich die Honvéd bewußt nicht. Aber Hitler demonstrierte mit diesem Krieg, wie schon in dem gegen Polen, welche Folgen – von der gewaltsamen Intervention bis zur territorialen Zerstükkelung – zu gewärtigen waren, wenn sich ein Staat, so wie es Jugoslawien zuletzt versucht hatte, den Wünschen der Achsenmächte entzog. Die Drohung richtete sich ebenso gegen Ungarn wie gegen Rumänien, und sie erhöhte die Spannungen in der ungarischen Führung derart, daß sich Ministerpräsident Pál Teleki aus Verzweiflung über den von Hitler geforderten und erzwungenen Bruch des wenige Monate zuvor geschlossenen ungarisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages am 3. April 1941 erschoß: »Wir sind – aus Feigheit – wortbrüchig geworden [...]. Wir haben uns an die Seite der Schurken gestellt«, so heißt es in seinem Abschiedsbrief an Horthy.[56] Das bedeutet längst nicht, daß Teleki Hitler prinzipiell widersprochen hätte. Während seiner kurzen Ministerpräsidentenzeit förderte und verschärfte er das zweite ungarische Judengesetz, und gelegentlich eines Gesprächs mit Hitler kam er ungefragt auf die Perspektiven der Judenpolitik zu sprechen: »Graf Teleki warf die Judenfrage auf«, heißt es im Protokoll, »und erklärte, daß die Juden bei Friedensschluß aus Europa herausgebracht werden müssten.«[57] Auch entsandte er eine offizielle ungarische Delegation zu Eröffnung des Frankfurter Instituts zur Erforschung der

---

54 Goebbels-Tgb. II,8, S. 236 (8. 5. 1943).

55 Aly, Heim, Vordenker, S. 334. In einer »Organisationsstudie 1950«, die 1938 im Organisationsstab der Reichsluftwaffe erarbeitet wurde, war »eine Vergrößerung des Reichsgebietes im Osten bis zur russischen Westgrenze, im Südosten bis zur rumänischen und jugoslawischen Nordgrenze für das Jahr 1950 zugrundegelegt« worden. Die anliegende Landkarte schloß Trianon-Ungarn in das Reichsgebiet ein. (Zit. nach: Door, Aspekt, S. 66.)

56 Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 300.

57 Das Treffen fand am 20. 11. 1940 in Berlin statt; Hillgruber (Hg.), Staatsmänner, Bd. 1, S. 348.

Judenfrage. Die Wahrung ungarisch-nationalstaatlicher Interessen, auch gegen Deutschland, ging also nicht zwingend mit Interessengegensätzen hinsichtlich der antijüdischen Politik einher.

Auf diese Weise hatte sich Ungarns Fläche seit 1938 von 93.000 auf 172.000 Quadratkilometer vergrößert; statt zuvor neun Millionen lebten 1941 knapp 15 Millionen Menschen innerhalb der wieder erweiterten Grenzen. Ungarn hatte einen wesentlichen Teil seiner nationalen Träume verwirklichen können, und von einer Welle der Begeisterung getragen, ritt Horthy auf seinem Schimmel durch die befreiten Gebiete. Nach dem schon bekannten Muster hatte die Gewinnung der einst jugoslawischen Landesteile für Ungarn allerdings einen hohen Preis. Er bezog sich abermals auf Erdöl und Nahrungsmittel. Ungarn mußte die gesamten Lebensmittelüberschüsse aus der fruchtbaren Batschka bis zum Ende des Krieges an Deutschland und Italien liefern, ohne Anrechnung auf die sonstigen Lieferkontingente.[58] Den Eingriff in die Souveränität des Landes begründete das Reichsernährungsministerium mit dem Hinweis, »daß Ungarn die Batschka kampflos als Geschenk von den Achsenmächten erhalten habe und demgemäß keine Einwendungen erheben könne«. Dasselbe galt für die Erdölförderung in diesen Gebieten, die »ohne Rücksicht auf die Deckung des ungarischen Inlandsbedarfs an Deutschland zu liefern« war; die Konzessionen gingen an deutsche Energiekonzerne.[59] Intern freuten sich die deutschen Diplomaten, die Übereinkunft enthalte »lediglich Vorteile für uns«.[60]

So hatte sich Ungarn in schnellen Schritten aus vielen der Demütigungen von Trianon gelöst und war im selben Tempo in eine schon bald äußerst bedrohliche Abhängigkeit von Deutschland geraten. Unter diesen Vorzeichen trat die Regierung in Budapest in den Krieg gegen die Sowjetunion ein, den sie in Teilen – und namentlich in den ersten beiden Monaten – als einen antibolschewistischen, einen abendländischen Kreuzzug guthieß.[61] So

---

58 Siehe den Text dieser »Batschka-Klausel: Vertrauliches Protokoll v. 8. 5. 1941, PA AA R 111753; vgl. Fenyo, Hitler, S. 85.

59 Riemenschneider, Wirtschaftspolitik. S. 226.

60 RMEL (Walter) an AA v. 12. 11. 1941; Aufz. AA (Clodius) v. 1. 6. 1942, zit. nach Riemenschneider, Wirtschaftspolitik, S. 223.

61 Der vormoderne Begriff »abendländisch« wird hier bewußt gebraucht. So schrieb der damals amtierende Ministerpräsident Kállay in einem für das deutsche Publikum bestimmten Text, dem im Jahr 1943 selbst der fernste faschistische Anklang fehlt, zu Ungarns Rolle in Europa: »Die Faktoren, die Europa gestaltet haben, sind bei der ungarischen Grenze stehen geblieben und daher wäre es auch gar nicht möglich gewesen, daß sich jenseits dieser Grenze dieselbe Seele und dasselbe Europäertum entwickelt hätten wie diesseits im gemeinsamen westlichen Becken.« Kállay berief sich auf »die herrliche Lebensauffassung des Heiligen Franz von Assisi«, auf den Geist von Cluny und auf Lajos Kossuth (Kállay, Ungarn, S. 7–13).

schrieb der Ungarische Gesandte in Berlin, Döme Sztójay, am 7. Juni 1941 an seinen Ministerpräsidenten: »Im übrigen hatte ich auf Grund meiner Besprechungen mit dem Führer den Eindruck, daß der Reichskanzler den Südteil Siebenbürgens endgültig Ungarn zukommen lassen wird. Daß wir dazu noch gewisse ›Verdienste‹ erringen müssen, ist wahrscheinlich die Vorbedingung.« Sztójay schlug daher vor, »möglichst bald in entsprechender Form unsere konkrete Teilnahme an einer eventuellen Aktion gegen die Sowjetunion anzubieten«.[62]

Fünf Tage nach dem deutschen Überfall erfolgte am 27. Juni 1941 – nach der Bombardierung von Košice (Kassa), angeblich durch sowjetische Flugzeuge – auch der Kriegseintritt Ungarns. Er beruhte, infolge der revisionistischen Selbstfesselung, in erster Linie auf der Sorge, die Deutschen könnten anderenfalls Rumänien, das sich von Anfang an am Angriff beteiligte, zur Belohnung in seinem Anspruch auf Nordtranssylvanien unterstützen, oder – umgekehrt – auf der Hoffnung, Ungarn könne im Fall des Wohlverhaltens sogar seinerseits Südtranssylvanien zugesprochen und Rumänien könne dann durch die Annexion sowjetischer Gebiete entschädigt werden.[63] Der prominente Abgeordnete der oppositionellen Kleinlandwirte-Partei, Endre Bajczy-Zsilinsky, erklärte am 5. August 1941: »Unsere militärische Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich beruht ohnehin zu 50 Prozent auf der Situation und zu 50 Prozent auf rohem Zwang, nicht aber auf der vielerwähnten natürlichen Schicksalsgemeinschaft.«[64] Vor allem Ungarns Revisionismus hatte das Land »unwiderruflich in das Netz der deutschen Kriegspolitik verstrickt«, wie die »Neue Zürcher Zeitung« am 21. März 1944, zwei Tage nach der deutschen Besetzung Ungarns, kommentierte.

---

62 Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 308. Ungarische Diplomaten und hohe Militärs, zum Beispiel Generalstabschef Werth, rechneten mit einer Entschädigung Rumäniens im Osten, um es mit Broszat zu sagen: »Dabei hatten weder Rumänien noch Ungarn sonderliches Interesse an der Einverleibung sowjetischen Territoriums, aber man rechnete mit ihm gleichsam als mit einem allgemeinen territorialen Fundus der sogenannten Hitlerschen Neuordnung, einer gemeinnützigen Entschädigungsmasse, mit der die Ungerechtigkeiten der ›Neuordnung‹ ausgeglichen werden konnten« (Broszat, Deutschland–Ungarn–Rumänien, S. 85).

63 Fenyö, Hitler, S. 1–26, besonders S. 3 sowie 41; Schreiben des ungarischen Gesandten Sztójay an Ministerpräsident Bardossy v. 7. 6. 1941, in: Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 308.

64 Brief an Bardossy v. 5. 8. 1941, in: ebd., S. 326 f. Bajcsy-Zsilinszky hatte in den zwanziger Jahren zu den führenden Rasseschützlern gehört (Broszat, Deutschland–Ungarn–Rumänien, S. 82 f.). Während des deutschen Einmarschs erlitt er bei seiner Verhaftung einen Bauchschuß, später versuchte er, sich während eines Verhörs das Leben zu nehmen. Veesenmayer an AA v. 8. 5. 1944, PA AA R 29795, Bl. 321.

b) Die ungarischen Judengesetze 1938–1941

Sosehr sich die ungarischen und die deutschen Verhältnisse unterschieden – sie ähnelten sich seit 1918 doch in mancher Hinsicht. Beide Völker sahen sich als tief gedemütigt an, beide radikalisierten sich im Kampf für die abgeschnittenen und bedrängten Auslandsminderheiten. Beiden fehlte die republikanisch-demokratische Mitte, beiden die institutionelle und gesetzgeberische Erfahrung zur Regulierung der Nachkriegskrisen. Hier wie dort waren kommunistische Revolutionsversuche niedergeschlagen, dadurch jedoch nicht die Entwicklung zum bürgerlich-demokratischen System gesichert worden. In Ungarn und in Deutschland dominierte in der jüdischen Minderheit ein staatstragendes, auf Assimilation ausgerichtetes Bürgertum.[65] In den ostdeutschen Abtretungsgebieten nahmen die Juden 1918/20 fast ausnahmslos das Recht der Option, das heißt der freiwilligen Umsiedlung, in Anspruch. Sie bekannten sich also bewußt zu Deutschland. In den ungarischen Landesteilen, die nach dem Ersten Weltkrieg an andere Staaten fielen, finden sich Parallelen, obwohl die meisten Magyaren und Juden nicht umsiedelten. In den sprachlich orientierten Minderheitenzählungen rechneten die ungarischen Statistiker die Juden des Landes in aller Regel zu den Magyaren, die nur so in vielen Städten eine Mehrheit für sich verbuchen konnten.[66] Im Weltkrieg hatten sich Zehntausende jüdische Männer als Soldaten bewährt, waren für ihre Tapferkeit ausgezeichnet worden und sahen darin einen letzten Beweis der nationalen Verschmelzung mit dem ungarischen Volk. Selbstverständlich beteiligten sich die ungarischen Juden – im Unterschied zu den polnischen oder rumänischen – nicht an den Sitzungen des Kongresses der nationalen Minderheiten in Genf, einer nichtstaatlichen supranationalen Vereinigung, deren Delegierte sich bis 1933 mit beachtlichem Engagement bemühten, den Ausgleich zwischen den nationalen Minderheiten und den nationalistisch auftrumpfenden Staatsvölkern zu fördern.

Die Pogrome nach der Niederschlagung der Räterepublik von 1919 scheinen das Grundvertrauen der Juden in die ungarische Gesellschaft kurzfristig, aber nicht nachhaltig erschüttert zu haben. Von den etwa 5000 Todesopfern während der Konterrevolution waren schätzungsweise 3000 Juden. 1919 unterschrieben 100.000 ungarische Juden eine Petition, in der sie zu ihrem Schutz um die Rückkehr rumänischer Truppen baten, die am Niederkämpfen der kommunistischen Regierung von Béla Kun beteiligt

---

65 1927 kamen in Budapest auf 100 rein jüdische Eheschließungen an die 40 jüdisch-christliche Trauungen, und die Tendenz war, wie in Westeuropa generell, im starken Anstieg begriffen. Ruppin, Soziologie, Bd.1, S. 213.

66 Schickert, Judenfrage, S. 239; Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 85.

gewesen waren.[67] Die Situation war kurzzeitig angespannt; das läßt sich an der sprunghaft steigenden Zahl der Übertritte vom jüdischen zum christlichen Glauben zeigen: Hatte sich die Zahl vor dem Ersten Weltkrieg auf jährlich etwa 400 belaufen, schnellte sie 1919 auf 7146 hoch, betrug 1920 noch 1825 und fiel dann rasch wieder auf etwa 450 jährliche Religionsübertritte.[68]

Die Quotierung jüdischer Studenten

In der Stunde der Konterrevolution führte Ungarn 1920 als erstes europäisches Land einen gegen jüdische Studienbewerber gerichteten Numerus clausus an den Hochschulen ein. Zuvor hatten nationalistisch gesinnte Studenten für ein Regularium demonstriert, dem gemäß die »nationale« Herkunft der Studenten der tatsächlichen Bevölkerungsverteilung entsprechen sollte. Da sich das Gesetz zunächst auf die Neuimmatrikulierten und nicht auf die älteren Semester bezog, kam es danach zu weiteren nationalistischen Studentenmanifestationen. Sie führten zu einer Art paritätischer Mitbestimmung der auf rassische Transparenz Bedachten, die nun einen Delegierten in die Immatrikulierungskommissionen entsenden durften.[69] Der einschlägige Paragraph schrieb vor, »daß die Verhältniszahlen der im Lande wohnenden und den einzelnen Rassen und Nationalitäten angehörenden Jünglinge unter den Hörern tunlichst die Verhältniszahlen der bezüglichen Religionen und Nationalitäten erreiche, zumindest aber neun Zehntel derselben betrage«. Das Wort Juden findet sich in dem Text an keiner Stelle, obwohl es nur um sie ging. Das Gesetz trug die nichtssagende Bezeichnung »Regelung der Immatrikulation an den Universitäten, der Technischen Hochschule, der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Budapest und an den Rechtswissenschaftlichen Akademien«. Es bedeutete eine Reduktion der jüdischen Studenten auf sechs Prozent. Viele verlegten ihre Studien nach Österreich oder in die Tschechoslowakei.[70] Gegenüber Hitler erwähnte Horthy das Numerus-clausus-Gesetz immer wieder, zweifellos in taktischer Absicht, um den Vorwurf »einer angeblich zu milden Behandlung der Juden in Ungarn« zurückzuweisen, und beklagte rückblickend: »Wegen

---

67 Don, Patterns, S. 251, Anm. 13; Todesopfer: Fischer, Entwicklungsstufen, S. 138–141.

68 Ruppin, Soziologie, Bd. 1, S. 298.

69 Barta, Judenfrage, S. 161 f.; Weidlein, Antisemitismus, S. 33; siehe allgemein Fischer, Entwicklungsstufen, S. 124 ff. Silagi, Juden, gibt an, 1917/18 seien 34 Prozent der Studierenden Juden gewesen, 1935/36 nur mehr acht Prozent (S. 201).

70 Herczl, Christianity, S. 46.

dieser damals ganz neuen Richtung war mein Land von Deutschland und von der ganzen Welt boykottiert.«[71]

Bezeichnenderweise wurde die Restriktion der Hochschulzulassung mit der Zeit weniger genau genommen und Ende 1928 offiziell gelockert. Faktisch wurde diese Quote, die nach dem Bevölkerungsanteil der Glaubensjuden in Trianon-Ungarn fünf Prozent betragen hätte, auch zuvor überschritten (1927/28: 8,5 Prozent, 1932/33: 12 Prozent).[72] »Die unter der Asche glimmende Rassenschutzbewegung war zur Ohnmacht verdammt«, jammerte der Antisemit István Barta im Rückblick.[73] Das korrespondierte mit den betont zurückhaltenden Reaktionen der jüdischen Gemeinden in Ungarn, sie verbaten sich die »ausländische Einmischung« westlicher jüdischer Organisationen und setzten statt dessen auf diskrete Intervention, getragen von Patriotismus und ebensoviel Pragmatismus.[74]

Das änderte sich nach dem Ausscheiden des Ministerpräsidenten Bethlen sukzessive unter dessen Nachfolgern. Nach einem kurzen Interregnum trat zunächst Gyula Gömbös sein Amt im Oktober 1932 an. Er hatte 1923 die Rassenschutzpartei mitbegründet, galt als überzeugter Antisemit, gebärdete sich autoritär und antiliberal. 1925 hatte er an der Organisation eines internationalen antisemitischen Kongresses in Budapest mitgewirkt und zuvor schon jene Gedanken mitformuliert, die erst nach seinem frühen Tod zu breitem öffentlichem Widerhall gelangten und zu antisemitischen Gesetzen führten. Am 1. Januar 1921 hatte Gömbös in der rechtsradikalen Studenten-Zeitung »Szózat« geschrieben: »Ich halte es für notwendig, daß die ungarische Regierung sich mit der Zentrale der Zionisten in Verbindung setze zwecks Aussiedlung von mehreren hunderttausend überzähligen Juden ungarischer Staatsbürgerschaft. Das Schicksal dieses in der ganzen Welt zerstreuten Volkes ist auch aus dem Gesichtspunkte der Sicherung der Ruhe der anderen Völker zu untersuchen.« In einem speziellen, angeblich in deut-

---

71 Horthy an Hitler v. 7. 5. 1943, in: Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 351; Aufzeichnung des Ungarischen Außenministeriums für die deutsche Regierung v. 16. 4. 1943, Abschnitt »Der ungarische Standpunkt zur Judenfrage«, ebd., S. 344 ff.

72 Es sollte nicht überbewertet werden, daß in dem Gesetzestext von dem Kriterium »Rasse« die Rede ist (z. B. Mendelsohn, Jews, S. 105). Das geschah offenbar aus pragmatischen Gründen, da der Begriff der Religionsgemeinschaft unerwünschte Effekte im Hinblick auf die Studenten geschaffen hätte, die verschiedenen christlichen Konfessionen angehörten. Anders gesagt: Das Gesetz erstreckte sich nicht auf konvertierte Juden.

73 Barta, Judenfrage, S. 166; Braham, Politics, S. 30 f. Barta war ein enger Mitarbeiter des Grafen Pál Teleki. Bethlen erklärte 1938, er sei immer bestrebt gewesen, »den Numerus clausus aufzuheben, sobald diese Institution überflüssig werden und die soziale Lage in Ungarn sich konsolidieren sollte« (Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 33).

74 Braham, Politics, S. 31.

scher Sprache verfaßten Büchlein »Die Juden in Ungarn« hatte er geschrieben: »Die These ist ganz einfach: Die Juden dürfen auf irgendwelchem Gebiet nur ihrem Zahlenverhältnis entsprechend zur Geltung gelangen.«[75]

Auch wenn Gömbös 1928 die von ihm mitgeschaffene Partei offiziell aufgelöst hatte, so stand seine Ernennung im Jahr 1932 für einen Wechsel des innen- und außenpolitischen Kurses wie der Generationen – seine Regierungszeit erbrachte den Aufstieg des technokratisch orientierten Nachwuchses, einer »Ministerliste der Jugend«.[76] Mit Horthy verbanden Gömbös die Erinnerungen an die Monate des gemeinsamen konterrevolutionären Kampfes, und der Reichsverweser hielt den deutlich jüngeren gelernten Offizier für stark genug, die sozialpolitischen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu bändigen. Immerhin hatte es im September 1930 die größten Protestdemonstrationen während der gesamten Horthy-Ära gegeben: Mehr als hunderttausend Arbeiter zogen durch die Straßen der Hauptstadt. Die Krise hatte die beachtlichen Erfolge der politischen und wirtschaftlichen Konsolidierung unter dem eher liberal orientierten Minister-präsidenten Bethlen in Nichts zerfallen lassen. Der Agrarexport brach zusammen, die ländlichen Proletarier wurden buchstäblich auf die Straße gesetzt, in manchen Regionen drohte infolge der Mißernte von 1932 eine Hungersnot. Die ohnehin hohe Schulden- und Zinslast der ungarischen Landwirtschaft rückte den massenhaften Bankrott der dünnen agrarischen Mittelschicht in bedrohliche Nähe.

International trat Gömbös als der erste Staatsmann in Erscheinung, der die außenpolitische Isolierung Nazi-Deutschlands durchbrach und vom 17. bis 19. Juni 1933 der neuen Reichsregierung in Berlin demonstrativ einen Staatsbesuch abstattete. Nach seiner Rückkehr wies Gömbös die Kritik, die einzelne Abgeordnete an seiner Reise übten, mit der Bemerkung zurück: »Reichskanzler Hitler und die nationalsozialistische Bewegung haben der ganzen Menschheit Dienste von weltgeschichtlicher Bedeutung geleistet, indem sie der kommunistischen Gefahr in Deutschland ein Ende bereiteten.«[77] Schon am 1. Februar 1933, das Kabinett Hitler war gerade 48 Stunden im Amt, hatte Gömbös das Außenministerium um einen sehr persönlichen Hinweis an den Berliner Gesandten gebeten: »Er soll Kanzler Hitler in meinem Namen meine Grüße und meine Glückwünsche ausrichten. Er soll sich darauf berufen, daß wir vor zehn Jahren über Herrn Scheubner-Richter (einer der Gründer der NSDAP, d.V.) durch gemeinsame Prinzipien und gemeinsame Weltanschauung Verbindung miteinander hatten und daß ich

---

75 Zit. nach Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 38.

76 Gömbös, Selbstzwecklichkeit, S. 9 (Radiobotschaft v. 5. 10. 1932); Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 91.

77 Karsai, Meeting, S. 196; Der Angriff v. 21. 6. 1933.

seither seine und seiner Partei Tätigkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolge.«[78] Obwohl aus warmen Worten und Gesten zunächst wenig folgte, da Ungarn weiterhin den Kontakt zu Italien und erklärtermaßen nicht zu Deutschland vertiefte, war damit eine gedeihliche Atmosphäre geschaffen. Bald schon begann die schrittweise Bindung an Hitler-Deutschland. »Wir haben ihn alle so gerne gehabt«, bemerkte Göring, als Gömbös knapp fünfzigjährig im Oktober 1936 starb.[79]

Trotz dieser außenpolitischen Weichenstellung und trotz seiner einschlägigen politischen Biographie brachte Gömbös bis zu seinem Tod kein antijüdisches Gesetz durch. Kaum war er zur Macht gelangt, erzielte er mit der neologen Gemeinde Budapests rasch eine Übereinkunft und erklärte in seiner Antrittsrede als Ministerpräsident vor dem Parlament, er habe seine »Vorstellungen zur Judenfrage überdacht« und »einer Revision unterzogen«: »Ich wünsche jenen Teil der Judenschaft, der eine Schicksalsgemeinschaft mit der Nation fühlt, ebenso als Brüder zu betrachten wie meine ungarischen Brüder. Ich habe im Krieg jüdische Helden gesehen und ich kenne solche, die die goldene Tapferkeitsnadel besitzen. Ich weiß, daß sie ihre Leute tapfer und furchtlos geführt haben, und ich kenne führende jüdische Männer, die mit mir zusammen für das ungarische Schicksal beten, und ich weiß, daß sie jenen Teil der Judenschaft, der sich in die ungarische Schicksalsgemeinschaft nicht einfügen will oder kann, in erster Reihe selber verurteilen werden.«[80]

Bei diesem Kompromiß blieb es auch noch nach Gömbös' Tod für ein gutes Jahr. Erst als Ministerpräsident Darányi am 5. März 1938 die faschistische Pfeilkreuzler-Partei vorübergehend verbot, kündigte er am selben Tag, gelegentlich einer Rede in der Industriestadt Györ, antijüdische Restriktionen an: »Der Wohlfahrt, der Gesundheit, der Kultur dieser unteren Schichten dient unser Regierungsprogramm, und in diesem Programm sehe

---

78 Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 107. Zu den Verbindungen ungarischer Rassenschützler mit Hitler und deutschen Rechtsradikalen vgl. Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 38–42. Auch war der Mörder Erzbergers in der Villa von Gömbös als Gärtner untergetaucht (ebd., S. 203).

79 Unterredung des ungarischen Außenministers Kánya mit Göring v. 11. 10. 1936, Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 130 f. Gömbös war am 6. 10. 1936 in der Nähe von München gestorben, wo Hitler seinen Sarg zum Bahnhof geleitete. (Horthy, Leben, S. 174.)

80 Gömbös, Selbstzwecklichkeit, S. 45 (Regierungserklärung v. 10. 10. 1932, Abschnitt »Konfessioneller Frieden«); nach dem Protokoll bei Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 44. Der Antisemit Barta sah in Gömbös' Einlenken einen »Erfolg der jüdischen Geldmacht«, die Gömbös gezwungen habe, diesen Kompromiß zu schließen (S. 166). Braham vertritt aus guten Gründen die Meinung, Gömbös habe sich allein aus opportunistischen, vorübergehenden taktischen Erwägungen so verhalten (Politics, S. 52). Siehe auch Mendelsohn, Jews, S. 114.

ich den Gedanken des Rassenschutzes und der nationalen Einheit verkörpert. [...] Das Judentum brachte sich in unverhältnismäßig großer Zahl in Beschäftigungszweigen unter, in denen die Erwerbsmöglichkeit leichter und günstiger ist. [...] Die Grundbedingung der gesetzlichen und planmäßigen Regelung der [Juden-] Frage ist also, daß wir eine gerechte Lage schaffen.«[81]

Die entsprechende Gesetzesvorlage wurde am 8. April im Parlament eingebracht und schon am 29. Mai 1938 verabschiedet. Sie sah vor, den Anteil von Juden in einzelnen Berufszweigen oder Betrieben auf maximal 20 Prozent zu begrenzen und nannte sich betont steril »Gesetz zum wirksameren Schutz des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gleichgewichts«.[82] Gegen die Gesetzesinitiative protestierten Abgeordnete aus dem Kreis der sozialdemokratischen und liberalen, aber auch Abgeordnete der Regierungsparteien, etwa der früheren Ministerpräsidenten Bethlen, oder Künstler wie Béla Bartók. Ein jüdischer Abgeordneter, János Vázsonyi, forderte, das sogenannte Gleichheitsgesetz als Gesetz zur »Verunglimpfung der bürgerlichen Rechtsgleichheit« zu bezeichnen.[83] Der sozialdemokratische Abgeordnete Kertész sprach nach der Berichterstattung des »Pester Lloyd« aus, was die Regierung, die jedes Rütteln an der feudalen Verfassung des Landes scheute, im Schilde führte: »Anstatt die Fehler einer verknöcherten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung zu beheben, lenke man die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Judenfrage.«[84]

Das politische Projekt einer Einschränkung der beruflichen Freiheit der jüdischen Minderheit erfreute sich in der ungarischen Gesellschaft und in den Parteien schon bald übergreifender Sympathie. In seiner Tendenz richtete sich das Gesetz »nicht nur gegen das jüdische Kapital, sondern auch gegen das von Osten eingewanderte Judenproletariat, das in Ostungarn die eingesessene Bevölkerung ausgewuchert und ausgebeutet habe«.[85] Es bezeichnete die Stimmung, wenn zum Beispiel der Vorsitzende der Kleinlandwirtepartei, Tibor Eckardt, der bald ins Exil ging, dieser Gesetzesvorlage mit der einfachen Begründung zustimmte: »Ich habe schon geraume Zeit vor der Unterbreitung der Judenvorlage betont, daß die richtige Verteilung des Einkommens und des Vermögens die grundlegende Frage bildet.« Ein anderer Abgeordneter zeichnete die Tendenz eines klassenkämpferisch

---

81 Zit. nach Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 52 f.

82 Silagi, Juden, S. 213 f. Zum Beginn und zum politischen Hintergrund der Debatte: Bericht der Deutschen Gesandtschaft Budapest (gez. Werkmeister) v. 26. 7. 1937, PA AA Pol. IV/512 /Ungarn 36 (Judenfragen), Bl. 519–539.

83 Schickert, Judenfrage, S. 240.

84 Abgeordnetenhausrede v. 24. 1. 1939, Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 105. Vgl. auch die Bemerkungen der Abgeordneten Anna Kéthly. Ebd. S. 107.

85 Zoltán Bió in der Oberhausdebatte v. 24. 5. 1938, Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 91.

grundierten Antisemitismus deutlich stärker, wenn er behauptete, man könne jeden Tag feststellen, »daß alle Straßenkehrer Christen und die Leute, die in den Automobilen sitzen, fast ausschließlich Juden seien«.[86] Der Abgeordnete Matolcsy, der die Nationalen Landwirte im Parlament vertrat, lehnte die Vorlage nach dem Bericht des »Pester Lloyd« mit dieser Begründung als bei weitem zu milde ab: »Er führte aus, daß nach seinen Berechnungen drei christlichen Verdienern der intellektuellen Mittelklasse mit 200 Pengö oder höherem Monatsgehalt zwei jüdische Verdiener mit ähnlichem oder höherem Monatsgehalt gegenüberstünden, und forderte die Zurückdrängung der Juden auf einen fünfprozentigen Anteil. Er forderte ferner die Nationalisierung der Schlüsselindustrien [... und] in Ergänzung des Judengesetzes, das nur die Probleme der Stadt löse, eine umfassende zielbewußte und soziale Reformpolitik, namentlich eine radikale Bodenreform.«[87]

Insgesamt rechtfertigten die einzelnen Abgeordneten das Gesetz immer wieder mit der Notwendigkeit, dem weitverbreiteten Antisemitismus entgegenzutreten; es sei »im Interesse der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens unbedingt notwendig«.[88] Täten sie dagegen nichts, entstünde bald eine Situation, in der »die Judenfrage mit ganz anderen Mitteln gelöst werden müßte«.[89] Justizminister Mikecz begründete das Gesetz damit, »daß die Rechtsgleichheit der Sache der sozialen Gerechtigkeit dienen müsse«, und fuhr fort: »Diese Maßnahmen bilden eine Notwendigkeit so lange, als das autonome Funktionieren der ungarischen Gesellschaft das Gleichgewicht nicht sichert.«[90] Auch Kardinal Fürstbischof Justinian Serédi wandte sich als Oberhausmitglied nicht gegen die Gesetzesvorlage, er sprach sich lediglich für eine geringfügige Änderung zugunsten der getauften Juden aus.[91]

Die Juden-Quotierung folgte einem formalen Gleichstellungsprinzip. Sie wurde daher teilweise als großzügig oder, aus entgegengesetzter Perspektive,

---

86 Debatte des ersten Judengesetzes im Abgeordnetenhaus am 5. 5. 1938, ebd., S. 74, 77.

87 Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. 5. 1938, ebd., S. 79. In der Diskussion tauchte immer wieder die Verbindung zwischen der deutsch-ungarischen (den »Schwaben«) und der jüdisch-ungarischen Minderheit auf. So berichtete der Abgeordnete des Oberhauses Vásáry, »daß nach dem Aufrollen der Judenfrage bereits die Reihe an die Schwaben käme« (ebd.). Unter den Vorzeichen wechselnder historischer Systeme ist genau das eingetreten: Der Vernichtung eines großen Teils der ungarischen Juden folgte die Austreibung der Ungarndeutschen 1945/46 fast unmittelbar.

88 So der Oberhausabgeordnete Teleszky am 20. 5. 1938 (ebd., S. 87) oder auch sein Kollege Baron Prónay, der in dem Gesetz einen Versuch sah, gegen die rechtsradikale »Umsturzbewegung aufzutreten, die bisher den Antisemitismus als wirksamstes Mittel benutzt hat« (ebd., S. 88).

89 So der Oberhausabgeordnete Csilléry in der Debatte am 9. 5. 1938, ebd., S. 80.

90 Erklärung v. 12. 5. 1938, ebd., S. 83 f.

91 Ebd., S. 88.

als inkonsequent angesehen. Schließlich betrug der Bevölkerungsanteil der ungarischen Juden nicht 20, sondern nach Maximalschätzungen sieben Prozent. Für Presse, Filmkunst und Schauspiel bedeutete jedoch schon diese Vorschrift einen gravierenden Einschnitt, desgleichen für Ärzte, Rechtsanwälte und Ingenieure. In den Ausführungsvorschriften des Gesetzes war auch an verschiedene Details gedacht worden, um der als ungerecht definierten jüdischen »Überrepräsentation« entgegenzuwirken: Zum Beispiel durften in Medienbetrieben jenseits der Quote von 20 Prozent auch nur 20 Prozent der gesamten Gehaltssumme des Unternehmens an Juden fließen. In Betrieben mit mehr als zehn Angestellten durfte die Zahl der »im intellektuellen Wirkungskreis« beschäftigten Juden die Zwanzig-Prozent-Marke ebenfalls nicht überschreiten.

So einschneidend das Gesetz für die ungarischen Juden war, sosehr es nach dem für Ungarn bedrohlichen »Anschluß« Österreichs an das Dritte Reich auch als vorauseilende Anpassung an mögliche deutsche Wünsche verstanden wurde, so sehr unterschied es sich von der deutschen Rassengesetzgebung. Es war zum Beispiel mit einer Verordnung des Justizministeriums verbunden, die die öffentliche Aufreizung »gegen die israelitische Glaubensgemeinschaft« mit einer erheblichen Strafe bedrohte. Auch die Definition des Begriffs »Jude« blieb bewußt dem Kriterium der Religionszugehörigkeit verhaftet, wenn auch mit der Einschränkung, daß die Religionsübertritte seit 1919 als insoweit unerheblich angesehen wurden (nicht jedoch für die sofort getauften Kinder aus solchen Ehen).[92] Ähnlich wie Horthy unterschieden viele ungarische Politiker zwischen den »guten ungarischen Juden« und den »schlechten«, unter denen sie unassimilierte, kaum oder nicht fehlerfrei ungarisch sprechende, vielfach orthodoxe galizische Immigranten verstanden.

Für das weitere Verfahren in Ungarn ist es bis 1945 bezeichnend, daß sich alle mildernden Vorschriften der antisemitischen Gesetzgebung, wie sie von 1938 an in Gang kam, auf den Personenkreis der Assimilierten bezogen. So freute sich 1940 ein deutscher Beobachter darüber, daß sich das ungarische Gesetz über die Rechtsstellung der Juden vom Mai 1939 »grundsätzlich« zur rassischen Definition des Juden bekenne, mokierte sich jedoch gleichzeitig über die Ausnahmen: »Wer vor 1919 getauft ist und die Ansässigkeit seiner Vorfahren in Ungarn vor 1848 nachweisen kann, wird nicht als Jude gerechnet. Die in diesem Sinne ›bodenständigen‹ Juden, die zwischen 1919 und 1939 zum Christentum übertraten, werden zwar als Juden behandelt, doch

---

92 Varga, Ungarn, S. 332. Einer umstandslosen Rassengesetzgebung stand im übrigen die Entscheidung Nr. 784E.H. des Obersten Ungarischen Gerichtshofes, der Königlichen Kurie, entgegen: Sie hatte 1925 ausdrücklich festgelegt, die ungarischen Juden bildeten »keine Nationalität, sondern eine Konfession« (Weidlein [Hg.], Antisemitismus, S. 36 f.).

werden ihre Kinder, falls sie gleich nach der Geburt getauft wurden, als Magyaren anerkannt. Auch bleibt dem Parlament das Recht vorbehalten, durch jeweils besonderen Beschluß, einzelne Juden von der Anwendung des Gesetzes auszunehmen.«[93] Außerdem fielen nicht unter dieses Gesetz: Kriegsversehrte, Frontkämpfer und Kriegshinterbliebene des Ersten Weltkriegs, diejenigen, die sich in der Konterrevolution 1918/19 hervorgetan hatten, die Geheimen Räte und die Universitätsprofessoren, schließlich auch die christlichen Seelsorger, die vorher jüdischen Glaubens gewesen waren.[94]

Dem antijüdischen Gesetz zur Quotierung der beruflichen Chancen folgte das nächste. Es richtete sich »gegen den übermäßigen Einfluß des Judentums auf die geistige Führung des Landes« und erweiterte den Kreis der Betroffenen und die diskriminierenden Vorschriften stark. Es hieß nun deutlich »Gesetz über die Einschränkung der Tätigkeit der Juden im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft« und zielte auf Diskriminierung, »um auf einer neuen Grundlage das schöne Gebäude des christlichen, arbeitenden Ungarn aufzubauen«, wie Ministerpräsident Béla Imrédy die Vorlage am 3. Februar 1939 begründete. Er tat dies unter ausdrücklichem Hinweis auf die tschechoslowakischen Gebiete, die im Herbst 1938 mit deutscher Hilfe »zurückgewonnen« worden waren, weil gerade dort »starke jüdische Zentren« existierten und »die Geltendmachung des ungarischen Geistes von besonderer Bedeutung« sei.[95] Zwei Wochen später hob Imrédys Nachfolger, Graf Pál Teleki, in seiner Regierungserklärung die absolute »unverminderte« Kontinuität gerade in diesem Punkt der Politik hervor. Die Rede spricht für eine ausdrückliche Billigung durch den Reichsverweser, der allein über das Recht verfügte, einen Ministerpräsidenten zu entlassen und zu bestellen. Selbstverständlich nahm Horthy bei diesen Gelegenheiten auch direkten Einfluß auf die Akzentsetzungen im Regierungsprogramm.[96] Imrédy, der später zu den Stützen der deutschen Besatzung gehörte, forderte 1942 eine »Lösung der Judenfrage«, die noch stärker mit einer Land-

---

93 Deutschland und Südosteuropa, Berlin 1940, S. 32. Nach dieser Quelle hatte das Gesetz das Abgeordnetenhaus »ursprünglich in wesentlich schärferer« Form passiert, »während das aristokratische Oberhaus bezeichnenderweise die Bestimmungen erheblich einschränken und insbesondere von vornherein eine Gruppe der sogenannten ›Ehrenchristen‹ hatte einführen wollen« (ebd.).

94 Barta, Judenfrage, S. 174, S. 181.

95 Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 108 f. Zu Diskussionen um das Gesetz und den Reaktionen Katzburg, Hungary, S. 114–158.

96 Die Regierungserklärung findet sich auszugsweise abgedruckt bei Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 109. Im Gegensatz zu unserer Interpretation behauptet Horthy in seiner Autobiographie (Leben, S. 217), er habe Imrédy »wegen seines antisemitischen Kurses seines Amtes enthoben«.

reform und besseren sozialen Leistungen für die Arbeiter verbunden werden müsse.[97]

Das neue Gesetz verminderte außerdem die erst ein dreiviertel Jahr zuvor festgelegte Quotierung der jüdischen Beschäftigten für bestimmte Berufe von maximal 20 Prozent auf sechs beziehungsweise zwölf Prozent; der Numerus clausus an den Hochschulen wurde auf sechs Prozent festgelegt. Juden sollten nun Schritt für Schritt vollständig aus dem Staatsdienst entfernt werden. Richter und Staatsanwälte, die unter die Definition »Jude« fielen, mußten demnach bis zum 1. Januar 1940 in den Ruhestand geschickt werden, Lehrer und Notare bis zum 1. Januar 1943, alle anderen jüdischen Beamten und Angestellten sollten mit dem Pensionsalter ausscheiden, es durften jedoch keine neuen jüdischen Beamten oder Angestellten in den öffentlichen Dienst eingestellt werden. Von nun an konnten Juden weder Notare noch vereidigte Dolmetscher werden, weder Gerichtssachverständige noch Revisoren.

In der Presse durfte eine Quote von zwölf Prozent nicht überschritten werden, allerdings mußten alle Verantwortlichen Redakteure, Chefredakteure und Verleger nichtjüdisch sein, ebenso »jene Mitarbeiter, die die Richtung des Blattes bestimmen oder auf das Redigieren des Blattes einen maßgeblichen Einfluß ausüben«. Dieselben Beschränkungen galten für Theaterdirektoren, Dramaturgen und für die Verantwortlichen der Filmkultur. Die Eingriffe wurden in diesem Fall auch mit dem Hinweis auf die unchristlichen, nicht besonders patriotischen und sittenstrengen Vorstellungen der metropolitanen Kulturszene gerechtfertigt.

Dem einschränkenden und ausschließenden Zweck der Diskriminierung entsprach die aufbauende und integrierende Zielsetzung für das magyarische Volksganze. In Budapest wurde bald nach der Inkraftsetzung des zweiten Judengesetzes ein Amt geschaffen, das deutsche Diplomaten mit der ihnen eigenen Klarheit »Juden-Kommissariat« nannten. Die offizielle Bezeichnung lautete »Regierungskommissariat zur Beseitigung der intellektuellen Arbeitslosigkeit«. Die Behörde beschäftigte etwa 600 Beamte und Angestellte und wurde von István Kulcsar geleitet, der dem Ministerpräsidenten unmittelbar unterstand.[98] Sie hatte den systematischen Austausch jüdischer Angestellter und Beamter gegen magyarisch-christliche zu überwachen und zu fördern. Dazu mußten sämtliche Betriebe, die geistige Arbeiter beschäftigten, halbjährlich die Zahl dieser Angestellten melden und die Höhe ihrer Entlohnung. Zu kennzeichnen war jeweils, »ob der Angestellte Jude ist oder nicht, wann sein Anstellungsverhältnis beginnt oder endet«. Auf dieser Grundlage teilte der Regierungskommissar dann jedem Arbeitgeber mit,

---

97 Transocean-Europaexpress, Informationsdienst v. 25. 11. 1942, PA AA R 103789.
98 Jagow an AA v. 29. 1. 1943, PA AA R 29792, Bl. 599.

in welchem Umfang die Zahl der angestellten Juden im kommenden Halbjahr »laut gesetzlicher Verfügung zu verringern« sei.

Im März 1941 beklagte Kulcsar gelegentlich der Eröffnung des »Instituts der NSDAP zur Erforschung der Judenfrage« in Frankfurt am Main die Schwierigkeit, »daß Handel und Industrie seit Jahrzehnten voll mit Juden« gewesen, »das Madjarentum sich einesteils nicht um diese Stellen bemühte und anderenteils die dort tätigen Madjaren mit aller Kraft in den Hintergrund gedrängt« worden seien. Die meisten hätten keine Möglichkeit gehabt, »sich das für die Führung eines großen Betriebes nötige Fachwissen anzueignen«. Kulcsar kündigte für die nahe Zukunft noch schärfere Gesetze an.[99]

Zur Vorgeschichte dieser wenig selbstbewußten Klage gehörte der weithin fehlgeschlagene Versuch, die arbeitslosen Akademiker, die sich 1938 in einem Landeskomitee organisiert hatten, zunächst in den »neugewonnenen Gebieten« unterzubringen. Das Vorhaben war jedoch aus unterschiedlichen Gründen rasch gescheitert, so wurden »nur wenige Stellen für die Magyaren aus dem ›Mutterland‹ frei«.[100] Nachdem die Regierung Kállay um die Jahreswende 1942/43 versucht hatte, sich aus der politischen Abhängigkeit von den Deutschen zu lösen, wurde Kulcsar entlassen.[101] Er amtierte vorübergehend als Chef der politisch bedeutungslosen, für den Naturschutz zuständigen Balaton-Kommission. Erst am 27. März 1944, nachdem die Deutschen in die innenpolitischen Verhältnisse eingegriffen hatten, konnte er auf seinen Posten zurückkehren.[102]

Ein ähnliches nationalmagyarisches Aufbau- und Versorgungsprojekt vollzog sich auf dem Gebiet des kaufmännischen Nachwuchses. Auch hier hatte Horthy die Richtung durchaus antijüdisch beeinflußt und in seiner »denkwürdigen Szolnoker Rede« erklärt: »In unsere Kinder, in unsere Jugend müssen wir das Interesse für das Wirtschaftsleben, die Neigung zu den freien Berufen einpflanzen. [...] Ich vertraue darauf, daß unsere begabte Rasse, die sich zu allem eignet, die alles erreichen kann, was sie will, auch

---

99 Kulcsárs (auch: Kultsár) Rede ist auszugsweise dokumentiert in: Weltkampf 1 (1941), H. 1, S. 92–96; Bikkal, Sozialpolitik, S. 82–86; Braham, Politics, S. 159. K. hatte diese Position offenbar auch im August 1944 inne (Braham, S. 940). Allein in Budapest zählte die Sozialverwaltung 1935 13.198 arbeitslose Intellektuelle. Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 57. Bis Mitte 1941 hatte die Budapester Stadtverwaltung bereits 700 jüdischen Markthändlern die Stände gekündigt, in ganz Ungarn hatten 4500 Getreidehändler die Konzession verloren, ähnlich sah es in allen Sektoren des Agrarhandels aus. Deutsche Zeitung v. 9. 10. 1941, PA AA, HaPol IVa, Wirtschaft 20/1 (Bevölkerungsfragen, Ungarn).

100 Weidlein, Unterschlagungen, S. 130.

101 Jagow an AA v. 29. 1. 1943, PA AA R 29792, Bl. 599.

102 Vertrauliche Mitteilungen (27. 3. 1944), BA R 63/346, Bl. 195.

dies erlernen wird.«[103] Auf der Grundlage des zweiten Judengesetzes folgte eine breit angelegte Kampagne zur Stärkung eines »unzweifelhaft von christlichem Geist durchdrungenen Handels«. Parallel zur antijüdischen Gesetzgebung legte die öffentliche Hand umfassende Förderprogramme auf. Sie reichten von Stipendien zum bevorzugten Besuch von Handelsmittelschulen, günstigen Krediten für Existenzgründer bis zu berufsbegleitenden Abendkursen, vom Zollwesen bis zur Buchhaltung, von der Eisenbahn- und Schiffahrtstarifkunde bis zur Schaufensterdekoration und zum geschickten Einsatz der Reklame. Und tatsächlich bemühte sich die christliche Jugend, angespornt durch zahlreiche, bereits in der Schule einsetzende Begünstigungen, »die ihr durch das Judengesetz gewährten Möglichkeiten entsprechend auszunützen«.[104]

Neben all diesen Eingriffen nahm das Gesetz dem weit überwiegenden Teil der ungarischen Juden das aktive und passive Wahlrecht. Das geschah unmittelbar vor den Abgeordnetenhauswahlen von 1939 und vor den Kommunalwahlen. Die Folgen waren sofort bemerkbar, weil durch den Ausschluß des schon aus existentiellen Gründen eher liberal gesinnten Judentums die nationalistische Rechte und die Rechtsradikalen zum Nachteil der politischen Mitte gestärkt wurden.[105] Damit enthielt das Gesetz einen Mechanismus zur weiteren Radikalisierung auf einem nur äußerlich demokratisch legitimierten Weg – eine Vorgabe, die schon bald ihre Interessenten finden sollte. Schließlich erhielt der Innenminister die Befugnis, Juden die ungarische Staatsbürgerschaft dann abzuerkennen, wenn sie nach dem 1. Juli 1914 erteilt worden war. Paragraph 22 ermächtigte die Regierung, »die Auswanderung der Juden zu begünstigen und, in Verbindung damit, bezüglich der Ausfuhr des jüdischen Vermögens im Verordnungswege Verfügungen zu treffen, die sonst nur die Gesetzgebung erlassen konnte«.[106]

Die Ausdehnung des Begriffs »Jude«

Schließlich folgte das dritte Judengesetz vom August 1941. Es war rein äußerlich als allgemeines Ehegesetz eingebracht worden, aber es verbot in dem entscheidenden Paragraphen 9 die Ehe zwischen Nichtjuden und Juden. In dieser Vorschrift wurde der Begriff »Jude« um den Begriff des »Halbjuden« ergänzt, der dann als »Volljude« anzusehen sei, wenn er israelitischen Glaubens sei. In der definitorischen Ausweitung des Begriffs »Jude« bestand die erklärte Absicht des Gesetzes, die der nach Telekis

---

103 Feszler, Nachwuchs, S. 292.
104 Ebd., S. 292–298.
105 Barta, Judenfrage, S. 181 ff.
106 Ebd., S. 186.

Selbstmord eingesetzte Ministerpräsident Bárdossy schon in seiner Antrittsrede am 24. April 1941 im Abgeordnetenhaus benannte: »Es ist notwendig, daß einzelne grundlegende Anordnungen des Zweiten Judengesetzes, so zum Beispiel die Begriffsbestimmung des Juden, klarer formuliert werden.«[107] In ihrer Begründung sprach die Regierung ausdrücklich und in dieser deutlichen Form wohl erstmalig vom Ziel »der Rassenreinheit der ungarischen Nation« und erklärte den Willen zu einer unnachsichtigen Politik der Segregation, in die, wie es Imrédy formulierte, »der künftige Exodus der Juden« einbegriffen war.[108] In der aufgeheizten Stimmung plädierte selbst die oppositionelle Kleinlandwirtepartei dafür, etwa die Hälfte aller Juden zwangsweise auszusiedeln.[109] Graf Bethlen faßte zusammen: »Es gab keinen Redner im Abgeordnetenhaus, der eine andere Lösung für die Judenfrage vorgeschlagen hätte als die zwangsweise Auswanderung der Juden in einen jüdischen Nationalstaat.«[110]

Nach dem neuen Gesetz, das am 2. August 1941 in Kraft trat, galt hinfort auch der als Jude, von dessen Großeltern »wenigstens zwei als Mitglieder der israelitischen Konfession geboren wurden«, sowie – ungeachtet der großelterlichen Geburtsreligion – jeder, der sich selbst zur jüdischen Religion bekannte. Wer teilweise jüdischer Abstammung war und wegen einzelner Klauseln nicht zum Juden definiert wurde, der mußte jedoch eine »reine« Christin (oder umgekehrt) heiraten und durfte »mit Halb- und Vierteljuden keine Ehe eingehen, um nicht in den Kindern neue Halbjuden zu haben«.[111] Nichteheliche intime Beziehungen zwischen Juden und und »ehrbaren« Nichtjüdinnen ungarischer Staatsangehörigkeit standen hinfort als »Rassenschande« unter Strafe.[112] Rein juristisch war der Begriff »Jude« nach dem dritten antijüdischen Gesetz in Ungarn umfassender als die Definition, die im Deutschen Reich seit den Nürnberger Gesetzen von 1935 gültig war.

Die praktischen Auswirkungen der ungarischen Gesetze blieben jedoch – auch durch zahlreiche Ausnahmebestimmungen – deutlich hinter der deutschen Praxis zurück. Erst unter deutscher Besatzung – im März 1944 – erhielten 1900 jüdische Rechtsanwälte in Budapest Berufsverbot, es blieben noch 1300 nichtjüdische. Erst am 6. April 1944 schloß die Pressekammer die letzten 130 jüdischen Mitglieder aus. Bis dahin hatten noch vier Gruppen von Journalisten ihrem Beruf nachgehen können. Zur ersten gehörten die Arier, zur zweiten die Halbjuden, die keine Verantwortlichen Redakteure

---

107 Rede v. 24. 4. 1941, Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 121 f.
108 Ebd., S. 124.
109 Rede des Abgeordneten Béla Varga v. 1. 7. 1941, ebd., S. 128.
110 Rede v. 12. 7. 1941; ebd., S. 132 f.
111 Zit. nach Schickert, Judenfrage, S. 259; Braham, Politics, S. 200 f.
112 Schickert, Judenfrage, S. 261; Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 136.

sein durften, zur dritten die Volljuden und zur vierten jene jüdischen Journalisten, die wegen »ihrer patriotischen Haltung eine Sonderstellung genossen«.[113] Aus ebensolchen Gründen betrachteten das Reichssicherheitshauptamt und das deutsche Außenministerium die ungarische Spezialgesetzgebung zur Judenfrage als ungenügend.[114]

c) Die Lage der ungarischen Juden

Menschen jüdischen Glaubens lebten im Donau-Theiß-Becken möglicherweise schon, bevor die Magyaren im 10. Jahrhundert dorthin gelangten. Die lange Zeit relativ kleine jüdische Bevölkerungsgruppe wuchs in den Jahrzehnten nach 1772, nachdem Galizien von Österreich-Ungarn annektiert worden war und von dort viele Juden einwanderten, und besonders um die Mitte des 19. Jahrhunderts stark an. Die meisten Zuwanderer waren arm, streng religiöse Chassidim oder Orthodoxe mit großen Familien. Sie sprachen in der Regel jiddisch und siedelten sich vor allem im Osten und Nordosten des damaligen Ungarn an – also auf dem Gebiet der heutigen Slowakei, der heute ukrainischen Karpato-Ukraine und des heute rumänischen Transsylvaniens. Diese Migranten unterschieden sich von Anfang an deutlich von den auf dem Gebiet des heutigen Ungarn lebenden Juden, die von der religiösen Orientierung her mehrheitlich Neologe, also hinsichtlich der religiösen Gebräuche reformorientiert und »von Charakter, Mentalität und sozialer Haltung her bürgerlich« waren.[115]

So entwickelte sich bis zum Anfang der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine durch soziale, religiöse und politische Konflikte stark differenzierte – anders betrachtet: zerrissene – Bevölkerungsgruppe. Die 725.000 ungarischen Juden (1941) waren ohne weltliche Vertretung und ohne gemeinsames religiöses oder geistiges Zentrum. Die Verhältnisse unterschieden sich zwischen einzelnen Landesteilen stark. In Trianon-Ungarn, etwa mit dem Gebiet des heutigen Ungarn identisch, wohnten nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1941 etwas mehr als 400.000 Juden (rund fünf Prozent der Bevölkerung), davon in Budapest 184.453. In den 1938/41 annektierten Gebieten lebten rund 325.000 Juden, davon etwa 164.000 in Nordtranssylvanien, 78.000 in der Karpato-Ukraine, 68.000 im sogenannten Felvidék und 14.000 in der Batschka. Dazu kamen etwa 100.000 zum Chri-

---

113 Veesenmayer an AA v. 31. 3. 1944, PA AA R 29794, Bl. 037.

114 Luther an Heydrich über »Wünsche und Ideen des Auswärtigen Amtes zu der vorgesehenen Gesamtlösung der Judenfrage in Europa« v. 8. 12. 1941, abgedr. in: Braham (Hg.), Destruction, S. 126 ff.

115 Vgl. Braham, Politics, S. 83 f.

stentum konvertierte Juden, von denen 90 Prozent in Trianon-Ungarn und allein fast zwei Drittel in Budapest wohnten.[116]

Die jüdische Bevölkerungsgruppe in Trianon-Ungarn entsprach ihrer sozialen Struktur nach dem Muster mitteleuropäischer Länder wie Deutschland, Österreich oder Böhmen und Mähren, wenn auch ihr Anteil an den Industriebeschäftigten in Ungarn deutlich höher lag als in diesen Ländern, zumal außerhalb Budapests, und relativ viele auf dem Lande wohnten. Jedoch ist die Einschätzung, die Juden Ungarns seien »nicht bloß Angehörige der Mittelklasse [gewesen], sie waren in hohem Maße *die* Mittelklasse«, ergänzungsbedürftig.[117] Tatsächlich hatten jüdische Unternehmer und Beschäftigte Ungarns Industrie und Handel zu einem ganz wesentlichen Teil mitgeschaffen. Sie stellten in der Zwischenkriegszeit ein Drittel bis die Hälfte der Ärzte, Rechtsanwälte, und Journalisten, der Händler, des Bankpersonals und der selbständigen Gewerbetreibenden. In Budapest lagen die Anteile am höchsten.[118] Doch spiegelte die soziale Struktur der jüdischen Bevölkerung auch die generelle Krise der ungarischen Gesellschaft: Die Mehrheit der Juden in Trianon-Ungarn mußte man schon vor dem ersten Judengesetz im Jahr 1938 von Einkommen und Wohnverhältnissen her schlicht als ärmlich oder bestenfalls bescheiden einstufen. Das galt sowohl für die abhängig Beschäftigten als auch für die weitaus meisten Selbständigen, ein statistischer Sammelbegriff, hinter dem sich in aller Regel Arbeitslosigkeit, Not und Elend verbargen. Nur eine dünne Schicht der Unternehmer, Angestellten und freiberuflich Tätigen war finanziell günstig gestellt. Die winzige Gruppe der zur – allerdings ebenfalls sehr kleinen – Oberschicht gehörenden ungarischen Juden, die »eng mit den aristokratisch-konservativen herrschenden Klassen in Ungarn verbunden« waren, schätzt Braham auf etwa 50 Familien.[119] Dagegen waren 1930 immerhin 39 Prozent der Juden, aber nur 24 Prozent der Nichtjuden in Ungarn in der Industrie beschäftigt. Drei von vier dieser jüdischen Industriebeschäftigten waren Arbeiter, und dies vornehmlich in kleinen Betrieben unter 20 Mitarbeitern.[120] Deutlich unterrepräsentiert fanden sich die ungarischen Juden

---

116 Ebd., S. 77 f.

117 Hilberg, Vernichtung, S. 866 (Hervorhebung im Original); zum Strukturmuster Don, Patterns, S. 257 f., und Ránki, Structure, S. 279 f. – 24,2 % der Juden in Trianon-Ungarn wohnten in Orten unter 2000 Einwohnern, doch arbeiteten nur 3 % in der Landwirtschaft: László, Hungary's Jewry, S. 158, und Braham, Politics, S. 80 f.

118 Don, Implications, S. 51 und 61; Braham, Politics, S. 80 f.; László, Hungary's Jewry, S. 147–149.

119 Braham, Politics, S. 81 und Zitat S. 79 (unsere Übersetzung).

120 Ránki, Structure, S. 279 f.

traditionell im öffentlichen Dienst und besonders stark im Militär, was ihre politische Rolle erheblich einschränkte.[121]

Zwischen 1900 und 1940 hatte sich der Charakter der jüdischen Bevölkerungsgruppe verändert. Ihre Angehörigen wanderten aus der Industrie in Angestelltenpositionen sowie aus der Provinz in größere Städte ab.[122] Gleichzeitig waren die sozialen Unterschiede noch gewachsen. Die Zahl der Juden in Trianon-Ungarn nahm von 1920 bis 1941 vermutlich durch Konvertierung, aber eben auch durch Auswanderung infolge sozialer Unzufriedenheit um 15 Prozent oder über 70.000 ab.[123]

Den historisch-soziologischen Gegenpol zu Trianon-Ungarn bildeten die Juden in dem von Ungarn annektierten Teil der Karpato-Ukraine. Von ihrer sozialen Struktur und geistigen Orientierung her gehörte die Landschaft zu Osteuropa. Hier machte die jüdische Minderheit 1930 neun Prozent der Bevölkerung aus. Nur etwa ein Drittel der Juden wohnte in den wenigen Städten, hatte dort jedoch regen Anteil am Wirtschaftsleben, und sie stellten oft über 20 Prozent der Einwohner. Viele wohnten als Handwerker und Händler in kleinen Marktflecken. Etwa ein Viertel – und das war unter den jüdischen Gemeinden Europas eine Besonderheit – lebten als Bauern, Landarbeiter und Schafhirten in Dörfern, Weilern und entlegenen Gehöften. Unter den meist streng religiösen Juden im »Kárpátalja« waren sehr viele arbeitslos und extrem arm.[124] Die betont traditionelle, teilweise sozial isolierte Lebensweise zeigt sich auch an dem Umstand, daß hier nur 0,4 Prozent der jüdischen Männer mit nichtjüdischen Frauen sowie 0,9 Prozent der jüdischen Frauen mit nichtjüdischen Männern verheiratet waren.[125] Wohnten in den zehn größten Städten der Batschka mehr als vier Fünftel aller dortigen Juden, in Nordtranssylvanien noch fast 68 Prozent in den größten 50 Orten, so lebten die Juden in der Karpato-Ukraine in über 450 oft kleinen Ortschaften verstreut.[126] Die Verhältnisse im »Felvidék«, dem ungarisch annektierten Streifen im Süden der Slowakei, wo in den Städten etwa 10 bis 15 Prozent der Einwohner Juden waren, bildeten eine Zwischenstufe zwischen den traditionsverhafteten Verhältnissen in der Karpato-Ukraine

---

121 Don, Implications, S. 51.

122 Don, Patterns, S. 253 ff. und 272.

123 Braham, Politics, S. 77; Ránki, Structure, S. 279.

124 Rothkirchen, Deep-Rooted, S. 148–151, Ruppin, Soziologie, Bd.1, S. 405 ff. gibt für 1921 26,92 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung an. Nach Don, Patterns, S. 254, Anm. 22, waren in Galizien rund 13 Prozent der Juden Bauern, in der Slowakei insgesamt 10,7 Prozent.

125 In Böhmen waren es zum Vergleich 30 bzw. 26 Prozent, in der Slowakei insgesamt 5 bzw. 4,8 %. Braham, Politics, S. 84 f.

126 László, Hungary's Jewry, S. 162–167.

und der bürgerlich-reformierten Lebensweise der Juden in Zentralungarn.[127] In Nordtranssylvanien – dem einzigen Landesteil Großungarns, in dem sich zwischen 1910 und 1941 der jüdische Bevölkerungsanteil erhöht hatte (er betrug in manchen Städten bis zu 40 Prozent) – arbeiteten die meisten Juden im Handel oder waren als kleine Angestellte tätig, nur wenige in der Schwerindustrie oder im Bergbau. Auch hier herrschte massenhafte Armut. Während sich die meisten Juden 1919 bis 1940 unter rumänischer Hoheit politisch zu Ungarn bekannt hatten, ungarisch sprachen und schrieben, bestanden ultraorthodoxe Inseln, wo vorwiegend jiddisch gesprochen wurde, und einzelne Orte, in denen das Rumänische auch die Umgangssprache der Juden war.[128]

Von rund 725.000 Juden in Großungarn bekannten sich 1941 etwa 580.000 (80 Prozent) zur ungarischen Nationalität, ungefähr 139.000 zur jüdischen, von denen rund 126.000 Jiddisch als ihre Sprache angaben. In Trianon-Ungarn bezeichneten weniger als 10.000 (0,25 Prozent) ihre Nationalität als jüdisch, in den annektierten Gebieten dagegen fast ein Drittel, in der Karpato-Ukraine die Mehrheit.[129] Innerhalb Trianon-Ungarns gehörten 1930 65,5 Prozent der Juden neologen Gemeinden an (was dem Anteil der Assimilierten entsprach), 29,2 Prozent orthodoxen und 5,3 Prozent »Status-quo«-Gemeinden. In den annektierten Gebieten verhielt es sich umgekehrt. So waren zwei Drittel der Juden in Nagyvárad (Oradea) Orthodoxe.[130] Folglich hatte sich in diesen Gebieten auch das Bewußtsein einer spezifisch jüdischen Identität stärker ausgeprägt und erhalten. Allerdings profitierte die zionistische Bewegung davon allenfalls mäßig,[131] da auch die Orthodoxen dieser politischen Bewegung zumindest skeptisch und vielfach ablehnend gegenüberstanden. Insgesamt bildeten die Zionisten nur eine, wenn auch zunehmend aktive Randgruppe unter den ungarischen Juden und waren in verschiedene politische Parteien (etwa die religiös orientierte Mizrachi oder die sozialdemokratische Ichud) aufgegliedert; ähnliches galt auch für die zionistischen Jugendgruppen.

Auf nationaler Ebene bestanden in Ungarn nur in einem sehr eingeschränkten Sinn jüdische Interessenvertretungen. Anders als in Transsylvanien unter rumänischer Verwaltung gab es keine jüdischen Parteien von Bedeutung, und auch die verschiedenen Glaubenskongregationen pflegten

---

127 Anzeichen bieten die Daten in den Anm. 124 und 125; vgl. Braham, Politics, S. 136.

128 Ebd., S. 85, 150 und 172.

129 Ebd., S. 118, Anm. 56, sowie S. 170 (in Nordtranssylvanien waren es 45.593 oder 33 %), und Rothkirchen, Deep-Rooted, S. 176.

130 Bauer, Jews, S. 148; Yahil, Holocaust (engl.), S. 725, Anm. 24; Bauer, American Jewry, S. 381; Alexander Leitner, Die Tragödie der Juden in Nagyvarad (etwa 1945), YVA JM 2686, Bl. 6.

131 Bauer, American Jewry, S. 381; Landau (Hg.), Kastner-Bericht, S. 33.

nur lose nationale Strukturen und Verbindungen. Überdies arbeiteten neologe und orthodoxe Gemeinden bis 1938 politisch nicht zusammen.[132] Ihre Mitglieder, also die überwältigende Mehrheit der Juden in Trianon-Ungarn einschließlich der meisten Orthodoxen und auch die Mehrzahl der Juden in Nordtranssylvanien, im »Felvidék« und in der Batschka, waren assimiliert, verstanden sich also als Ungarn jüdischen Glaubens. Die nationalen Führungen der Neologen wie der Orthodoxen bestanden aus Honoratioren, die konservativ, patriotisch und legalistisch auftraten, ihr Handeln ließ jede Initiative vermissen. Führende Repräsentanten wie Samuel Stern oder Fülöp von Freudiger gehörten zu den Spitzen der Budapester Geschäftswelt und zum exklusiven Zirkel der ungarischen Oberschicht. Sie sahen sich der geräuschlosen und diskreten Einflußnahme auf die Administration verpflichtet, verbaten sich Einmischung oder gar demonstrative Akte. Je höher die Ebene, desto weniger verfügten die Führungen über eine ideelle und politische Verbindung zur Masse der jüdischen Bevölkerung. Randolph Braham hat mit Recht auf die schwerwiegenden Folgen des Mangels an Mitbestimmung und Kontrolle für die spätere – unter deutscher Besatzung tödliche – Politik der Geheimverhandlungen, des Bagatellisierens und Verschweigens hingewiesen.[133]

Die jüdische Bevölkerung Ungarns war also sozial und wirtschaftlich stark polarisiert, kulturell und vom Erfahrungshorizont her fragmentiert, religiös tief gespalten, politisch zersplittert, ohne einheitliche Führung und schon in den dreißiger Jahren politisch kaum handlungsfähig. Jedoch fühlten sich viele Juden sicher, weil sie kulturell und sozial weitgehend in die ungarische Gesellschaft integriert waren.

Reaktionen auf zunehmende Verfolgung

Erst das zweite Judengesetz bewirkte einen graduellen Wandel in der Reaktion der jüdischen Gemeinden. Nun baten auch Vertreter der Assimilierten im Ausland um verstärkte Auswanderungsmöglichkeiten für junge Menschen und um Hilfsgelder für die wachsende Zahl der Bedürftigen.[134] Die tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Judengesetze von 1938 bis 1941 sind nicht ganz klar. Vor allem das zweite wurde wegen des ungarischen Bedarfs an verstärkter Kriegsproduktion nicht vollständig umgesetzt. Nach zeitgenössischen Schätzungen jüdischer Beobachter verloren 30 bis 40 Prozent der Juden in Trianon-Ungarn, etwa 30 Prozent in den annektierten Gebieten bis Ende 1942 ihre Beschäftigung, vor allem Ange-

---

132 Ebd., S. 14; Braham, Politics, S. 88.
133 Ebd., S. 93–96.
134 Ebd., S. 155.

stellte, Selbständige und Händler. Dagegen konnten sich vor allem größere Betriebe in jüdischem Besitz einer Schließung entziehen. Sie profitierten sogar von der Rüstungskonjunktur, so daß sich die Klassendifferenzierung innerhalb der jüdischen Bevölkerung vertiefte.[135] Um die hunderttausenden Verarmten zu unterstützen, wurden 1938 das Wohlfahrtsbüro der Ungarischen Juden (MIPI) und die Nationale Hilfskampagne der Ungarischen Juden (OMZSA) gegründet, wobei erstmals seit der Spaltung von 1867 wieder neologe und orthodoxe Gemeinde offiziell politisch zusammenarbeiteten.[136] Seit 1941 wurden jüdische Männer in großer Zahl zum Zwangs-Arbeitsdienst in der Armee einberufen[137] – jüdische Organisationen versuchten sie und ihre Angehörigen zu unterstützen. Doch blieb es bei einer Politik der Wohlfahrt und Eingaben. Die jüdischen Politiker hofften, die antisemitischen Maßnahmen in Grenzen halten zu können. Eine massenhafte Auswanderung kam nicht in Frage, zum einen wegen der restriktiven Einwanderungspolitik möglicher Aufnahmeländer, besonders der Briten in Palästina. Zum anderen war Ungarn überall von Deutschland, seinen Besatzungsgebieten und Verbündeten umgeben.

Reaktionen auf die Bedrohung durch NS-Deutschland

Die jüdische Presse in Ungarn berichtete 1941/42 allenfalls in Andeutungen über die deutschen Massenmorde an Juden.[138] So blieb das Wissen über die deutsche Vernichtungspolitik in der Regel fragmentarisch, von offiziell unbestätigten Gerüchten gekennzeichnet und nur sehr ungleichmäßig. Von Verbrechen, die Ungarn an Juden begangen oder an denen sie maßgeblich beteiligt gewesen waren, wußten die meisten, so von den Morden im Zwangsarbeitdienst und den Massakern vom Januar 1942 in der Batschka. Über die Abschiebung von etwa 16.000 staatenlosen Juden aus Ungarn, die seit August 1941 in Kamenez-Podolsk und Galizien von SS und Polizei erschossen wurden, waren immerhin viele informiert. Kenntnisse gab es auch über die Judenverfolgung in den Nachbarländern.[139] Tausende Flücht-

---

135 Don, Implications, untersucht die Auswirkungen der Gesetze vor allem auf der theoretischen Ebene; zu praktischen Folgen S. 59 f. Zur Arbeitslosigkeit auf Grund gleicher Quellen Schickert, Judenfrage (1943), S. 294, und Memorandum über die jetzige Lage der Juden Ungarns [...] von Joel Brand, Ende 1944, YVA P 32/4.

136 Cohen, Halutz Resistance, S. 14, und Braham, Politics, S. 89–91. Laut Freudiger, Five Months, S. 239, gehörten dem Präsidium der MIPI fünf Neologe, vier Orthodoxe, ein Vertreter der Status-quo-Gemeinden und zwei Zionisten an.

137 Siehe unten S. 77 f.

138 Braham, Politics, S. 102–104 (jedoch nicht in allen Punkten mit überzeugenden Belegen).

139 Schmidt, Police Reports, S. 250 f. (allgemein) und 254–258 (über Kenntnisse der Polizei).

linge aus der Slowakei und besonders aus Polen erzählten von der Vernichtung der Juden und von den deutschen Lagern und Vernichtungsstätten.[140] Ihre manchmal sehr detaillierten Kenntnisse bezogen die Flüchtlinge aus illegalen Verbindungen, die oft einer irgendwie gearteten Hilfe für die letzten dienten, die noch in den Lagern und Ghettos lebten. So schrieb Baruch Rabinowicz aus Polen im Dezember 1943 in Budapest zutreffend: »Treblinka und Belzic haben aus Mangel an Menschenmaterial ihren Betrieb eingestellt, dagegen ist das Vernichtungslager Oswiecim vergrößert worden, um die jüdischen Reste aus Holland, Belgien und Griechenland zu liquidieren.«[141] Besonders die ungarischen Zionisten verfügten auf Grund ihrer Flüchtlingsarbeit ebenfalls über solches Wissen. Kasztner, Brand und andere verwiesen nach dem Krieg selbst darauf, über alle wesentlichen Punkte des deutschen Vernichtungsfeldzugs (und auch über Auschwitz) informiert gewesen zu sein.[142] Vereinzelt tauchte dies sogar in Veröffentlichungen in Ungarn auf, so in einem Artikel von Otto Komoly von 1943 und in einem Anfang 1944 gedruckten Gedichtband des Flüchtlings Hermann Adler.[143]

Dagegen ist umstritten, wie weit dieses Wissen unter der jüdischen Bevölkerung in Ungarn insgesamt verbreitet war. Einer zeitgenössischen ungarischen Untersuchung zufolge hörten über 40 Prozent der Radiobesitzer ausländische Sender, darunter die BBC. Es gibt jedoch auch Indizien dafür, daß die nötigen Informationen sich nicht sehr weit herumgesprochen hatten.[144] Aber es war nicht allein die Frage, ob jemand Zugang zu entsprechenden Informationen hatte, sondern vor allem, ob er oder sie bereit war, diese Informationen auch zu akzeptieren. Ungarische Juden glaubten den Schreckensnachrichten vielfach nicht, wollten sie nicht glauben oder sahen keine Möglichkeit, der Bedrohung entsprechend zu handeln. So berichtete die

---

140 Cohen, Halutz Resistance, S. 21, 39 und 44 f. Einem Schreiben des polnischen Flüchtlings Baruch Rabinowicz an Ignacy Schwarzbart in London v. 13.8.1943 waren sogar Fotos von den Morden in Kamenez-Podolsk, Winniza und Lwow 1941 beigelegt: YVA M 2/415, Bl. 90 ff.

141 Rabinowicz an Schwarzbart v. 15. 12. 1943, ebd., Bl. 86.

142 Hierzu Hilberg, Vernichtung, S. 888; Bauer, Jews, S. 150 f.; Ernö Szilágyi, Aus der Geschichte eines Unbekannten (1947), YVA O 33/946, Bl. 11–13; Cohen, Resistance, S. 128; »Israel« [Kasztner] an »Nathan« [Schwalb] und Silberschein v. 23.1.1944, YVA M 20/95 sowie weiteren Schriftverkehr in dieser Akte.

143 Otto Komoly, What May Jews Learn from the Present Crisis?, in: Handler (Hg.), Holocaust, S. 49 (engl. Übersetzung); undatierte Erinnerungen Hermann Adler, YVA O 33/2199, demzufolge der Gedichtband an jüdische Gemeinden und an Parteien verschickt wurde. Zu Adler auch Braham, Politics, S. 819 f.

144 Bauer, Jews, S. 150 f. und 279, Anm. 5; Interviews des britischen Geheimdiensts in Rumänien vom Juni 1944 mit jüdischen Flüchtlingen aus Ungarn, YVA O 15/49. Dagegen hatten laut Braham, Politics, S. 97, die jüdischen Massen »no inkling [keine Ahnung] of the mass murders in the concentration camps and in the gas chambers«.

Polizeibehörde von Košice (Kassa) Ende 1943, die ortsansässigen Juden befürchteten, das Schicksal der polnischen Juden zu erleiden – was gleichzeitig das Wissen der Behörde verrät. Dagegen erinnerte sich Anna Weigl, die 1943 aus Krakau nach Ungarn geflüchtet war, wie ungläubig ihre Erzählungen in dem nahe der Grenze gelegenen Kassa (Košice) aufgenommen oder abgetan wurden: »No ja, so etwas konnte in Polen passieren, aber hier, bei uns in Ungarn, wäre so etwas nicht möglich gewesen.«[145] Und wenig später, als das Kommando Eichmann schon in Budapest Quartier genommen hatte, hielt sich die Stimmung, es stehe zwar Schlimmes bevor, nicht aber das Schlimmste – jedenfalls nicht im Zentrum: »Man hörte Gerüchte über Deportationen in den Randgebieten Ungarns«, so schreibt Susan Varga, »aber dabei handelte es sich schließlich um nicht assimilierte, nicht magyarisierte Juden. Die Juden in Budapest, die noch Bestandteil der Nation waren, die so fest in das künstlerische, wirtschaftliche und intellektuelle Leben der Stadt eingebunden waren – sie würde man vielleicht demütigen, ja, aber töten? Unmöglich.«[146]

Die ungarischen Zionisten hatten seit Ende 1941 versucht, die jüdischen Führer und das Ausland mit Hilfe von Informationen über die Vernichtungsaktionen in Polen und den deutsch besetzten sowjetischen Gebieten zu mobilisieren – ohne großen Erfolg.[147] In Ungarn begann gleichzeitig eine Gruppe um Joel und Hansi Brand, Samuel Springmann, den Präsidenten der ungarischen zionistischen Vereinigung, Ottó Komoly, und Kasztner mit Hilfsaktionen für deportierte, für zum Arbeitsdienst eingezogene ungarische Juden und für jüdische Flüchtlinge aus dem Ausland, namentlich aus Polen. Ungarn lieferte die Tausenden Juden unter den polnischen Flüchtlingen von 1939 zwar nicht nach Deutschland aus, sie konnten ihr Leben aber nur unter staatlichen Restriktionen fristen und beschwerten sich zum Teil bitter über die mangelnde Unterstützung durch die neologen und orthodoxen Gemeinden.[148] Auch auf Drängen der Flüchtlinge gründete die Gruppe um Brand und Kasztner im Januar 1943 das Jüdische Hilfs- und Rettungskomitee »Va'adah«, das auch Juden in den Zwangsarbeitslagern

---

145 Hier folgen wir Bauer, Jews, S. 151. Zitate: Schmidt, Destruction, S. 172, und Erinnerungen Anna Weigl von 1955, YVA O 33/2161, Bl. 21.

146 Varga, Ich, S. 98 f.

147 Zu einer Veranstaltung im Dezember 1941, bei der entsprechende Berichte den Spitzen der Neologen und Orthodoxen vorgestellt wurden, Landau (Hg.), Kastner-Bericht, S. 36–38, und – auf Grund der Erinnerungen von Samuel Stern – Braham, Politics, S. 106 f. Zum Ausland Landau (Hg.), Kastner-Bericht, S. 21.

148 Braham, Politics, S. 166, 191, Anm. 66, 206 und 816; siehe allgemein Rothkirchen, Hungary; eine entsprechende Beschwerde findet sich im Brief von Rabinowicz an Schwarzbart v. 13. 8. 1943, YVA M 2/415, Bl. 7.

unterstützte, die die Deutschen in Polen betrieben.[149] Das sozialdemokratisch orientierte Hilfskomittee verfolgte bescheidene Ziele. Doch erfuhr es bald eine Aufwertung, weil das 1943 in Istanbul geschaffene Büro der Jewish Agency (Sochnuth), also der Interessenvertretung der Juden in Palästina, Hilfsgelder über die Gruppe um Brand und Kasztner nach Ungarn und Polen leiten ließ. Dagegen kontrollierten die mit der Va'adah rivalisierenden, politisch rechtsorientierten Zionisten unter Moshe Krausz die diplomatischen Kontakte ins Ausland und die Zuweisung der wenigen Einwanderungszertifikate für eine in geringem Umfang noch immer mögliche Auswanderung nach Palästina.[150]

Insgesamt fühlten sich die Zionisten durch die Judendiskriminierung in Ungarn und die Informationen über die deutschen Vernichtungsaktionen in ihrer Meinung bestärkt, daß die Assimilation gescheitert sei.[151] Sie sahen die Richtigkeit ihrer Idee der organisierten Auswanderung bestätigt, nicht jedoch dringende Warnungen vor einer extremen Gefahr.[152] So liegt ein im Juli 1943 datierter Brief der Va'adah vor, der offenbar an das von Nathan Schwalb geleitete Büro des Hechaluz World Center in Genf gerichtet war. Darin hieß es beschwichtigend, bis zum Februar 1943 sei noch zu befürchten gewesen, daß die ungarische Regierung sich möglicherweise dem deutschen Druck beuge, die Juden auszuliefern, doch drohe das nicht mehr: »Diese Gemeinschaft kann schon heute grosso modo als gerettet betrachtet werden, d.h. es besteht nicht mehr die Gefahr einer solchen inneren Entwicklung, kraft der eine extreme radikale Richtung die Macht erobern und die wild antisemitischen Methoden der benachbarten Länder – wie die Slowakei, Kroatien, Rumänien – gegen uns anwenden könnte.« Zwar befürchteten »gewisse Kreise« einen deutschen Einmarsch, aber die Chancen dafür »vermindern sich ja auch von Tag zu Tag«. Manche ungarischen Politiker, so hieß es in dem Schreiben, litten neben der Angst vor den Sowjets an »Desorientierung und Depression«, weil sie befürchteten, die Westalliierten könnten nach dem Krieg Rumänien auf Kosten Ungarns belohnen und Druck zur Wiederherstellung jüdischen Eigentums ausüben. Doch verfügten die Juden zu den ihnen wohlgesinnten Teilen der bürgerlichen Opposi-

---

149 Weissberg, Brand, S. 27 ff.; Braham, Politics, S. 106–112. Die Zionisten empfingen allerdings auch erhebliche Mittel von seiten der Orthodoxen und speziell von Fülöp von Freudiger, die ihrerseits eine kleine Hilfsorganisation aufbauten: Freudiger, Five Months, S. 242 f. Die Orthodoxen erwiesen sich als nicht ganz so legalistisch wie die Neologen.

150 Cohen, Halutz Resistance, S. 36.

151 Siehe etwa einen Artikel von Komoly von 1943 in Handler (Hg.), Holocaust, S. 48–52.

152 Katzburg, Zionist Reactions, S. 165–176.

tion und des Großkapitals über hinreichende Verbindungen, um sich zu schützen.[153]

Ein ähnlich gravierendes Fehlurteil findet sich in einem Brief, den der hochangesehene Zionist Komoly am 25. August 1943 an Chaim Barlas, den Vertreter der Jewish Agency in Istanbul, richtete. Zwar stellte Komoly fest, die Deutschen wollten alle Juden Europas ausrotten, und ein ungarischer Bruch mit Deutschland würde einen deutschen Einmarsch und damit das »Todesurteil für das Judentum Ungarns« zur Folge haben. Doch verwies auch er in der Vergangenheitsform auf die Zeit, als man »von Stunde zu Stunde zu befürchten hatte, daß das Grauen an den Grenzen Ungarns nicht haltmachen« werde. Er beschrieb die Verbrechen an Juden im ungarischen Zwangsarbeitsdienst, in der Batschka und in Kamenez-Podolsk, doch sei »die Mehrheit des ungarischen Volkes weitgehend gereift und habe außerdem eine nüchterne und menschliche Lebensauffassung«. Von der rechtsextremen Propaganda sei nur ein Teil der Verwaltung, »in etwas stärkerem Ma[ß]e« »Halb-Intelligenz« und »Lumpenproletariat« erfaßt, unter anderem weil sie sich materielle Vorteile vom Vorgehen gegen die Juden versprächen. Aber die Landbevölkerung, die überwältigende Mehrheit der Arbeiter, fast die ganze Aristokratie und der gehobene Klerus seien nicht bereit, über die bisherigen Maßnahmen hinauszugehen. Ausgerechnet Komoly, der die Assimilation für restlos gescheitert hielt, vertraute also einer gesellschaftlich-moralischen Grundstabilität in Ungarn. Zudem verbreitete er die Illusion, die zionistische Idee gewinne in Ungarn ständig an Boden, auch wenn »gewisse Kreise der zionistischen Ideologie noch unzugänglich« seien.[154]

Solche optimistischen Eindrücke wurden von jüdischen Politikern in Istanbul geteilt. Am 20. Juli 1943 hatte Menachem Bader Ungarn als »a holiday resort for Jews compared with other countries in occupied Europe« bezeichnet. Es handle sich um einen »little Garden of Eden«, an dessen Pforten sich die ungarische Regierung trotz des beständigen Drucks weigere, die deutschen Vernichtungspläne auszuführen. Auch das abschließende Urteil (»There are still some embers of assimilationism among Hungarian Jewry«) zeigte die merkwürdige Spannung zwischen dem zionistischen Wunschbild, es seien tatsächlich nur noch einige Funken (embers[155]) vom jüdischen Massen-Assimilationismus in Ungarn übrig – und der Annahme, gerade ihre Integration in die ungarische Gesellschaft werde die ungarischen

---

153 Brief »Liebe Chawerim« v. 18.7.1943, YVA M 20/86, 2. folder, Bl. 118–122, Zitate Bl. 118. Die Akte enthält Briefe von Kasztner und anderen an Schwalb.

154 Komoly an Barlas v. 25.8.1943, YVA P 31/38.

155 Möglicherweise war dies verschrieben für »members«, was an der Aussage wenig ändern würde.

Juden vor dem ärgsten Unheil bewahren.[156] Zu dieser Zeit sah die jüdische Presse in Palästina ebenfalls noch keine akute Gefahr für die ungarischen Juden. Die Ungarn, hieß es, unterschieden sich in dieser Hinsicht von anderen europäischen Völkern, Verfolgungsmaßnahmen seien nur auf deutschen Druck zurückzuführen.[157] Auch die 1941/42 stark zurückgegangene Zuweisung von Hilfsgeldern des Joint Distribution Committee der amerikanischen Juden deutete nicht darauf hin, daß man sich auf das Schlimmste vorbereitete.[158]

Erst im Herbst 1943 traten an die Stelle solcher Illusionen bei den ungarischen Zionisten dringende Warnungen: »Die Lage ist überhaupt nicht zu pessimistisch gesehen«, hieß es in einem Brief, den die Va'adah am 1. November nach Genf, vermutlich wieder an Schwalb sandte. Angeblich wollten die Deutschen in Kürze auf einer Konferenz noch im November über die Vernichtung der letzten »Judeninseln« in Europa entscheiden. Man sehe nur drei Möglichkeiten: unter vermutlich großen Opfern zu den jugoslawischen Partisanen zu fliehen, unterzutauchen oder in die Slowakei oder nach Ungarn zu gehen.[159] In diese Situation gehört das in der Einleitung beschriebene Gespräch von Kasztner und Springmann mit Schindler.[160] Etwa um die gleiche Zeit meldete die deutsche Gesandtschaft in Budapest, die ungarischen Juden seien sehr vorsichtig geworden, sie fürchteten »einen deutschen Einmarsch und damit entsprechende Konsequenzen«.[161]

Es ist nicht zu übersehen, daß dieser Umschwung gleichzeitig mit zwei Entwicklungen eintrat: verstärkten Versuchen der ungarischen Regierung, einen Waffenstillstand mit den Westalliierten zu erreichen, und ersten deutschen Einmarschplänen. Adolf Silberschein, Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in Genf, wurde Ende August 1943 eine Episode bekannt, die wir hier trotz ihrer dubiosen Herkunft als Anregung für die Forschung erwähnen wollen. Eine »Delegation, bestehend aus den reichsten und einflußreichsten ungarischen Juden«, habe bei Ministerpräsident Kállay unter Vorlage eines Memorandums vorgesprochen, um bei ihm die Aufhebung von Milderungen antisemitischer Bestimmungen zu erreichen. Den Deutschen

---

156 Vertrauliches Schreiben von Venia Pomerang, Bader und Zeew Schind an Berl Locker und die Histadruth-Vertreter in Großbritannien v. 20. 7. 1943, YVA M 2/597, Bl. 3–9, Zitate Bl. 5 f.

157 Vago, Destruction, S. 305.

158 Das JDC wandte 1940 157.215 Dollar, 1941 23.935, 1942 9879, 1943 100.000 und 1944 884.786 Dollar für Ungarn auf. Bauer, American Jewry, S. 384.

159 Ungezeichneter Brief an »Nathan« v. 1. 11. 1943, YVA M 20/86, 2. folder, Bl. 93.

160 Springmann verließ Anfang 1944 Ungarn und ging nach Istanbul: Cohen, Halutz Resistance, S. 49.

161 So die Wiedergabe von v. Thadden (Auswärtiges Amt) an Eichmann v. 17. 10. 1943, PA AA R 100894, Bl. 9.

sollte mit solchen Milderungen kein Vorwand zum Eingreifen geliefert werden. Kállay habe dies mit den Worten abgelehnt, alle Ungarn seien gleich und »es wäre ein merkwürdiges Privileg, um das die Juden da bäten«.[162] Sollte es sich vielleicht auch nur um ein Gerücht gehandelt haben, kennzeichnete es jedenfalls die Stimmung in Budapest.

Erst jetzt wies Menachem Bader aus Istanbul die Zionisten in Budapest an, die ungarischen Juden dürften im Fall einer Invasion in keiner Form mit den Deutschen kooperieren und auf keinen Fall ein Zwangskennzeichen tragen. Joel Brand von der Va'adah meldete im Januar 1944, man diskutiere Fluchtmöglichkeiten in die Karpaten. Besonders polnische und slowakische Flüchtlinge erwogen die Flucht nach Rumänien, Jugoslawien oder ein Untertauchen mit Hilfe falscher Papiere.[163] Im Februar und März versuchten einige, jedoch isolierte zionistische Aktivisten in Ungarn, unterstützt von jüdischen Vertretern in Istanbul, bewaffneten Widerstand vorzubereiten.[164] In Košice befürchteten Juden um die Jahreswende 1943/44 laut Polizeiberichten Pogrome einheimischer Rechtsradikaler nach möglichen Bombenangriffen. Sollte die Front näher rücken, sahen sie die Gefahr, die Deutschen würden sie in Frontnähe nicht dulden und »das Problem der Evakuierung in derselben Weise wie in Polen lösen«.[165]

Als die Deutschen am 19. März 1944 tatsächlich einmarschierten, bestand unter den ungarischen Juden keinerlei Konzept, wie auf diese Bedrohung reagiert werden konnte. Weder existierten entsprechende organisatorische Strukturen noch politische Verbindungen, noch war die jüdische Bevölkerung flächendeckend vor der drohenden Gefahr gewarnt worden. Und nur kleine Gruppen besaßen die für illegale politische Arbeit nötige Einstellung.

d) **Antisemitismus als Mittel der Agrarreform**

Die Männer, die seit 1938 die antisemitische Gesetzgebung in Ungarn entwickelten, waren insgesamt gesehen politische Schüler von Gyula Gömbös. Zwar mäßigte dieser selbst, trotz anderslautender Ankündigungen, seine gegen die ungarischen Juden gerichtete Agitation als Ministerpräsident so-

---

162 Undatierte Notiz A. S. über eine Besprechung mit einem ihm unbekannten Ungarn namens Pallay, der Insiderkenntnisse aus der Flüchtlingsarbeit verriet, am 21. 8. 1943, YVA M 20/95.

163 Braham, Politics, S. 525 (mit Verweis auf Briefe Baders vom 25.9. und 23. 10. 1943); Bauer, Jews for Sale?, S. 159; Cohen, Halutz Resistance, S. 48.

164 Bauer, American Jewry , S. 389, und Rozett, Resistance, S. 136; zur Rolle polnischer Flüchtlinge Cohen, Halutz Resistance, S. 44.

165 Ungarische Polizeiberichte von November 1943 und Januar 1944, zitiert nach Schmidt, Destruction, S. 172 (unsere Übersetzung).

fort, doch gewinnt die von ihm eingeleitete politische Wende zu einer volksverbundenen Innenpolitik in unserem Zusammenhang an Interesse, wegen ihre prononcierten sozial- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. In seinen beiden Kabinetten sammelten seine Nachfolger als junge Minister oder Staatssekretäre politische Erfahrungen. Der spätere Ministerpräsident und Gewährsmann der Deutschen Béla Imrédy diente unter Gömbös als Finanzminister und wurde dann zum Präsidenten der Nationalbank ernannt, entsprechendes galt für Béla Jurcsek und eine erhebliche Zahl anderer weiterhin führender Politiker. In der personellen Kontinuität berief sich die sozialpolitische und die damit bald vielfach verknüpfte antisemitische Gesetzgebung der Jahre 1938, 1939, 1941 immer wieder auf Gömbös. Und so, als wäre er zum allgemeinen Mythos der Tatkraft geworden, erklärte nach der Besetzung Ungarns 1944 der von deutschen Gnaden ernannte Ministerpräsident Sztójay: »Die unter meiner Leitung gebildete Regierung wird in der Innenpolitik Gyula Gömbös' politische Zielsetzung verfolgen und verwirklichen.«[166]

Was waren diese Zielsetzungen? Gyula Gömbös stand für eine Politik der Reform von oben, die zwar von den Magnaten gerne als »Revolution« verteufelt wurde, aber doch nichts anderes bezweckte, als die »revolutionäre Bewegung abzuwehren«.[167] Für dringlich erachtete Gömbös die Frage der Sozialversicherung, »damit, unbeschadet des Kreises der Versicherten und ohne weitere Belastung der Wirtschaftslage, das finanzielle Gleichgewicht unserer Sozialversicherungsanstalten hergestellt und auch für die Zukunft gesichert werde«; gleichzeitig ging es um die Ausweitung des noch sehr engen Kreises der Sozialversicherungsberechtigten. Ferner nahm sich seine Regierung sofort des Problems der landwirtschaftlichen Überschuldung an. Sie führte den gesetzlichen Status des »geschützten Schuldners« ein, der den Zins- und Tilgungsdienst für etwa 80.000 Landwirte wesentlich minderte.[168] Es gelang tatsächlich, die Verschuldung der ungarischen Landwirtschaft erheblich zu drücken. Hatte sie auf dem Höhepunkt der Agrar- und Absatzkrise 1932/33 fast 22 Prozent der Jahreseinkünfte betragen, so sank sie bis 1938 auf 8,2 Prozent, um im Boom des Krieges fast ganz zu verschwinden.[169] Die Regierung senkte die Kohlen- und Milchpreise und sorgte sich demonstrativ um die Kriegsopfer. Ihnen und kinderreichen Familien gewährte sie

---

166 Rundtelegramm an alle Ungarischen Gesandtschaften v. 28. 3. 1944, Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 382. Die Zeitung Uj Magyarsag hatte drei Tage zuvor geschrieben, nun werde »das Gömbös-Programm restlos und ohne Zaudern verwirklicht« (SOEG, Vertrauliche Mitteilungen, BA R 63/346, Bl. 200).

167 Regierung Gömbös, S. 27.

168 Ebd., S. 10.

169 Matolcsy, Schuldenlast, S. 31.

spürbare Steuererleichterungen, auf demselben Weg förderte sie die Einstellung von Arbeitslosen und Kriegsinvaliden und erhöhte im Gegenzug die Steuern für Kapitalgesellschaften.[170] Nicht zuletzt verstand sich das Kabinett Gömbös als »Regierung der nationalen Einheit«, die Staat und Gesellschaft auf den vermeintlich festen Boden einer »einheitlichen Weltanschauung« heben wollte. Gömbös betrachtete seine Ideologie als zugleich »fortschrittlich und konservativ« – »der Negation, der fruchtlosen Kritik, dem negativen Ungarn« erklärte er den Krieg.[171] Politisch stand er für eine Mischung aus Konsolidierung der Staatsausgaben und neuem sozialem Ausgleich. Zum ersten Mal in Ungarn propagierte diese Regierung die Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik zur Herstellung eines »harmonischen Ganzen« im Sinne der Volksgemeinschaftsidee: »Die Scheidewände, die bewußt oder unbewußt errichtet worden sind«, erklärte der neue Ministerpräsident 1932, »werde ich niederreißen, weil eine Nation von acht Millionen sich nicht den Luxus erlauben kann, daß es auf der einen Seite Satrapen gibt, auf der anderen aber Arbeiter, die diese mit haßerfüllten Augen verfolgen.«[172]

Parzellen für die Armen

Mit erheblicher Energie wandte sich Gömbös der überlang aufgeschobenen Bodenreform zu: »Es ist unsere unaufschiebbare Pflicht geworden, das Verhältnis von Volk und Boden zueinander zu verbessern, und zwar durch eine weitblickende besitzpolitische Tätigkeit, die mit den zeitgemäßen Verhältnissen der Volksdichte und der Produktion in sozialem Hinblick rechnet.«[173] Das Vorhaben zielte auf »die Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation des Landvolkes bis hinunter zum Zwergbesitzer und zum besitzlosen Landarbeiter«. Schließlich strebe die Regierung »danach, den ungarischen Boden durch Inaugurierung einer gesunden Besitzpolitik zum Faktor der Existenz und des Fortkommens breitester Schichten der ungarischen Bauernschaft zu machen«.[174] Doch obwohl Gömbös sich immer wieder für diese Reform einsetzte, gelang sie ihm bis zu seinem Tod nicht. Er scheiterte mit seinem innenpolitisch so entscheidenden Vorhaben am Einfluß der Großgrundbesitzerklasse.

Von den ländlichen Proletariern waren in den 15 Jahren vor dem Ersten Weltkrieg als Folge der Landarmut 1,4 Millionen Menschen nach Amerika

---

170 Regierung Gömbös, S. 48 f.
171 Ebd., S. 11, 21.
172 Gömbös, Selbstzwecklichkeit, S. 16 f.
173 Ebd.
174 Regierung Gömbös, S. 56.

ausgewandert. Da die Möglichkeit zur Binnenmigration nach 1918 durch die neuen, engen Grenzen eingeschränkt war und der vor dem Ersten Weltkrieg viel genutzte Ausweg der Emigration infolge der schlagartigen Restriktionen in den überseeischen Einwanderungsländern spätestens 1924/25 stark gedrosselt wurde und die heimische Industrie vergleichsweise wenige Arbeitsplätze bot, herrschte in der gesamten ungarischen Landwirtschaft dauerhafte Unterbeschäftigung. Auch nachdem die Weltwirtschaftskrise längst überwunden war, konnte die Arbeitskraft der Landarbeiter und Zwergbesitzer allenfalls zu 70 Prozent ausgenützt werden. Noch 1942 galt nach offiziellen Quellen dieser Befund: »Bekanntlich konnte bisher die Arbeitskraft der landwirtschaftl. Arbeiter für die Produktion nicht voll in Anspruch genommen werden. [...] Nach den gemachten Erfahrungen kann in einzelnen Gebieten die Zahl der bisher unausgenützt gebliebenen Arbeitstage auf jährlich 100–150 je Person geschätzt werden.«[175] Diese Verhältnisse hatten sich bis zum Zeitpunkt der deutschen Besatzung nicht geändert und waren auch durch die Gebietserweiterungen nicht wesentlich korrigiert worden. Die Durchschnittszahlen gestalteten sich noch ungünstiger, wenn sie nach einzelnen sozialen Gruppen aufgeschlüsselt wurden. Tagelöhner und Zwergbesitzer waren nur zu 34 Prozent ausgelastet. So gesehen herrschte für etwa drei Millionen Menschen in der ungarischen Landwirtschaft, das waren mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte in Ungarn, der Zustand »ungenügender Beschäftigung während des größten Teils des Jahres«.[176] Umgekehrt machte die ungarische Statistik auch deutlich, daß die Kleingrundbesitzer, die 10 bis 100 Kj. besaßen, 96 Prozent ihrer Arbeitskraft nutzten.[177]

Die immer wieder aufgeschobene Bodenreform hätte die erbärmlichen Lebensbedingungen des Landproletariats verbessern sollen. Noch 1937 veranschlagte ein Bericht des Völkerbunds das durchschnittliche monatliche Familieneinkommen der in der ungarischen Landwirtschaft beschäftigten Tagelöhner auf 36 Pengö (ca. 20 RM), des Gesindes auf 80 Pengö und der Zwergbesitzer auf 70 Pengö. Sie ernährten sich von »Brot und Paprika, Paprika und Brot, und wenn es hoch kommt, etwas Speck«. Die Prügelstrafe, verhängt durch den Gutsherren, war an der Tagesordnung, das Verbot jeder sozialen und politischen Organisierung selbstverständlich. Die Arbeitskraft war so billig, daß sich die Mechanisierung nicht lohnte. Um

---

175 Esztegár, Wohlfahrtsgenossenschaften, S. 473.

176 Nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1941 lebten in Ungarn 55,7 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft.

177 Matolcsy, Landwirtschaftliche Arbeitslosigkeit, passim. Die Arbeit wurde im Ungarischen Institut für Wirtschaftsforschung angefertigt. Ähnlich: Halács, Arbeitsverfassung, S. 179 ff. Hier werden durchschnittlich 120 jährliche Arbeitstage der Landarbeiter angegeben, für beträchtliche Regionen aber nur 80.

1929 betrug die Zahl der Traktoren in Ungarn 6800, bis 1938 stieg sie in einem Jahrzehnt der ansonsten allgemeinen Agrarmotorisierung um nur 157 Stück. Infolge der Annexionen und einer Förderung der Mechanisierung stieg die Zahl der Traktoren von 1938 bis 1942 allerdings deutlich an, auf insgesamt 28.000.[178] In den Grenzen von Trianon umfaßte die Klasse der besitzlosen oder nur über extrem wenig Land verfügenden landwirtschaftlichen Arbeiterschaft nach der Volkszählung von 1930 exakt 2.348.691 Menschen. Das waren 66 Prozent der auf die Landwirtschaft angewiesenen Bevölkerung und 33 Prozent der Gesamtbevölkerung. Diese Menschen lebten von der Hand in den Mund, ihre Arbeitskraft war zu etwa 60 bis 70 Prozent ausgenutzt, im Gegensatz zur Industiearbeiterschaft waren für sie weder Kranken- noch Sozialversicherungssysteme geschaffen worden, ihre Arbeitslöhne lagen 1939 noch um 30 Prozent unter dem Niveau, das sie vor der Weltwirtschaftskrise erreicht hatten.[179] Während des Krieges verloren die ohnehin extrem niedrigen Löhne infolge der Inflation an Kaufkraft, ein Schwund, den die staatliche Lohnfestsetzungsbehörde nur unvollkommen minderte. Immerhin setzte sich in den führenden Kreisen Budapests 1943 die Einsicht durch, daß »auch der sozialen Fürsorge erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden« sollte.[180]

Die Regierung Darányi, die vom 10. Oktober 1936 bis zum 12. Mai 1938 im Amt blieb, stellte sich 1936 dieser drückenden sozialen Frage. Sie brachte ein schon unter Gömbös vorbereitetes Siedlungsgesetz durch beide Häuser des Parlaments, gemäß dem bis Ende 1941 242.000 Kataster-Joch (ein Kj. entspricht 0,575 Hektar) an 45.000 bis dahin landlose Familien vergeben wurden, teils als Eigentum, teils in Pacht.[181] Um die Entwicklung zu beschleunigen, wurde später zugunsten der besitzlosen Tagelöhner und der Zwergbesitzer ein Dekret erlassen, das extrem günstige Zahlungsbedingungen für den Landerwerb und für den Bau von Kolonistenhäusern einräumte. Parallel dazu war 1938 die obligatorische Alters- und Invalidenversicherung für 625.000 Landarbeiter und Zwergbesitzer[182] eingeführt worden,

---

178 Zit. nach Arbeitswissenschaftliches Institut, Deutschland und Südosteuropa, S. 27; Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 32 ff.; WO Budapest, Betr.: Ungarische Mineralöllieferungen v. 16. 1. 1943, BA-MA RW 29/9, Bl. 37–40.

179 Kérek, Agrarreform, S. 434–441.

180 Wirtschaftsjahrbuch, S. 49.

181 Um das Land in dieser Weise zu parzellieren, mußte 1936 gleichzeitig zum Gesetz über die Familien-Fideikommisse ein Ergänzungsgesetz verabschiedet werden, das die fideikommissarische Gebundenheit bestimmter Ländereien oder Latifundienanteile aufhob. Es wurde mit einer Art Erbhofgesetz kombiniert, das die Erbteilung der neu geschaffenen Kleinbauernhöfe untersagte.

182 Die Zahl paßt ziemlich genau zu den oben genannten 2.348.691 Landproletariern, wenn man die Familienmitglieder abzieht und nur auf die Erwerbstätigen abhebt.

75.000 von ihnen sollten schon vom 1. Januar 1939 an rentenberechtigt werden. Die vorgesehenen Kleinstrenten sollten je nach Dauer einer winzigen Beitragsleistung zwischen 60 und 177 Pengö jährlich betragen (für Gesinde 227 Pengö). Der Staat gewährte der Rentenkasse zu diesem Zweck einen Zuschuß aus Steuermitteln, der andere Teil sollte von den Grundbesitzern getragen und mit der Bodensteuer beigebracht werden.[183]

Was die Agrarreform betraf, so trat seit 1938 »immer stärker das Bestreben hervor«, wie es im Wirtschaftsjahrbuch des »Pester Lloyd« hieß, auch »den jüdischen Bodenbesitz für die Zwecke der Bodenreform in Anspruch zu nehmen«.[184] Diese Forderung hatte die antisemitische Propaganda spätetestens seit 1919 vertreten,[185] doch erst 1938 wurde sie zum Staatsziel. Ganz genaue Angaben für den Umfang dieser Besitztümer läßt die widersprüchliche Quellenlage nicht zu.[186] Doch allein in Trianon-Ungarn handelte es sich offenbar um rund 800.000 Kj. landwirtschaftliche Nutzfläche sowie im durch Annexionen vergrößerten Gebiet um 500.000 Kj. Wald.[187] Besonders hoch war der Prozentsatz des jüdischen Eigentums unter den Agrarbetrieben von mehr als 100 Kj., wovon große Teile verpachtet waren.[188] Auf den großen und wachsenden Anteil des jüdischen Grundbesitzes Ende des 19. Jahrhunderts verweist auch Randolph Braham.[189] Damit waren immerhin etwa zehn Prozent der genutzten Agrarflächen im Besitz jüdischer

---

183 Deutschland und Südosteuropa, S. 28; Kovrig, Sozialpolitik, S. 430.

184 Wirtschaftsjahrbuch, S. 47.

185 Ungvári, Jewish Question, S. 93 ff.

186 Das erklärt sich zum einen aus der zweifelhaften Verläßlichkeit antisemitischer Autoren und zum zweiten aus den mehrfach wechselnden Gebietsgrößen Ungarns und den Folgen für die Statistiken, zum dritten entstehen die Ungenauigkeiten aus der sich ändernden und unterschiedlich gebrauchten Definition, wer als Jude anzusehen sei.

187 Siehe den amtlichen Aufsatz »Enteignung der jüdischen land- und forstwirtschaftlichen Besitze« (abgeschlossen Ende 1942; S. 138). Vgl. ferner die Angabe von Ruppin, Soziologie, Bd.1, daß nach einer Enquete von 1929 in Ungarn unter den Landbesitzern, die mehr als 50 Kj. besaßen, 509.764 Kj. (10,4 Prozent) Juden gehörten (S. 422 f.); weiter Alajos Korvác, A csonkamagyarországi zsidóság a statiszika tükreben (Das Judentum Rumpf-Ungarns im Spiegel der Statistik), 1938, hier nach: Mátyás Matolcsy: Magyar föld Zsidó kézen, Budapest 1941, S. 22. Die deutsche Übersetzung (»Nur für den Dienstgebrauch«) wurde im Sommer 1942 erstellt. Sie findet sich unter dem Titel »Ungarischer Boden in jüdischer Hand« in der UB Marburg, Sig. D 1980/110-H. Kovács, ein herausragender Antisemit, war Präsident des Kgl.-ung. Zentralstatistischen Amtes.

188 So die Angaben der Volkszählung von 1941 und im Entschädigungsgesetz von 1942: Enteignung, S. 138. Vgl. auch Ruppin, Soziologie, Bd. 1, S. 367; Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung mit etwas anderen Bezugsgrößen, S. 44 f.

189 Braham, Politics, S. 9 (1884 1,75 Mio., 1894 2,47 Mio. Kj. in einem erheblich größeren Vorkriegsungarn).

Eigentümer.[190] Angeblich hielten überdies jüdische Pächter mehr als 700.000 Kj. inne.[191] Eine Enteignung vorausgesetzt, eröffnete dies erhebliche Spielräume für eine symbolische Politik der Umverteilung und sozialer Gaben. Zwar reichte sie nicht aus, um den Landhunger der armen Kleinbesitzer und Landlosen insgesamt zu befriedigen, doch konnte die Enteignung des jüdischen Grundbesitzes von den einen als Einstieg in eine grundlegende Bodenreform gesehen werden, von den anderen gerade als Möglichkeit zur Vermeidung einer solchen.

Das zweite Judengesetz zielte neben den anderen bereits genannten Zwecken mit den Paragraphen 15 und 16 auf »die Ausschließung der Juden aus dem gesamten ländlichen Grundbesitz«, um so »der Bodenreform einen neuen Anstoß zu geben« – eine ausdrücklich so bezeichnete »rassenschützlerische Maßnahme zur Stärkung des magyarischen Bauerntums«.[192] Demnach konnten »die landwirtschaftlichen Besitze der Juden – unabhängig von anderen Einschränkungen der Bodenbesitzpolitik – enteignet oder zu Kleinpachtungen in Anspruch genommen werden«.[193] Diese Regelung entsprach offensichtlich einer Verschärfung, die auch die Zustimmung Horthys gefunden hatte, da sie erst Mitte Februar 1939, nach dem Wechsel der Ministerpräsidentschaft von Imrédy zu Teleki, in die Diskussionsvorlage eingefügt wurde. In dessen Antrittsrede vom 22. Februar hieß es: »Keine Regierung kann darüber im Zweifel sein, daß Grund und Boden in ungarische Hand und sicherere Hände gelangen sollen als in die Hände jener, die mit dem Boden durch keinerlei Familientradition verbunden sind.«[194]

Nachdem zunächst gewissen Übergangsfristen zu wahren und Anlaufschwierigkeiten zu bewältigen waren, konnte das Ackerbauministerium für das Jahr 1941 die stattliche Fläche von 423.000 Kj. als aus jüdischem Besitz enteignet melden. Davon waren bereits 150.000 Kj. unter den Antragstellern verteilt worden. Das für die Agrarreform verfügbare Ackerland hatte sich also in einem Jahr mehr als verdoppelt. Waren bis dahin im Jahresdurchschnitt nur 9000 Kj. vergeben worden, so gelangte 1941 auf der

---

190 Siehe die bei Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 31, angeführte Statistik.

191 Kovács nach Matolcsy, Magyar föld, S. 16 ff., S. 22.

192 Weidlein, Antisemitismus, S. 6, Arbeitswissenschaftliches Institut (Hg.), Deutschland und Südosteuropa, S. 32. Schon in seiner Begründung zur Vorlage des Ersten Judengesetzes hatte Darányi am 16. 4. 1938 angekündigt: »Ich betone von neuem, daß ich auch die mit der Bodenbesitzpolitik im Zusammenhang stehenden Seiten dieses Problems regeln will.« Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 58 f.

193 Barta, Judenfrage, S. 185.

194 Zit. nach Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 110 f. In dem Entwurf und in dem anliegenden »Motivenbericht« Imrédys fehlten die einschlägigen Paragraphen noch, die die »Juden«- mit der Bodenfrage verbanden. Vgl. Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 95 f., 98 ff.

Grundlage der antijüdischen Gesetzgebung die sechzehnfache Menge zur Umverteilung an sozial Schwache.[195] Bis zum Ende des Jahres 1943 wurden weitere 220.000 Kj. enteignet.[196]

Da die Nachfrage groß war, bezog eine Gesetzesverschärfung vom 6. September 1942 auch die sogenannten Halbjuden in den Kreis derer ein, die zugunsten der Bodenreform enteignet werden sollten.[197] Als Rechtsgrundlage diente die bereits dargestellte Ausweitung des Judenbegriffs im Ehegesetz von 1941. Insgesamt ging man jetzt von 1,5 Millionen Kj. aus – davon war eine knappe Million Katasterjoch landwirtschaftlicher Nutzfläche, der Rest Wald.[198] Während der abschließenden Lesung des Gesetzes bemerkte der zuständige Ackerbauminister nach einem Bericht: »In den Bestimmungen komme das Rassenprinzip zur Geltung und nur in ganz speziellen Fällen werden Ausnahmen zugelassen. Gegenüber der bisherigen ›Möglichkeit‹ der Inanspruchnahme des jüdischen Grundbesitzes werde die Enteignung nunmehr obligatorisch verfügt und das Enteignungsverfahren wesentlich beschleunigt.«[199] Das Problem hatte darin bestanden, daß vor allem auf Grund der gerichtlichen Einspruchsmöglichkeiten gegen die Enteignung die Verteilung nicht vorankam.[200] Das führte notwendigerweise zu einer Vernachlässigung der Flächen, also zu Produktionsausfällen.

Bereits Anfang März 1942 hatte der neu ernannte Ministerpräsident Kállay das geltende Enteignungsverfahren als »zu schwerfällig« bezeichnet und »die restlose Enteignung der Judenbesitze« verlangt.[201] In seiner Antrittsrede hatte er am 19. März 1942 eine Erklärung zur forcierten Enteignung von Grund und Boden aus jüdischem Besitz abgegeben: »Auf Grund des Rassenschutzgesetzes werden wir die Inanspruchnahme des Grundbesitzes durchführen. [...] Auch [werde] ich sämtliche Waldbesitzungen, die sich in jüdischen Händen befinden, enteignen. (Hochrufe, Beifall.) [...] Den zur Enteignung gelangenden Waldbesitz werden wir im Hinblick auf unsere Siedlungspolitik gut gebrauchen können.«[202] Wer das enteignete Neuland anschließend erwerben und bewirtschaften wollte, durfte eine bestimmte niedrige Einkommensgrenze nicht überschreiten, mußte »zumindest drei

---

195 Neues Ungarn II, H. 2; Informationsbericht Nr. 41, Ungarn, PA AA R 67561; Kerék, Agrarreform, S. 440.

196 Wirtschaftsjahrbuch, S. 47.

197 Enteignung, S. 139.

198 Siehe auch: Lenz, Arisierung, S. 434–436.

199 Enteignung, S. 139.

200 Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 870 f.; Schickert, Judenfrage, S. 287.

201 Enteignung, S. 136.

202 Zit. nach Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 139 f. Die Enteignung betraf immer auch das lebende und tote Inventar (ebd.).

Kinder haben« oder zur Kategorie der »Kriegshelden« und Kriegsopfer zählen.[203]

Parzellen für die Helden

Die radikale Ausweitung der Enteignungen fand gewiß schon 1942 die Zustimmung Horthys, da sie ja zum Sofortprogramm des gerade ernannten Ministerpräsidenten gehörte. Nach einem deutschen Geheimdienstbericht lehnte Horthy wenig später die Pläne von Kállays Finanzminister Reményi-Schneller für eine entschädigungslose Enteignung jüdischer Industrieller ab, weil er befürchtete, die Juden würden in diesem Fall »Gelder und Werte ins Ausland verbringen«. Dem Bericht zufolge beauftragte Horthy von sich aus einen Wirtschaftsmanager mit der Suche nach geeigneten Maßnahmen, mit denen einer befürchteten Kapitalflucht begegnet werden könne: »Ungarn müsse – vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen – von den Juden profitieren, wobei der jüdische Einfluß einzudämmen und der Landbesitz weitgehend zu enteignen sei«, so habe Horthy gesagt und gemeint, der Staat solle die großen jüdischen Kapitalvermögen in seine Nutzung übernehmen und den Eignern darauf Zinsen von etwa vier Prozent zahlen.[204] Spätestens 1943 griff Horthy auch persönlich und durchaus typisch in die Enteignungspraxis ein: »Die Richtung, die der Reichsverweser in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten vorzeichnete, daß nämlich Kriegsteilnehmer, wie überhaupt verdiente Personen rascher zu Boden gelangen sollten, machte eine Revision des Verfahrens erforderlich.« Das entsprechende Gesetz bezweckte den inneren sozialen Ausgleich angesichts der Kriegsfolgen. Aber es schonte die adlige Großgrundbesitzerkaste, der Horthy und Kállay selbst angehörten, und es löste ein Problem der innenpolitischen Stimmungslage zum Nachteil sogenannter Juden und Halbjuden: »Die landwirtschaftlichen Besitze zwischen 5 und 100 Kj. und die Weingärten zwischen 5 und 20 Kj. werden«, so heißt es in einem zeitgenössischen Bericht, »dem Heldenkapitel überlassen, der diese Besitze an Kriegsteilnehmer verteilt«. Damit knüpfte Horthy an die Politik der Verteilung von »Heldengütern« an, mit der er 1920 schon einmal seine Herrschaft stabilisiert hatte.[205] Die Verwaltung des jüdischen Grundbesitzes von mehr

---

203 Enteignung, S. 139. Die entsprechende Gesetzesvorlage arbeitete im Agrarministerium Elek Vass, Oberdirektor für Ansiedlungswesen, aus.

204 »Einstellung des Reichsverwesers v. Horthy zur Judenfrage« mit Anschreiben Schellenbergs an Luther, Juli 1942, NA T 120, R 1096, Bl. 2386 f.

205 Die »Bodenreform«, die zu Beginn der zwanziger Jahre in Ungarn durchgeführt wurde, verdient den Namen nicht: Horthy stiftete den Vitéz (Helden-) Orden verdienter Frontkämpfer, an dessen Angehörige etwa 3000 relativ bescheidene »Heldengüter« von etwa 15 Kj. ausgegeben wurden. In die Besitzverhältnisse griff

als 100 Kj. übernahm die Bodenkreditanstalt. Es handelte sich Ende 1943 um 234.000 Kj.[206] Wegen den anhaltenden Krieges konnte über die neuen »Helden-Besitzer« noch nicht entschieden werden, was dazu führte, daß ein erheblicher Teil des enteigneten Landes nicht intensiv oder überhaupt nicht bewirtschaftet wurde.[207] Die Konsequenz der Verknüpfung zwischen der Enteignung jüdischen Landbesitzes und der Kriegführung ließ eine Zeitungsüberschrift vom Herbst 1944 erkennen, auch wenn davon kaum noch etwas in die Praxis umgesetzt wurde: »Fünf Katastraljoch Boden binnen 15 Tagen – erhält jeder Angehörige der ungarischen Wehrmacht, der einen Panzer abschießt.«[208]

Zumindest theoretisch wurden die Enteigneten entschädigt – durch dreieinhalbprozentige Obligationen, die 30 Jahre Laufzeit hatten und auf Sperrkonten festlagen. Die Staatskasse mußte somit zunächst nicht einen Pengö bezahlen und fachte also die kriegsbedingte Inflation nicht zusätzlich an. Umgekehrt wirkte inflationsmindernd, daß die Verteilung des magyarisierten Landes nicht kostenlos erfolgte, sondern zu günstigen langfristigen Krediten. Dies war ein Prinzip, das sich schon in der deutschen Arisierungpraxis bewährt hatte: Es diente dazu, den infolge des Krieges stark strapazierten Staatshaushalt wenigstens teilweise zu konsolidieren und den Kriegsanleihen langfristige zusätzliche Einkünfte gegenüberzustellen; ferner ließ sich auf diese Weise die wegen des Warenmangels im Krieg vagabundierende, überschüssige – und damit inflationstreibende – Kaufkraft abschöpfen. In Ungarn galt seit 1942 daher folgendes Verfahren: »Der Kaufpreis wird (wegen der Inflation, d. V.) in Weizenparität festgestellt; er ist in 30 Jahren in Raten auszuzahlen, doch muß ein Viertel im voraus auf einmal entrichtet werden. Kriegsteilnehmer, die sich im Kriege Verdienste erworben haben, können unter diesem Titel eine Zuwendung erhalten, Kriegswitwen und -waisen usw. haben keinerlei Vorauszahlung auf den Kaufschilling zu leisten.«[209] Für die auf 30 Jahre gesperrten Entschädigungen für die früheren Besitzer galt die entgegengesetzte Logik. Ihre Ansprüche wurden zum tagesüblichen Verkehrswert in Pengö festgelegt. Die Obligationen verloren also rasch an Wert. Trotz des äußeren Scheins kam das Verfahren einer entschädigungslosen Enteignung gleich. Praktisch handelte es sich um einen Rückgriff auf die Liegenschaften der Juden zur Finanzierung des Krieges. Das Vorgehen

---

diese Umverteilung nur marginal ein. Auf Horthys eigenen Wunsch wurde der Orden von Anfang an »judenrein« gehalten, er entwickelte sich zu einer Basis rechtsradikalen Gedankenguts. Szöllösi-Janze, Pfeilkreuzlerbewegung, S. 83; Silagi, Juden, S. 205.

206 Ebd.

207 WO Ungarn, Lagebericht April 1944, BA-MA RW 29/14, Bl. 9.

208 Deutsches Volksblatt (Novisad) v. 30.9.1944, BA NS 5 VI/30696.

209 Wirtschaftsjahrbuch, S. 48; Enteignung, S. 139 f.

steht, wie noch gezeigt werden wird, im Zusammenhang mit einer im Oktober 1942 angekündigten zwangsweisen Vermögensabgabe der Juden.[210]

Familienschutz und Heimführung

Die Umschichtung von Vermögenswerten zugunsten der Minderbemittelten folgte den gesetzlichen und institutionellen Ansätzen einer noch sehr verhaltenen ungarischen Sozialpolitik, wie sie sich in der Nachfolge der Regierung Gömbös langsam herausgebildet hatten. So war ein »Volks- und Familienschutzfonds« eingerichtet worden, der die Gelder seit 1940 an so genannte Volkswohlfahrtsgenossenschaften weiterleitete. Davon hatte es 1940 erst drei gegeben, Ende 1941 schon 78, Ende 1942 immerhin 92. Für ungarische Verhältnisse beachtlich waren über diese Institutionen bis Ende 1942 mehr als 88 Millionen Pengö umverteilt worden. Die Zuwendungen gingen vor allem in den Bau von Kleinstsiedlungshäusern, verbunden mit der Zuteilung von etwas Land. An erster Stelle des Wohlfahrtsinteresses standen im Sinne einer geburtenfördernden Familienpolitik die 84.000 kinderreichen Familien mit 314.000 Kindern. Sie galten als »in ihrem Dasein gefährdet«, mehr als die Hälfte zählte zu den »agrarischen Proletarierkategorien«.[211] Zu dieser hilfreichen Fürsorgetätigkeit gehörte seit 1940 zunehmend die Inanspruchnahme jüdischen Eigentums. So hatte die Landes-Bodenkredit-Anstalt 1942 insgesamt 15.000 Kj. Boden an 5088 Familien verkauft, davon stammte die Hälfte aus jüdischem Besitz. An 4754 Familien verpachtete die staatliche Umverteilungsbank 24.500 Kj., davon stammten 1942 immerhin »17.048 Kat.-Joch aus jüdischem Grundbesitz«, der auf Grund des zweiten Judengesetzes von 1939 »in Anspruch genommen wurde«.[212] Auch für das folgende Jahr 1943 konnte die Anstalt »eine vorzügliche Bilanz« veröffentlichen: »Die stark erhöhte Bodenverteilung«, so hieß es dort, »wurde teilweise durch die Durchführung der Gesetzverfügungen betreffs der überlassungspflichtigen Judenbesitze veranlasst.« Wie die Zeitschrift »Ungarischer Volkswirt« dazu 1944 vermerkte, konnte »dieses führende Agrarinstitut altruistischer Natur« auf solche Weise »eine außerordentlich ersprießliche Wirksamkeit entfalten«.[213]

---

210 Jagow beklagte gegenüber Ribbentrop am 3.4.1943, daß sie immer noch nicht verwirklicht worden sei. PA AA R 29792, Bl. 125 f.

211 Zwei Jahre ungarische Sozialpolitik, in: Ungarischer Volkswirt 12 (1943), H. 11, S. 1.

212 Abschlußbericht der Landes-Bodenkredit-Anstalt für 1942, in: Ungarischer Volkswirt 12 (1943), H. 2, S. 11. Obwohl die Beschleunigung der Bodenumverteilung erst 1941 beschlossen worden war, bezog die Bank zwei Drittel der Flächen, die sie im Geschäftsjahr 1942 übernahm, bereits aus dem Besitz von jüdischen Staatsbürgern.

213 Ungarischer Volkswirt, 13 (1944), H. 2, S. 9.

Zu den Zielen der ungarischen Siedlungspolitik rechnete nicht allein die sozialpolitisch motivierte Umverteilung, sondern auch die Festigung des Magyarentums in den »befreiten Gebieten«, anders gesagt: den Regionen, die durch den Friedensvertrag von Trianon verloren und dann teilweise mit deutscher Hilfe wieder einverleibt worden waren. Hier wurden möglichst »große Flächen dem Regierungskommissariat für Rücksiedlung von Auslandsungarn zugewiesen und unter die aus dem Auslande heimkehrenden Ungarn verteilt«. In den neuen Grenzgebieten ging »die Aktion raschestens vor sich«. Laut Plan sollten zum Beispiel »die heimkehrenden Ungarn das Ungartum des befreiten Südlandes um etwa sechs Prozent stärken«.[214] Unmittelbar nach dem Zweiten Wiener Schiedsspruch hatte der ungarische Ministerrat »die Rückführung aller Madjaren beschlossen, die sich im Auslande befinden und nach der Heimat zurückkehren wollen«. Das ging zum Beispiel in der Batschka mit der Vertreibung von Serben einher, die dort ihrerseits nach 1918 angesiedelt worden waren. Für das Königlich-ungarische Kommissariat für Rücksiedlung stand also die Frage der »Bodenbeschaffung« im Mittelpunkt, selbst wenn zunächst nur einige tausend Familien dem nationalungarischen Ruf »Heim-ins-Reich« folgten. Insgesamt rechnete das Kommissariat mit 600.000 bis 1,2 Millionen Magyaren, die noch im benachbarten Ausland lebten und für eine sogenannte Repatriierung in Frage kamen. Es verwundert nach alledem nicht, daß auch im Zusammenhang damit schon bald die durch wachsenden Druck bewirkte oder die schlicht erzwungene Auswanderung der Juden diskutiert wurde (im übrigen auch der Deutschen). Bezeichnend für diese Ideenwelt der ethnischen Flurbereinigung ist die 1942 erschienene Schrift von Mihály Szabados »Magyarok hazatelepitése – zsidók kivándoroltatása«, zu deutsch: Heimführung der Magyaren, Aussiedlung der Juden.[215]

Nach einem Bericht über eine Fraktionssitzung seiner Partei im September 1943 rechtfertigte sich Kállay für seine antijüdische Politik mit dem Argument, für seine Regierung »sei die Judenfrage kein außenpolitisches Problem, sondern allein eine ungarische Frage«. Er behauptete, sein Vorgehen sei ein »Beweis« für die »unabhängige Handlungsweise« seiner Regierung, da diese Maßnahmen »nicht auf den Druck des Auslandes« beschlossen worden seien.[216] Entgegen seiner zeitgenössischen Rechtfertigung spricht

---

214 Ungarischer Volkswirt, 12 (1943), H. 1, S. 11 f. Ähnliche Konzepte existierten auf rumänischer Seite. Sie wurden nach dem Krieg unter abermals veränderten politischen Umständen und Grenzen fortgesetzt.

215 Zimmermann, Rücksiedlung. Der genannte Ministerratsbeschluß wurde am 15. 11. 1940 gefaßt.

216 Bericht eines Vertrauensmanns an Jagow, Jagow an AA v. 10. 9. 1943, PA AA R 29793, Bl. 583 f.

Kállay in seinen Memoiren ausschließlich von der Notwendigkeit, »Zeit zu gewinnen«, von der »Errichtung eines Sicherheitswalls gegen die überbordenden Gefühle des Antisemitismus« und von einer Lösung, die von Anfang an darauf abgestellt gewesen sei, später ganz oder teilweise rückgängig gemacht zu werden.[217]

Tatsächlich stimmen beide Rechtfertigungen nicht. Am 20. April 1942, nur wenige Wochen nach seiner Vereidigung, hatte Kállay öffentlich, unter »riesigem Beifall« und in einer Sprache, die ganz und gar nicht auf Eindämmung gerichtet war, erklärt: »Diese Frage kann man nur dann lösen, wenn Tabula rasa gemacht wird: Das Judentum muß man entfernen, herausheben aus dem Eigentumsrecht und der Nutznießung ungarischen Bodens.« Seine Rede gipfelte in dem Ausruf: »Es gibt keine andere Lösung als die Aussiedlung der 800.000 Juden aus Ungarn.« Der Zeitungsbericht vermerkte an dieser Stelle: »Ein nicht enden wollender Beifall begleitete diese Worte, und der Beifall tobte minutenlang in dem mächtigen Saal.«[218] Nach einer anderen Quelle äußerte er, »die formale Entjudung des Wirtschaftslebens« sei ungenügend, vielmehr müsse auch »der jüdische Geist beseitigt werden«. Und weiter: Er wisse, daß man die Juden »schrittweise, und zwar nicht in einem verlangsamten, sondern in einem beschleunigten Tempo aus den Belangen des ungarischen Lebens ausschalten« müsse und »es keine andere endgültige Lösung gibt, als die Übersiedlung des mehr als achthunderttausend Köpfe zählenden Judentums«.[219]

Und kaum hatte Kállay die Enteignung des ländlichen Grundbesitzes ausgeweitet und beschleunigt, da kündigte er eine Sondersteuer, »einen Kriegskostenbeitrag der Juden« an und lenkte die Enteignungslust auf neue Objekte: »Zu den sozialen Problemen gehört auch die Wohnungsfrage, wo ebenfalls eine antisoziale Lage herrscht, und zwar zugunsten der Juden. Ich kann den Weg noch nicht genau aufzeigen, aber ich will auf diesem Wege die Wohnungsfrage lösen.«[220]

---

217 Kállay, Hungarian Premier, S. 75 f.

218 Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 143 f. Wie der Fortgang der Diskussion zeigt, verbreitete sich die Forderung nach »endgültiger Aussiedlung« und »Entfernung« immer schneller (z. B. ebd., S. 149 f.).

219 Maelicke, Entjudung, S. 154, 158.

220 Rede v. 23. 10. 1942, Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 158.

e) **Von der rassenpolitischen Nähe zur Distanz**

Massaker und jüdischer Arbeitsdienst

Während die gegen die Juden gerichtete Staatspropaganda und die damit vorbereiteten Gesetze zunehmend an harter Deutlichkeit gewannen, entwickelte sich parallel dazu und mit dem Eintritt Ungarns in den Krieg gegen die Sowjetunion eine Tendenz zur Beteiligung am Massenmord. Unmittelbar nach dem Angriff auf die Sowjet-Ukraine hatten ungarische Polizisten etwa 18.000 »fremde« Juden hauptsächlich in der Karpato-Ukraine festgenommen – also Flüchtlinge, illegale Zuwanderer und vor allem sogenannte Staatenlose. Letztere lebten vielfach seit zwei oder sogar drei Generationen in der Region, scheiterten jedoch an dem behördlich geforderten Nachweis, daß ihre Vorfahren schon vor 1867 dort ansässig gewesen waren.[221] Die so definierte Gruppe von Juden wurde nun durch die ungarische Gendarmerie in ihre angeblich »angestammte Heimat« getrieben, und zwar in den Teil Ostgaliziens, den die Honvéd interimistisch besetzt hatte. Die Initiative zur Deportation, zu der die völlige Enteignung gehörte, war von den höchsten Stellen des Staates veranlaßt und auf einer Ministerratssitzung besprochen worden.

Binnen weniger Tage wurden bis zum 10. August 14.000 Menschen, bis zum Ende des Monats weitere 4000 nach Galizien verschleppt – »repatriiert«, wie der polizeiliche Euphemismus lautete. Die ungarische Zwangsmaßnahme stieß auf den Protest der in Ostgalizien neu gebildeten deutschen Behörden, die sich gegen ein Verbleiben der Vertriebenen massiv wehrten. Daher wurden die meisten Deportierten so schnell wie möglich per Fußmarsch in das ukrainische Kamenez-Podolsk abgeschoben. Ohne größere Umstände beschlossen dort die Verantwortlichen der Wehrmacht, der SS und des Ostministeriums gemeinsam, alle Deportierten zu ermorden und die bis dahin mit Abstand größte deutsche Massenerschießung ins Werk zu setzen. In der Besprechung vom 25. August 1941 wurde zunächst festgestellt, es sei nicht gelungen, von Ungarn »die Rücknahme dieser Juden zu erreichen«, worauf für den Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln mitgeteilt wurde, er hoffe »die Liquidation dieser Juden bis zum 1. 9. 1941 durchgeführt zu haben«. Widerspruch erhob sich nicht, und so fanden die Morde am 27. und 28. August statt. Neben der SS und Männern des Polizeibataillons 320 beteiligten sich daran ukrainischer »Selbstschutz« und eine ungarische Pioniereinheit. Weil neben den aus Ungarn Deportierten gleichzeitig auch Juden aus der Umgebung von Kamenez-Podolsk den Weg zu den Massengräbern antreten mußten, betrug die Zahl der Erschossenen nach

---

221 Hilberg, Vernichtung, S. 875.

den Angaben von Jeckeln 23.600 Menschen. Die Zahl der aus Ungarn deportierten Opfer wird auf 14.000 bis 16.000 geschätzt.[222]

Während in diesem Fall von einer möglicherweise nicht bewußten ungarischen Beihilfe zu einem Massenmord gesprochen werden kann, den letztlich Deutsche verübten, liegen die Umstände jener Massaker anders, die Honvéd-Soldaten im Januar 1942 in der ungarisch annektierten Batschka begingen. Ausgelöst wurden sie durch erhebliche serbische Partisanenaktivitäten, bei denen eine Reihe ungarischer Gendarmen und Soldaten ums Leben kamen, Eisenbahnen gesprengt, Telefonleitungen durchschnitten und Scheunen angezündet wurden. Nachdem eine gezielte ungarische Gegenwehr und eine entschlossene Standgerichtsbarkeit wenig erbracht hatte, begannen Anfang Januar 1942 große Razzien, um die ehemals jugoslawische Region von »unzuverlässigen fremdländischen Elementen« zu »säubern«. Die Grundlage dafür bildete der Befehl des ungarischen Generalstabschefs Ferenc Szombathelyi, den Partisanen »eine Lehre zu erteilen«. Mit der Durchführung beauftragte Szombathelyi den ebenso deutschfreundlichen wie antisemitischen General Ferenc Feketehalmy-Czeydner, der dann sogenannte Brachialtruppen der Armee und der Gendarmerie zusammenzog, verstärkt durch orts- und personenkundige Mannschaften der gerade gebildeten Heimwehr, die sich aus Volksungarn und Volksdeutschen zusammensetzten.

Die Razzia begann in der Gegend rund um das Dorf Zsablya. Dort wurden binnen weniger Tage etwa 1000 Menschen systematisch massakriert, darunter etwa 100 Juden. Danach wurde die Aktion auf die Bezirkshauptstadt Novi Sad (Újvidék, Neusatz) und auf einige kleinere Orte ausgedehnt. In Novi Sad fand zwischen dem 21. und 23. Januar 1942 eine Mischung aus Pogrom und Razzia statt. Ihr fielen 550 Juden zum Opfer, 292 Serben, 13 Exilrussen und 11 Ungarn.

Erst am 31. Januar wurde diese Gewaltaktion gestoppt – und zwar, weil einige ungarische Abgeordnete unter Führung Bajcsy-Zsilinszkys dagegen protestierten und bald eine Untersuchung verlangten. Auch dieses Faktum bezeichnet die politisch offenen und ambivalenten Verhältnisse in Horthy-Ungarn. Tatsächlich nahm die militärische Anklagebehörde daraufhin Ermittlungen auf, ließ sie jedoch im Sande verlaufen, weil sich der Untersuchungsführer mit den Tätern identifizierte und Ministerpräsident Bár-

---

222 Breitman, Staatsgeheimnisse, S. 89 f.; Pohl, Judenverfolgung, S. 109; Krausnick, S. 219 f. (dort das Zitat); Enzyklopädie, Bd. II, S. 732 f.; Braham, Politics, S. 205–213. Etwa tausend abgeschobene ungarische Juden wurden in Stanislawo (heute: Ivano-Frankivs'k) ghettoisiert und dort am 12. 10. 1941, dem »Stanislauer Blutsonntag«, als erste von mehr als 10.000 Opfern auf dem jüdischen Friedhof erschossen. Hilberg, Vernichtung, S. 876; Pohl, Judenverfolgung, S. 145 ff.

dossy die »Ehre der Armee« nicht öffentlich befleckt sehen wollte. Doch unmittelbar nach Bárdossys Ablösung durch Kállay wurde im März 1942 eine weitere kriegsrechtliche Untersuchung beschlossen. Sie erfolgte nicht gerade schnell; doch infolge des Insistierens von Bajcsy-Zsilinszky, der zudem eine Entschädigung für die Hinterbliebenen verlangte, blieben die Massaker weiterhin ein öffentliches Thema.[223]

Erst nachdem sich die militärische Lage Ungarns grundlegend geändert hatte, mußten sich die Befehlsgeber – drei Honvéd- und zwölf Gendarmerieoffiziere – vor dem Militärgericht verantworten. Nach deutschen Erkenntnissen wies Außenminister Jenö Ghyczy im September 1943 im Ministerat darauf hin, »daß die Untaten von Neusatz gesühnt werden müßten, da sonst ›die Verhandlungen in Genf‹ gefährdet wären.« Ghyczy meinte damit die Anstrengungen seines Amtes, nach italienischem Vorbild einen Sonderfrieden mit den Westalliierten zu erreichen; der deutsche Beobachter sah darin ein Zugeständnis an die Forderung der Alliierten, die auf ihrer Konferenz von Moskau beschlossen hatten, daß Kriegsverbrecher am Ort ihrer Taten verurteilt und hingerichtet werden sollten.[224]

Unter diesen Voraussetzungen begann der Prozeß am 14. Dezember 1943. Er führte nach einigen Verhandlungstagen zu dem Urteil, die Angeklagten hätten »eine künstliche, unwirkliche Situation« geschaffen, »aus der unbegründetes Blutvergießen« entstand: »Das erreichte den Höhepunkt am 22., 23. Januar in Újvidék. Hier rotteten sie 3 Tage lang unter Vortäuschung von Widerstand die jüdische und serbische Bevölkerung je nach Laune aus und ließen den Brachialtruppen freien Lauf zum Plündern.« Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung vor dem ungarischen Generalstabsgericht wurden damals in der Batschka »3309 Bürger, darunter 147 Kinder und 299 Greise oder Frauen, ermordet«. Die Angeklagten wurden wegen Treulosigkeit verurteilt und weil sie »die ihnen Unterstellten ermuntert« hatten, »Straftaten zu begehen«. Damit hätten sie »den bewaffneten Kräften des ungarischen Staates vorsätzlich schweren Schaden zugefügt«.[225] General Feketehalmy-Czeydner wurde zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt, sieben weitere Offiziere erhielten Freiheitsstrafen zwischen zehn und 14 Jahren, auch die Strafen für die anderen Angeklagten verfolgten einen durchaus demonstrativen Zweck.[226]

---

223 Unsere Darstellung folgt Braham, Politics, S. 214–222; die Angaben über die Zahl der Toten sind bei Hilberg, Vernichtung, S. 876 f. etwas ungenau.

224 Bericht von E. Kienast (Germanische Leitstelle im SS-Hauptamt) v. 11. 12. 1943; PA AA R 101161, Bl. 332–340.

225 Promemoria über die im Januar 1942 auf dem Gebiet von Zsablya-Újvidék erfolgten Übergriffe, in Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 329–335.

226 Horthy zeigte mehrfach, daß diese Strafen seinen Vorstellungen entsprachen, zum Beispiel im Entwurf einer für den 15. 3. 1944 geplanten Proklamation, die auf

Am 15. Januar 1944 flohen vier der Angeklagten nach Wien, wo sie als »Gäste« Himmlers politisches Asyl erhielten.[227] Der Pester Lloyd schrieb zwei Tage später unter der Überschrift »Deserteure. Vor der Verantwortung geflüchtet«, es handle sich um »ehrlose Feiglinge«, um »Kreaturen«, die aufgehört hätten, ungarische Soldaten zu sein.[228] An der Spitze der vier Flüchtigen stand der Hauptverantwortliche des Massakers, Generalleutnant Feketehalmy-Czeydner, der im Oktober 1944 als stellvertretender Kriegsminister der Pfeilkreuzler-Regierung nach Budapest zurückkehrte. Noch nach der Besetzung Ungarns durch deutsche Truppen mußte der Reichsbevollmächtigte Veesenmayer ausdrücklich den neu ernannten, anpassungsbereiten Ministerpräsidenten Sztójay auf eine Beendigung dieser Strafverfahren hinweisen: »Forderte endgültige Einstellung des Neusatzer Prozesses und völlige Rehabilitierung der darin angeklagten ungarischen Offiziere. Ersteres wurde mir zugesagt, letzteres wird noch geprüft.«[229]

Sowohl das dritte Judengesetz wie die Deportation vom August 1941, die die »fremden« Juden aus der Karpato-Ukraine betrafen und in die deutsche Macht- und Todeszone führte, als auch die Morde an Juden und Serben in der ungarisch annektierten Batschka fielen in die Regierungszeit des Ministerpräsidenten László Bárdossy. Zu den wesentlichen antijüdischen Maßnahmen seiner Regierungszeit gehörte zudem die antisemitische Ausrichtung des Arbeitsdienstes, des ungarisch so bezeichneten Munkaszolgálat.[230] Er basierte auf dem zweiten ungarischen Wehrgesetz vom März 1939, das ursprünglich die Gestellung einigermaßen gleichberechtigter, nicht bewaffneter Bausoldaten vorsah, die den nationalen Minderheiten angehörten, also nicht als zuverlässige Wehrbürger galten. Schon 1940 wurde der Arbeitsdienst im Zeichen der Krise zwischen Ungarn und Rumänien auf Männer ausgedehnt, die das Rekrutenalter längst überschritten hatten. Mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion mußten jedoch die Angehörigen des Arbeitsdienstes ihre Uniformen ablegen, die Juden wurden zudem gezwungen, besondere Armbinden zu tragen – gelbe bezeichneten Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaften, weiße unterschieden davon die sogenannten Rassejuden, die zum Christentum konvertiert waren. Im

---

Intervention von Kállay, der »gehässige Auslegungen« befürchtete, nicht verlesen wurde. Beide Dokumente in ebd., S. 359–364.

227 Werkmeister an AA v. 16. 1. 1944 und weitere deutsche Aufzeichnungen aus den folgenden Tagen, PA AA R 101162, Bl. 477–484, 942 ff. Hitler entschied persönlich, den Flüchtigen politisches Asyl zu gewähren. Hewel an Ribbentrop v. 19. 1. 1944, zit. nach Hilberg, Vernichtung, S. 877.

228 Zit. nach dem Telegramm Werkmeisters an AA v. 18. 1. 1944, PA AA R 101162, Bl. 487 ff.; vgl. Braham (Hg.), Destruction, S. 114–124.

229 Veesenmayer über Ritter an Ribbentrop v. 31. 3. 1944, PA AA R 29794, Bl. 18 f.

230 Enzyklopädie, S. 970 f.; Braham, Labor Service.

Jahr 1942 arbeiteten bereits 100.000 Männer in diesen Einheiten, mehr als 50.000 in den von ungarischen Truppen besetzten Gebieten der Sowjetunion. Nach der verheerenden Niederlage der ungarischen Truppen am Don gelang von 200.000 ungarischen Soldaten nur 60.000 bis 70.000 der Rückzug, von den jüdischen Bausoldaten des Arbeitsdienstes konnten sich nur wenige retten. Frühere Schätzungen gingen von etwa 40.000 Opfern unter den jüdischen Bausoldaten aus; heute wird angenommen, daß etwa 15.000 starben und 10.000 weitere in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten.

Den Hintergrund für den extrem hohen Anteil an Toten in diesem jüdischen Teil der Armee bildet ein scharfer antisemitischer Geist im ungarischen Feldheer.[231] Wie man sich das vorstellen muß, läßt sich in den Erinnerungen von Ephraim Kishon nachlesen. Wegen seines »arischen« Aussehens war der Autor nach Beginn des Krieges von der Schulbank weg zu einer paramilitärischen Ausbildung eingezogen worden. Neben den üblichen Obszönitäten einer militärischen Grundausbildung fiel ihm eines auf: »In dem Gebrüll kam jedoch meist in der einen oder anderen Form das Schimpfwort ›Jude‹ vor. ›Renn nicht rum wie ein jüdischer Affe‹ hieß es da, oder ›Leute, ihr marschiert wie die jüdischen Lahmärsche mit ihren krummen Beinen‹.« Kishon nennt »nur die milderen Formulierungen«. Nachdem er als »Wehrunwürdiger« entdeckt worden war, hatte er die Kaserne zu verlassen: »Der Feldwebel am Tor fegte mir die Mütze vom Kopf, und ich wurde wieder zur Judensau.« Zum ersten Mal, so schreibt er abschließend über diesen »traumatischen und aufschlußreichen« Einblick, habe er hören können, »wie Ungarn, wenn sie unter sich sind, über Juden reden«.[232]

Ein solches Grundklima bedeutete für die im Arbeitsdienst zusammengefaßten Juden an der Ostfront eine tägliche Katastrophe. Viele ungarische Offiziere und Soldaten ließen ihre sadistischen Neigungen an den Wehrlosen aus, manche schreckten vor Erschießungen nicht zurück.[233] In einzelnen Fällen mußten die nur mit Sommerkleidung ausgerüsteten jüdischen Hilfstruppen mit bloßen Händen nach Minen suchen, in anderen, unbewaffnet an der vordersten Front, im Feuer der sowjetischen Truppen Nachschub-, Schanz- und Pionierarbeiten verrichten. Nach dem Krieg sagte der Chef des ungarischen Generalstabs, Szombathelyi, zu seiner Verteidigung: »Die Judenfrage hatte katastrophale Auswirkungen auf die bewaffneten Kräfte. Sie führte zu fürchterlicher Korruption. Alle Werte erfuhren eine Umwertung. Grausamkeit wurde zur Vaterlandsliebe, schwere Verbrechen wurden

---

231 Braham, Politics, S. 314; Stark, Hungarian Jews, S. 19–21.
232 Kishon, Nichts zu lachen, S. 46 f.
233 Braham, Politics, S. 328 f.

zu Heldentaten, Unterschleif zur Tugend. [...] Es entstanden zwei Arten von Disziplin. Eine wurde auf die Juden angewandt, gegen die alles erlaubt war ...«[234]

In dem Memorandum, das der amtierende Vorsitzende der Kleinlandwirtepartei, Tildy, im Herbst 1943 Ministerpräsident Kállay übergab, hieß es zu den Ergebnissen und Folgen der Politik Bárdossys: »[...] die Zsablyaer und Ujvideker Programme [gemeint: Pogrome], und die schweren Vergehen gegen die jüdischen Arbeitsverpflichteten: dies ist die seelische Vorbereitung und die psychologische Umgebung in die die unheilvolle Außenpolitik der Bárdossy-Regierung eingefügt werden konnte. Nur von einem solchermaßen verdorbenen Volke konnte man den Eintritt Ungarns in einen schon damals verlorenen Krieg feiern lassen.«[235]

Ungarische Vorschläge zur Judendeportation

Im Jahr 1942 erhielt die deutsche Führung mehrmals Signale, daß die ungarischen Behörden bereit sein könnten, etwa 100.000 Juden aus den östlichen Annexionsgebieten abzuschieben.[236] Anfang 1942 bot Generalmajor József Heszlényi, Kommandeur des IV. Armeekorps, dem Gesandten Clodius die Abschiebung von etwa »100.000 staatenlosen[n] Juden« über den Dnjestr an. Die Offerte wurde im Juli 1942 vom ungarischen Militärattaché in Berlin, Generalleutnant Sándor Homlok, wiederholt, jedoch abermals abgelehnt, diesmal vom RSHA. Eichmann schrieb, eine solche »Teilaktion« würde einen unvertretbaren Aufwand – nämlich genausoviel wie die Deportation aller ungarischen Juden – erfordern, »ohne daß man damit der Lösung der Judenfrage in Ungarn näher gekommen wäre«.[237] Am 6. Oktober 1942 schlug Graf László Vay – Spitzenbeamter des Außenministeriums, das von Ministerpräsident Kállay in Personalunion geführt wurde – Eichmanns Mitarbeiter Wisliceny in Budapest vor, Ungarn könne zunächst 100.000 Juden aus der Karpato-Ukraine und Nordtranssylvanien nach Deutschland »aus-

---

234 Zit. nach ebd.

235 Undatierte Übersetzung des Memorandums ins Deutsche mit einem Anschreiben (Steyer an LR Reichel im AA) v. 25. 1. 1944 aus dem hervorgeht, daß die Denkschrift schon vor den Haushaltsberatungen im November 1943 vorlag. PA AA R 101162, Bl. 96–114.

236 Zum Folgenden auch Braham, Politics, S. 243 sowie 283–293.

237 Himmler an Ribbentrop v. 30. 11. 1942, Notiz Sonnleitner (Büro Ribbentrop) für Luther v. 10. 12. 1942 und Luther an Dt. Gesandtschaft in Budapest v. 24. 12. 1942, ferner OKW, Wehrwirtschaftsamt, Amtsgruppe Wi/Ausl., Schnellbrief, Betr.: Ungarn: Ansiedlung nach Ungarn geflüchteter Juden in das Gebiet östlich des Dnjestr v. 21. 7. 1942 und Eichmann an Gesandtschaftsrat Klingenfuß (AA) v. 17. 9. 1942, PA AA R 100890, Bl. 89–93 und 206–208.

siedeln«. »Als zweite Etappe müßte dann das flache Land und schließlich die Hauptstadt Budapest herankommen.«[238] Dieser Vorschlag nahm bereits die Reihenfolge der Deportationen von 1944 vorweg.

Solche Ideen stammten damals – insgesamt gesehen – von rechtsradikalen Politikern aus dem zweiten Glied.[239] Andere Vorschläge erreichten die Deutschen anscheinend gar nicht, obwohl sie durchaus auch von wichtigeren politischen Akteuren gemacht wurden. So befürwortete der Gesandte in Berlin Sztójay (später der erste Ministerpräsident unter deutscher Besatzung) im August oder September 1942 inoffiziell gegenüber dem Chefredakteur des »Pester Lloyd« die Deportation von 300.000 – auf Nachfrage von 100.000 – ungarischen Juden nach »Rußland« aus taktischen Gründen: Ungarn solle nicht auf eine deutsche Initiative warten. Auf Insistieren des Journalisten gab Sztójay zu, dies würde den Tod der Deportierten bedeuten.[240] Bereits am 11. Juni 1942 berichtete die Zeitung »Nemzeti Újság« ganz ähnlich über Sztójays Auffassungen, jedoch ohne nähere Einzelheiten.[241] Am 25. November 1942 forderte Graf Béla Teleki im Parlament, die in Transsylvanien lebenden sogenannten galizischen – gemeint waren die orthodoxen – Juden aus Ungarn abzuschieben.[242] Gerüchten zufolge trieben ungarische Rechtsradikale im September 1942 tatsächlich polnische und slowakische Juden zur Landesgrenze und erschossen sie.[243] Der Führer der Erneuerungspartei und ehemalige Ministerpräsident Imrédy forderte 1942 die Einrichtung von jüdischen Ghettos und die Entfernung der Juden aus Europa.[244] Nahezu alle diese Pläne gingen von einer rassistischen Abstufung aus und wiesen den nichtassimilierten Juden aus den annektierten Gebieten im Norden und Osten den niedrigsten Rang zu – auch Horthy, der nach deutschen Informationen eine entschädigungslose Enteignung des Eigentums der assimilierten Juden ablehnte, ausdrücklich aber nicht die umstandslose Enteignung der »aus Galizien stammenden und zugewanderten Juden«.[245] Im April und Mai 1944 begannen Ghettobildung und Depor-

---

238 Aktenvermerk Wislicenys v. 8. 10. 1942, in: Braham (Hg.), Destruction, S. 152 f.

239 Braham, Politics, S. 283.

240 Braham, Politics, S. 288.

241 Herczl, Christianity, S. 154.

242 Lustig, Diary, S. 39.

243 Braham, Politics, S. 107. Zu Versuchen in Beregszasz im November 1941 sowie in Mukačevo im April 1942 siehe Schmidt, Police Reports, S. 250.

244 The action against the chief war criminal dr. Béla Imrédy before the People's Court of Hungary, undatierter Bericht des WJC, YVA O 15/21, S. 18.

245 »Einstellung des Reichsverwesers v. Horthy zur Judenfrage« mit Anschreiben Schellenbergs an Unterstaatssekretär Luther, Juli 1942, NA T 120, R 2566, Bl. 2386 f.

tationen genau dort – unter Ausnutzung der besonders verbreiteten gesellschaftlichen Zustimmung für Gewaltmaßnahmen gegen nichtassimilierte Juden.

Außenpolitisches Mit- und Gegeneinander

Trotz aller geistigen Nähe hatten sich Horthy und die ungarischen Regierungen stets geweigert, die deutsche Rassenpolitik uneingeschränkt auf Ungarn zu übertragen. Seit 1941 bestand der langfristige offizielle Kurs darin, die Juden nach Kriegsende auf der Basis internationaler Absprachen zu vertreiben. Zu diesem Zweck erhöhten Parlament und Regierung den Auswanderungsdruck, jedoch sollte – schon wegen der großen Zahl der Juden und ihres ökonomischen Gewichts – die »Ausschaltung« langsam vorgenommen werden, um die nationale Wirtschaft nicht zu schädigen.[246] Als Grundlage dafür dienten die bereits erlassenen antijüdischen Gesetze.

Aus ihrer prinzipiellen Haltung und aus ihrer wertkonservativen Grundüberzeugung heraus lehnte die ungarische Regierung, Horthy eingeschlossen, im Dezember 1942 die deutschen Forderungen nach einer Radikalisierung der Judenpolitik ab. Dazu zählte auch die Berliner Anregung zur Zwangskennzeichnung der Juden, von der man in Budapest befürchtete, sie könne erhebliche »Leidenschaftsäußerungen entfesseln« und damit die öffentliche und soziale Ordnung gefährden.[247] Dementsprechend intervenierte der ungarische Gesandte Sztójay 1943 in Dutzenden von Verbalnoten, um ungarische Staatsbürger jüdischer Abstammung, die im deutsch besetzten Ausland lebten, zum Beispiel in Paris oder Prag, vor der Deportation in die Vernichtungslager zu bewahren.[248] In Ungarn selbst wirkte namentlich Innenminister Ferenc Keresztes-Fischer mäßigend. Er galt als Liberaler, der Spielräume und Übergangsfristen der antijüdischen Gesetze bewußt weitherzig auslegte oder sie umging.

Vermutlich weil er die prinzipiellen Differenzen mit Horthy klar spürte, hatte Hitler selbst auf dem Höhepunkt der antisemitischen Gesetzgebung in Ungarn stets eine besondere Resistenz der Budapester Regierung gegen seine Vorstellung von der »Endlösung der Judenfrage« angenommen. So äußerte er im Sommer 1941: »Der letzte Staat [in Europa], in dem sich die

---

246 Siehe viele Elemente bereits in Äußerungen von Finanzminister Reményi-Schneller v. 11.3.1941, in: Schickert, Judenfrage, S. 258; Wiedergabe einer Rede von Ministerpräsident Bardossy vor dem Parlament, Informations-Dienst Transocean Berlin v. 24.4.1941, BA-MA Wi IF 2/6.

247 Aufzeichnung Königlich ungarische Gesandtschaft Berlin v. 2.12.1942, PA AA R 100890, Bl. 45–52; vgl. Varga, Ungarn, S. 335.

248 PA AA R 100890; Braham (Hg.), Destruction, S. 11–84.

Juden noch halten würden, werde Ungarn sein. Man müsse diesem Staat dann eine allgemeine intereuropäische Aufforderung schicken, damit er sich diesem eisernen Willen Europas füge.«[249] Sieben Monate später, auf der Wannsee-Konferenz, zeigte sich Heydrich mit Blick auf die Kooperationsbereitschaft der südosteuropäischen Länder zuversichtlich. Doch sei, so schränkt er ein, »in Zeitkürze ein Berater für Judenfragen der ungarischen Regierung aufzuoktroyieren«, da sie im Gegensatz zu Rumänien, Kroatien und der Slowakei noch über keinen solchen verfüge.[250] Äußerungen des neuen Ministerpräsidenten Kállay am 20. April 1942, es müsse »reiner Tisch gemacht werden und die einzige, endgültige Lösung sei die Aussiedlung der 800.000 Juden in Ungarn«, wurden unzutreffend als Signal für ein Einschwenken Ungarns auf die deutsche Position gewertet. Auch waren Pläne, die einige ungarischer Abgeordnete zur generellen Enteignung der Juden entwarfen, noch nicht mehrheitsfähig.[251] Am 15. August 1942 informierte der ungarische Gesandte in Berlin, Döme Szojay, seine Regierung rückblikkend über Hitlers Reichstagsrede vom 26. April 1942. Sie markiere einen Wandel; statt einer Vertreibung nach dem Krieg wolle der Reichskanzler jetzt eine möglichst schnelle Regelung der Judenfrage. Dafür spreche auch, wie er zuverlässig erfahren habe – und wie es tatsächlich zutraf –, daß Himmler kürzlich vor hohen SS-Führern erklärt habe, die Deportationen nach Osten müßten binnen eines Jahres abgeschlossen sein.[252]

Ende September 1942 begann das Auswärtige Amt nach einem Treffen zwischen Ribbentrop und Himmler Druck auf Ungarn sowie Bulgarien, Dänemark und Italien auszuüben, damit diese der Deportation ihrer Juden zustimmten, wie es Rumänien, Kroatien und die Slowakei schon getan hätten. Staatsekretär Ernst von Weizsäcker bedrängte Sztójay im Oktober in dieser Richtung. Am 15. Januar 1943 teilte Unterstaatssekretär Luther Sztójay mit, »daß der Führer unter allen Umständen gewillt sei, alle Juden noch während des Krieges aus Europa zu entfernen«.[253] Nach Himmlers Auffas-

---

249 Unterredung Hitlers mit dem stellvertretenden kroatischen Staatschef Kvaternik am 21. 7. 1941, in: Hillgruber (Hg.), Staatsmänner, Bd. 2, S. 557.

250 Niederschrift zur Wannsee-Konferenz v. 20. 1. 1942, zit. nach Pätzold, Schwarz, Tagesordnung Judenmord, S. 108. Ähnlich verhielt es sich noch Anfang 1943 mit der Entsendung eines deutschen Polizei-Attachés, gegen die sich Ungarn anders als andere Länder sträubte: Vermerk Geiger für Luther (AA) v. 2. 2. 1943, PA AA R 29793.

251 »Grenzbote« (Bratislava) v. 25. 4. 1942, YVA M 5/166; vgl. Herczl, Christianity, S. 152 f.

252 Lévai, Black Book, S. 26 f. Sztójay bezog sich auf Himmlers Äußerung in seiner Rede vor den SS-Gruppenführern am 9. 6. 1942: »Die Völkerwanderung der Juden werden wir in einem Jahr bestimmt fertig haben; dann wandert keiner mehr.« Witte u. a. (Hg.), Dienstkalender, S. 456.

253 Notiz Luther v. 16. 1. 1943, PA AA R 100890, Bl. 75 f.; siehe ebenso v. 24. 9. 1942, ebd., Bl. 217; hierzu Witte u. a. (Hg.), Dienstkalender, S. 571. Siehe allgemein Dokumente

sung blockierte Ungarn damals den Beginn der systematischen Deportation in die Todeslager auch im Hinblick auf Rumänien und Bulgarien. Gelänge es, »dieses brennende Problem auch in Ungarn aus der Welt zu schaffen«, so schrieb er an Ribbentrop, dann könne durch dieses Beispiel »auch die Rumänische Regierung zur Aufgabe ihrer zaudernden Haltung, die sie im Hinblick auf den endlichen Beginn der Judenevakuierung an den Tag legt, gezwungen« werden. Damit würde dann die Judendeportation aus Bulgarien »ebenfalls automatisch geklärt sein, da die Regierung dort »ihre Judenmaßnahmen gern mit denen der Rumänischen Regierung gekoppelt wissen möchte«.[254]

Vorsichtige Abkehr von Deutschland

Noch recht isoliert hatte der ehemalige Ministerpräsident Bethlen im Juni 1942 erklärt: »Wir haben den Kommunismus als illegal erklärt: es ist aber eine Frage, ob der Nationalsozialismus nicht ebenso gefährlich ist. Es ist die Pflicht jedes Staatsmannes, sich damit zu befassen. [...] Es gibt heute keinen einheitlichen Zeitgeist. Es gibt eine russische, eine englisch-amerikanische und eine faschistische Richtung. Letztere stellt zur Zeit noch eine Minderheit dar. Ein so kleines Land wie wir darf nicht glauben, daß das der Zeitgeist sei. Was dann, wenn es die andere Richtung wird?«[255] Trotz solcher Warnungen beendete Kállay erst um die Jahreswende 1942/43 seine antisemitische, auf die innerungarische Stimmung gerichtete Agitation – dann allerdings schlagartig.[256] Das geschah nicht aus besserer Einsicht, sondern vor dem Hintergrund einer dramatischen Verschlechterung der militärischen Lage.

In der Schlacht von Woronesch am Don verlor die Honvéd im Januar 1943 die Hälfte ihrer Rußlandarmee von 200.000 Mann. Die vernichtende Niederlage entsprach der deutschen bei Stalingrad. Bald danach begann die Regierung Kállay – mit Rückendeckung Horthys[257] und im Einklang mit der vorherrschenden Stimmung im Lande – die Möglichkeit eines Separat-

---

Bl. 2–162 in der genannten Akte; Braham (Hg.), Destruction, S. 47 f., 143 f., 157 und 162–164 (Vermerke v. Weizsäckers v. 14. und 20. 10. 1942); Browning, Final Solution, S. 127–133, und Hilberg, Vernichtung, S. 877–880.

254 Himmler an Ribbentrop, 30. 11. 1942, Braham, Destruction, S. 89 ff.

255 Beschwerde des deutschen Diplomaten Werkmeister im ungarischen Außenministerium am 12. 6. 1942, MOL K-1942–21/7, Bl. 284 f.

256 Weidlein (Hg.), Antisemitismus, S. 204.

257 In seinem Schreiben vom 25. 5. 1943 an Jagow ging Ribbentrop davon aus, Kállay habe »tatsächlich die volle Billigung des Reichsverwesers zu seinem defätistischen und auf Distanzierung von den Achsenmächten zielenden Kurs« besessen. PA AA R 29792, Bl. 272–276.

friedens mit den Westmächten zu sondieren.[258] Kontaktmöglichkeiten dafür boten sich in Stockholm, Bern, Lissabon, Madrid und Istanbul.[259] Im Sommer 1943 wurde in diesem Zusammenhang im Auswärtigen Dienst Ungarns ein demonstratives Revirement vollzogen: Der Botschafterposten in Stockholm wurde mit dem den Deutschen verhaßten, als liberal geltenden Spitzendiplomaten Antal Ullein-Reviczky besetzt, der in Bern mit Baron György Bakách-Bessenyey.[260] Freilich gestaltete sich für Ungarn ein Seitenwechsel schwierig, da es anders als Italien, Finnland und Rumänien über keine Grenze zum gegnerischen Ausland verfügte, außerdem auf seine seit 1938 annektierten Gebiete unter keinen Umständen verzichten wollte und jeden Kompromiß mit der Sowjetunion ausschloß. Auch erschien ein gemeinsames Vorgehen mit dem Erbfeind Rumänien völlig ausgeschlossen. Umgekehrt zählte Ungarn infolge dieser räumlichen Lage zu den zentralen strategischen Positionen der Deutschen: Im Hinblick auf eine künftige Südostfront, den Zugang zu den westrumänischen Erdölgebieten und die Donauschiffahrt war der Weg durch Ungarn erforderlich. Zudem erschienen die wirtschaftlichen Reserven des Landes verlockend.

In dieser Lage verkehrten sich für einen Teil der politisch Verantwortlichen in Ungarn die außenpolitischen Implikationen der »Judenfrage«. Hatte sich ein besonderer rassenpolitischer Eifer bis dahin auf die Beziehungen zu Berlin positiv ausgewirkt, so konnte eine Zurückhaltung jetzt die Friedensaussichten mit den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition verbessern. Obwohl Horthy sämtliche antijüdischen Gesetze gebilligt und sie – ohne von seinem suspensiven Vetorecht Gebrauch zu machen – anstandslos unterschrieben

---

258 Miklós von Kállay hatte sein Amt am 10. 3. 1942 angetreten und gehörte seit 1943 zu den von den deutschen Offiziellen meistgehaßten Politikern Ungarns. Als er am 19. 3. 1944 infolge des deutschen Einmarschs abgesetzt wurde, floh er in die türkische Botschaft. Nachdem er im November 1944 in deutsche Hände geraten war, verschleppte ihn die Gestapo nach Mauthausen.

259 Für die Intensität dieser Kontakte spricht auch, daß sich nach dem deutschen Einmarsch sämtliche ungarische Gesandte in diesen Ländern – in Istanbul der Generalkonsul – und ein erheblicher Teil ihrer nachgeordneten Diplomaten auf diesen Posten von der »illegitimen«, »durch eine okkupatorische Macht eingesetzten« neuen ungarischen Regierung lossagten. Ihrem Beispiel folgten einige Konsule, die Gesandten in Helsinki, Athen, Bukarest, Sofia und Rom-Vatikan sowie der Geschäftsträger in Buenos Aires, der die neue Regierung öffentlich als »nur durch die Gestapo gestützte Verschworene« bezeichnete. PA AA R 29794/5 passim.

260 Anfang Mai hatte Ribbentrop den Angehörigen der deutschen Botschaft in Budapest in aller Form jeden »dienstlichen und außerdienstlichen Verkehr« mit Ullein-Revitzky untersagt. (Ribbentrop an Jagow v. 5. 5. 1943, PA AA R 29792, Bl. 210). Schon am 18. 4. 1943 hatte das AA der ungarischen Regierung ein Memorandum übergeben, in dem behauptet wurde, daß Ullein-Revitzky »Gedankengängen der Feindseite Vorschub leistet« (Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 346–350).

hatte, beharrte er nun gegenüber den deutschen Forderungen unbeirrt auf humanen und rechtlichen Minimalia. Bezeichnend dafür sind zwei Gespräche, die er am 16. April 1943 mit Hitler und Ribbentrop in Schloß Kleßheim bei Salzburg führte. Schon wegen der Geheimverhandlungen mit den Westalliierten verhielt er sich dabei gegenüber der deutschen Führung eher taktisch-vorsichtig als schroff. Im Protokoll heißt es:

»Auf eine Bemerkung des Reichsaußenministers, daß in das ungarische Oberhaus wieder zwei Volljuden gewählt worden seien, erwiderte Horthy, daß sich dagegen aus verfassungsmäßigen Gründen nichts machen ließe und daß es im übrigen in Ungarn eine ganze Anzahl von getauften Juden gäbe, unter denen viele wertvolle Menschen seien.[261] Er habe alles getan, was man anständigerweise gegen die Juden unternehmen könne, aber ermorden oder sonst wie umbringen könne man sie ja wohl nicht.«

Darauf entgegnete Hitler, »daß dies auch nicht nötig sei. Ungarn könne genauso wie die Slowakei die Juden in Konzentrationslagern unterbringen. Es würde damit seinen Landeskindern viele Möglichkeiten durch Freimachung der von Juden gehaltenen Positionen eröffnen und den talentvollen Kindern des Volkes auf diese Weise Laufbahnen verschaffen. Wenn von Ermordung der Juden gesprochen würde, so müsse er (der Führer) feststellen, daß nur *einer* morde, nämlich der Jude, der den Krieg anzettele und ihm durch seinen Einfluß den jetzigen gegen Zivilisten, Frauen und Kinder gerichteten Charakter gegeben habe.«

Horthy: »Er müsse errötend eingestehen, daß er 36.000 Juden in Arbeitsbataillonen an die Front geschickt habe, von denen wohl die meisten bei dem russischen Vormarsch umgekommen wären.«

Hitler: »Der Reichsverweser [brauche] nicht zu erröten; denn die Juden hätten ja den Krieg angezettelt und man brauche daher kein Mitleid mit ihnen zu haben, wenn der Krieg nun auch für sie schwerwiegende Folgen nach sich ziehe.«[262]

---

261 Gemeint ist offensichtlich die Wahl von zwei jüdischen Abgeordneten (Ferenc Chorin und Aurél von Egry) in den Auswärtigen Ausschuß am 13. 4. 1943, über die Jagow zwei Tage später empört nach Berlin berichtete: »Die Wahlen zeigen hinreichend deutlich, daß [die] ungarische Regierung nicht daran denkt, in [der] Judenfrage einen unserer Judenpolitik entsprechenden Kurs einzuschlagen.« PA AA R 29792, Bl. 151. Neben seinen Vernichtungswünschen gegen kommunistische Kader pflegte Horthy nur eine rassistische Anschauung konsequent: »Ich kenne ziemlich die ganze Welt«, formulierte er 1941 in einem Briefentwurf für Hitler, »aber die Rumänen sind die einzige Rasse, die ich verachte.« (Szinai, Szücs [Hg.], Confidential Papers, S. 355).

262 Hillgruber (Hg.), Staatsmänner, Bd. 2, S. 245 f. Horthys Argumentation folgte weithin einer Vorlage von Andor Szentmiklóssy für die zu erwartenden deutsch-ungarischen Verhandlungen von Anfang April 1943, in: Szinai, Szûcs (Hg.), Confidential Papers, S. 362–373, hier S. 371 und 373.

So das deutsche schriftliche Protokoll der ersten Besprechung, das Hitlers Worte durchaus abgemildert haben mag. In seinen Erinnerungen schreibt Horthy, Hitler habe sich »in einer sehr gereizten Stimmung« befunden, ihm »Defätismus« vorgeworfen und ihm dann »Lektionen über die Judenfrage« erteilt und gerufen: »Juden müssen entweder vernichtet oder ins KZ gesteckt werden!«[263] In der Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes über die Besprechung zwischen Hitler, Horthy und Ribbentrop am 17. April 1943 heißt es: »Auf die Gegenfrage Horthys, was er denn mit den Juden machen solle, nachdem er ihnen so ziemlich alle Lebensmöglichkeiten entzogen habe – erschlagen könne er sie doch nicht – erklärte der RAM [Reichsaußenminister], daß die Juden entweder vernichtet oder in Konzentrationslager gebracht werden müßten. Eine andere Möglichkeit gebe es nicht.« Hitler fügte hinzu, mit Zuständen wie unter den Juden in Polen habe man »gründlich aufgeräumt. Wenn die Juden dort nicht arbeiten wollten, würden sie erschossen. Wenn sie nicht arbeiten könnten, müßten sie verkommen. Sie wären wie Tuberkelbazillen zu behandeln [...].«[264]

Eine Woche nach dem Treffen zwischen Horthy und Hitler warnte Sztójay seine Regierung abermals: Die Deutschen würden sich mit dem gegenwärtigen Zustand nicht zufrieden geben, und man müsse ihnen entgegenkommen, um ein direktes Eingreifen zu verhindern.[265] Zwar zeigte sich Kállay – Sztójays Darstellung gegenüber dem deutschen Auswärtigen Amt zufolge – zunächst beeindruckt von der deutschen Einflußnahme, doch wiegelte der ungarische Gesandte schließlich in Berlin mit den schon bekannten Argumenten ab.[266] Im Juni 1943 betonte Versorgungsminister Lajos Szász noch, daß ein »Krankheitserreger unsere Rasse angreift«. Es gebe eine ungelöste »Judenfrage« in Ungarn, sie könne jedoch wegen der großen Zahl und Wirtschaftskraft der Juden »auch mit Antisemitismus und seinen Mitteln nicht gelöst werden«, vielmehr seien bedachte, nüchterne Maßnahmen geboten.[267] Solche Töne klangen in Berliner Ohren eher verbalradikal als entschlossen, und insgesamt herrschte der Eindruck vor, den Veesenmayer schon in seinem ersten Rapport vom April 1943 vermittelte. Demnach hatte »sich Ungarn zum Asyl der Juden Europas gemacht«.[268] Ebenso sah es zu diesem Zeitpunkt der Chef des SS-Hauptamtes: »Die

---

263 Horthy, Leben, S. 254.

264 Aufzeichnung Schmidt v. 18. 4. 1943 über die Besprechung Hitler–Horthy–Ribbentrop, ADAP Serie E, Bd. V, S. 631 f., Anm. 15.

265 Hilberg, Destruction, S. 882 f.; vollständiger Abdruck des Schreibens Sztójays v. 23. 4. 1943 in: Lévai, Black Book, S. 33–36.

266 Gr. Inland II, Aufzeichnung v. 21. 5. 1943, PA AA R 100891, Bl. 309 f., abgedruckt in: Braham (Hg.), Destruction, S. 244–246.

267 Zitiert nach WO Budapest, Lagebericht Juni 1943, BA-MA RW 29/10, Bl. 167.

268 Braham (Hg.), Destruction, S. 229.

Grundhaltung der ungarischen Regierung ist, die Juden möglichst anständig zu behandeln.«[269]

Bezeichnend erscheint auch, was Hitler nach den Angaben von Goebbels am 7. Mai vor den Reichs- und Gauleitern im Hinblick auf Horthy bemerkte. Seiner Meinung nach hätten sich die ungarischen Truppen an der Ostfront am schlechtesten geschlagen: »Der Führer führt das in der Hauptsache darauf zurück, daß in Ungarn kein sozialer Ausgleich stattgefunden hat. Nicht einmal eine Andeutung davon. Infolgedessen sehen die Truppen die Notwendigkeit des Kampfes nicht ein. [...] Die Judenfrage wird am allerschlechtesten von den Ungarn gelöst. Der ungarische Staat ist ganz jüdisch durchsetzt, und es ist dem Führer bei seiner Unterredung mit Horthy nicht gelungen, ihn von der Notwendigkeit härterer Maßnahmen zu überzeugen. Horthy ist ja selbst mit seiner Familie außerordentlich stark jüdisch verfilzt und wird sich auch in Zukunft mit Händen und Füßen dagegen sträuben, das Judenproblem wirklich tatkräftig in Angriff zu nehmen. Er führt hier durchaus humanitäre Gegenargumente vor, die natürlich in diesem Zusammenhang überhaupt keine Bedeutung besitzen. Dem Judentum gegenüber kann nicht von Humanität die Rede sein, das Judentum muß zu Boden geworfen werden. Der Führer hat sich alle Mühe gegeben, Horthy von seinem Standpunkt zu überzeugen, allerdings ist ihm das nur zum geringsten Teil gelungen. Aus alledem aber hat der Führer die Konsequenz gezogen, daß das Kleinstaatengerümpel, das heute noch in Europa vorhanden ist, so schnell wie möglich liquidiert werden muß. Es muß das Ziel unseres Kampfes bleiben, ein einheitliches Europa zu schaffen.«[270]

Parallel zu Goebbels' Aufzeichnungen existieren die Notizen des geschäftsführenden Landwirtschaftsministers Backe von derselben Tagung. Dort heißt es, wesentlich deutlicher als bei Goebbels, der seine Tagebuchaufzeichnungen zu diktieren pflegte: »Kampf muß durchgekämpft werden. Ungarn Klassenkluft unüberbrückbar. [...] Grundsätzlich: wir müssen zurück zu alten antisemitischen Parolen. Der ganze Krieg ist ein antisemitischer Krieg. In Deutschland jüdische Frage nicht genug klar, nur dann keine Revolution, diese Gefahr in Ungarn, Italien, Rumänien angefacht. Staatengerümpel muß beseitigt werden. Einzige Hand, dies zu organisieren: Deutschland, Schwerthand.« Mit einem anderen Stift fügte Backe, vermut-

---

269 Berger an Himmler, 19. 4. 1943, Braham (Hg.), Destruction, S. 314 f.

270 Goebbels, Tagebuch, II, 8, S. 234 und 236 (8. 5. 1943). Die Bemerkung Hitlers sprach sich offenbar schnell herum. Prompt wandte sich Giuseppe Bastianini – ein führender Politiker des faschistischen Italien, der bereits am Sturz Mussolinis arbeitete – gelegentlich eines Besuches Kállays in Rom öffentlich »gegen die Auslöschung oder Beschränkung der Individualitäten der kleinen Staaten«. Jagow an AA v. 21. 5. 1943, PA AA R 29792, Bl. 267.

lich ebenfalls nach Hitlers Worten, hinzu: »Judentum muß in Europa ausgerottet werden. Was sich dem entgegenstellt, muss fallen. [...]« Auf der Rückseite einer italienischen Menükarte notierte er zudem: »[...] Bei Juden aber kein Mitleid. Antisemitische Bewegungen in anderen Ländern. Nicht entschuldigen die die sich gegen Juden nicht verteidigen.«[271]

Viele dieser Äußerungen Hitlers lassen sich unschwer auf Ungarn und auf die Zurückhaltung Horthys beziehen. Wenn es in Deutschland Hoffnungen auf Unterstützung aus Ungarn gab, so richteten sie sich auf die von Hitler genannten »antisemitischen Bewegungen«. Hitlers Rede vor den Reichs- und Gauleitern löste ein erhebliches Echo aus: So äußerte Himmler drei Tage später die – allerdings nicht umgehend verwirklichte – Absicht, die 300.000 verbliebenen Juden im Generalgouvernement beschleunigt umbringen zu lassen.[272]

Die Versuche Ungarns, mit den Westalliierten einen Separatfrieden herbeizuführen, wurden in Berlin rasch durchschaut. Aber sie blieben im Frühjahr 1943 angesichts der angespannten Lage zunächst ohne Konsequenzen, abgesehen von der Beschimpfung Horthys durch Hitler in Schloß Kleßheim auf die der Angegriffene taktisch-abwehrend reagierte und immerhin über so viel Standfestigkeit verfügte, daß er zu Hitlers Verdruß die Formulierung »über den gemeinsamen Kampf gegen die westlichen Plutokratien« aus dem Schlußkommuniqué streichen konnte.[273] Auch verweigerte Horthy beharrlich den Einsatz ungarischer Piloten im Luftkrieg gegen England, ebenso bestand er darauf, Unstimmigkeiten mit Frankreich zu vermeiden.[274] Grim-

---

271 Backe gab auf der Rückseite eines Programms für seine vorangegangene Italienreise vom 3.–7. 5. 1943 nicht – wie früher von Aly und Heim (Vordenker, S. 393) irrtümlich angenommen – eigene, sondern Hitlers Worte wieder. Dies geht auch aus folgender Notiz hervor: »Die Partei, er selbst einmal schwächer. So muß *jetzt* alles gemacht werden – setzte eben voraus diese Opfer. [...] Undankbare Aufgabe übernommen ›Kinder sollen es machen‹ ›Judenproblem muß gelöst werden‹ genauso im Osten. Wir müssen kommenden Geschlechtern die Arbeit erleichtern.« BA Koblenz N 75/5. Interessant bleibt, daß Backe sich genau diese Notizen machte und sie in einem deutlich drastischeren Ton handschriftlich aufzeichnete als Goebbels, der seine Tagebucheinträge gewöhnlich diktierte. (Tatsächlich war Backe direkt nach seiner Rückkehr am 7. 5. zu der Reichs- und Gauleitertagung bei Hitler, am Abend des 8. 5. traf er ihn zu einer Besprechung: siehe Tagebuch Ursula Backe unter dem 11. 5. 1943, BA Koblenz Kl. Erw. 789.) Moll (Steuerungsinstrument, besonders S. 253), der die Bedeutung der Reichs- und Gauleitertagungen für die antijüdische Politik generell als gering einschätzt, erwähnt die antisemitischen Passagen in Hitlers Rede auf diesem Treffen nicht.

272 Aktennotiz über Bandenbekämpfung (gez. H. Himmler) v. 10. 5. 1943, BA F 2918, Bl. 177.

273 Goebbels-Tgb., II, 8, S. 124 f. (18. 4. 1943).

274 Werkmeister (Budapest) für Luftwaffenführungsstab und für OKW, 5. 5. 1943, PA AA R 29792, Bl. 212. Horthy an Hitler, 7. 5. 1943: »Mit Frankreich steht Ungarn nicht im

mig bemerkte Goebbels wenig später, von den Versprechungen, die Horthy unter erheblichem Druck (»Der Führer hat ihn vielleicht auch etwas zu hart angefaßt«) in Kleßheim gemacht habe, »hat er bis jetzt keine eingelöst: Denn die Ungarn sind sich natürlich klar darüber, daß mit Worten allein ein Krieg nicht gewonnen werden kann. Sie kennen selbstverständlich unsere schwache Position und richten sich langsam darauf ein.«[275]

Zu dieser Zeit sorgte der damalige Pressechef des ungarischen Außenministeriums, Ullein-Reviczky, persönlich für Zeitungskommentare, die deutsche Beobachter als pure Frechheit empfanden. Mal stand im »Magyar Nemzet«, »die Rettung für Europa kann nur von Gott selbst kommen«, dann wieder bemerkte die Zeitung »Pest« zur Zerstörung vieler deutscher Kirchen und Kathedralen: »Die Seelen sind die Kirchen Gottes. Auch Jesus sagte es auf Golgatha: ›Weinet nicht wegen der Vernichtung Eurer Kirchen, sondern führt lieber wegen Eurer Seelen Klage.‹«[276] Im Herbst wurde eine Rede Churchills in vielen ungarischen Blättern abgedruckt. Das »Journal de Genève« schloß daraus: »Wenn Kállay es zuläßt, daß Blätter, statt dirigiert zu werden, die Volksmeinung widerspiegeln, so will er damit auf allen Gebieten die Unabhängigkeit Ungarns wieder aufrichten.«[277] Dazu paßt die Beschwerde der rechten Opposition im ungarischen Parlament, die Kállay vorwarf, daß die Zensurbehörde ausgerechnet solche Artikel streichen lasse, die »von den notwendigen Opfern des Einzelnen« handelten.[278] Nachdem schwedische Journalisten Ungarn besucht hatten, erschienen am 6. Oktober 1943 in Stockholmer Sonntagsblättern – jeweils auf der ersten Seite – Berichte mit eindeutigen Haupt- und Zwischentiteln: »Die letzten 800.000 Juden Europas in Gefahr. Wird Ungarn besetzt, sind sie zum Tode verurteilt«; »Ungarn sucht einen Weg, aus dem Krieg heraus zu finden«; »Ungarn fürchtet sowohl Deutschland wie Rußland«; »Die Hoffnung liegt

---

Kriegszustande. Kriegshandlungen ungarischer Fliegerstaffeln auf französischem Boden wären daher mit den Grundsätzen des Völkerrechts und mit denen der internationalen Gepflogenheiten unvereinbar.« Ádám u. a. (Hg.), Allianz, S. 355.; die Darstellung aus deutscher Sicht findet sich ebd., S. 350 (Memorandum vom 18. 4. 1943).

275 Goebbels-Tgb., II, 8, S. 225 (7. 5. 1943).

276 Chef der Sicherheitspolizei und des SD (Dr. Hammer) an AA v. 18. 3. 1944. Die Meldung ging offenbar auf Dr. Goldschmidt zurück, den verantwortlichen Redakteur der »Deutschen Zeitung« in Ungarn, der es in Übereinstimmung mit Basch ablehnte, der Aufforderung des ungarischen Außenministeriums zur »vollinhaltlichen« Veröffentlichung dieser Artikel nachzukommen. PA AA R 101161.

277 Presseabt. AA, Auslands-Presse-Bericht v. 17. 9. 43, PA AA R 101884, Bl. 658; weitere Details über ungarische »Anbiederungsversuche« finden sich fortlaufend in, PA AA R 101161 und R. 101162.

278 Jagow an AA v. 20. 2. 1943, PA AA R 29792, Bl. 27 f.

bei den Westmächten«, »Ungarn enttäuscht seine Verbündeten nicht, aber blickt nach England«.[279] Das offizielle Berlin beobachtete die Entwicklung voller Argwohn. Für das OKW war in Budapest »nur Lethargie zu spüren«,[280] Goebbels hatte das schon vorher drastischer ausgedrückt: »Was nun die Verratsmöglichkeiten in den anderen Satellitenstaaten anlangt, so möchte Horthy zwar gerne abspringen; aber der Führer hat schon die nötige Vorsorge getroffen.« Den ungarischen Ministerpräsidenten Kállay bezeichnete er in diesem Zusammenhang als »ein ausgemachtes Schwein«.[281]

Seit 1938 war die antisemitische Gesetzgebung in Ungarn fast kontinuierlich und in erheblichem Maß verschärft worden. Allerdings blieb sie bis zum Zeitpunkt der deutschen Besatzung von einer offensichtlichen Zweigleisigkeit geprägt: Sie zielte darauf, der völkisch-sozialen Bewegung, die die aristokratische Dominanz gefährdete, den Schwung und die Argumente zu nehmen; außenpolitisch fand eine solche auf Dämpfung bedachte Anpassung ihre Entsprechung im Verhalten gegenüber Deutschland, dessen Forderungen nach einer »einheitlichen europäischen Lösung der Judenfrage« auf diese Weise ebenfalls, wenn auch nur zum Teil erfüllt werden sollten. Die Eingriffe waren für die betroffene jüdische Minderheit schwerwiegend. Sie verletzten alle Vorstellungen von Gleichheit und Freiheit. Aber dennoch kann nicht umstandslos gesagt werden, Ungarn habe bis 1941 »gerade in der Judenfrage die Gleichschaltung mit dem Deutschen Reich« vollzogen.[282] Das Ausmaß von Diskriminierung und Verfolgung unterschied sich in vieler Hinsicht günstig von der Lage in Deutschland. Gesagt werden kann jedoch, daß die vergleichsweise weniger harten antijüdischen Gesetze diejenigen mörderischen Maßnahmen, die 1944 folgen sollten, auf eine bereits entsprechend eingestimmte öffentlichen Meinung und auf eine beachtliche bürokratische Routine treffen ließen.

---

279 Presseabt. AA, PA AA R 101884, Bl. 725.

280 KTB, OKW, Bd. 3,2, S. 1261 (7. 11. 1943).

281 Goebbels-Tgb., II, 9, S. 589, 602 (23. u. 25. 9. 1943). Am 3. und insistierend am 16. 5. 1943 hatte Ribbentrop den deutschen Gesandten angewiesen, sich gegenüber Kállay »streng rezeptiv und auch sonst reserviert zu verhalten«. PA AA R 29792, Bl. 200 f., 255.

282 Varga, Ungarn, S. 333.